Ebenbürtigkeit und Thronfolgerecht

der

Grafen zur Lippe-Biesterfeld.

Von

D. Dr. **Wilhelm Kahl,**

Geheimem Justizrat,
o. Professor der Rechte an der Universität Berlin.

„Durch Heftigkeit ersetzt der Irrende,
Was ihm an Wahrheit und an Kräften fehlt."
Antonio zu Tasso IV, 4.

Bonn,

Verlag von Emil Strauß.

1896.

LH
128
2. Ex.

Aus dem Nachlasse

des Amtsgerichtsrats Führer

Perlinghausen

1902.

LH 128 + 1
R. 3051. co. 2. Exempl.

Ebenbürtigkeit und Thronfolgerecht

der

Grafen zur Lippe-Biesterfeld.

Von

D. Dr. **Wilhelm Kahl,**

Geheimem Justizrat,
o. Professor der Rechte an der Universität Berlin.

„Durch Heftigkeit ersetzt der Irrende,
Was ihm an Wahrheit und an Kräften fehlt."
Antonio zu Tasso IV, 4.

ÖFFENTL. BIBLIOTHEK ZU DETMOLD

Bonn,

Verlag von Emil Strauß.

1896.

R. 3051. co. 2 Exempl.

LH 128+1

Inhaltsangabe.

Seite

Prolegomena.

1) Der Thatbeſtand des Lippiſchen Thronfolgeſtreits . . . . 1—9

Nicht ſtreitig die Thronfolgeordnung S. 1. Reihenfolge der Berufung S. 2. Beſtritten die Thronfolgefähigkeit der Bieſterfelder Grafen wegen angeblich mangelnder Ebenbürtigkeit der Ehe des Grafen Wilhelm Ernſt mit Modeſte von Unruh S. 3. Die Indifferenz ihres freiherrlichen Standes S. 4 f. Stammbaum der Modeſte von Unruh S. 6 ff. Die ſtreitige Rechtsfrage S. 8 f.

2) Die Quellen der Entſcheidung . . . . . 10—22

Gemeines Privatfürſtenrecht und Lippiſches Hausrecht zur Zeit des Eheabſchluſſes S. 10. Die abweichende Auffaſſung S. 11 f. Widerlegung derſelben. Kein „allgemeiner Maßſtab“ aus dem „lebendigen Rechtsbewußtſein“. Hausgeſetze S. 13 f. Irrtümliche Auslegung des Art. 14 der Bundesakte S. 14 ff. Die „Rumpelkammer des alten Reichsſtaatsrechts“. Die Unterſcheidung zwiſchen altfürſtlichen und reichsgräflichen Häuſern hat ihre Bedeutung für die Ebenbürtigkeit nicht verloren S. 17 ff. Der Irrweg durch die Bundesakte nnd die Hausgeſetze ſouveräner Dynaſtieen S. 21. Reſultat S. 22.

3) Das gemeine Privatfürſtenrecht . . . . . 23—33

Die Entwickelung der ſtrengen Ebenbürtigkeit S. 23. Das Herkommen in den reichsgräflichen Häuſern. Seine Entſtehung, ſein Inhalt S. 24 f. Erfolgloſer Kampf der altfürſtlichen Familien gegen dieſes Herkommen. Im Gebiete der Reichsgeſetzgebung, Wahlkapitulation Karls VII. S. 25 f. Im Gebiete der Hausgeſetzgebung S. 26 f. Im Gebiete der Reichsgerichtsbarkeit S. 27. Thatbeſtand des Herkommens unbeſtritten S. 28. Die Meinungsverſchiedenheit betrifft nur den Urſprung des Herkommens. Gruppierung der Schriftſteller S. 29 f. Indifferenz dieſer Meinungsverſchiedenheit für die Entſcheidung in der Hauptſache. Zuſtimmung der Schriftſteller, der Göttinger und der Erlanger Juriſtenfakultät S. 30 ff. Beweisfrage S. 33.

4) Das Lippiſche Hausrecht . . . . . 34—95

a) Eheſchließungspraxis und Hausverträge bis 1803.

Labands Anſicht. Ihre Prüfung auf Grund der Thatſachen. Die einzelnen Eheſchließungsfälle S. 34. 1. Gruppe. Mißheiraten mit Frauen bürgerlichen Standes. Maria Sauermann S. 34 f. Chriſtine Kellner S. 35 f. 2. Gruppe. Fälle zweifelhafter Ebenbürtigkeit. Margaretha von Reden S. 36 f. Fräulein von Titfurth S. 37 f. Anna Suſanna Fontanier de la Bastide S. 38 ff. Maria Anna Victoria von Gall S. 41 f. 3. Gruppe. Acht Fälle von zweifelloſer Ebenbürtigkeit mit Damen von niederem Adel.

Seite

Drei Burggräfinnen von Dohna. Begriff des hohen Adels S. 43 ff. Wilhelmine von Trotha. Einfluß kaiserlicher Standeserhöhungen S. 46 ff. Julianne Louise von Kunowitz S. 49. Elisabeth Johanna von Meinertshagen S. 49 f. Margaretha Gertrud von Oeynhausen S. 50 f. Philippine Elisabeth von Friesenhausen S. 51. Ihre Descendenz von Geburt an unbisputirlich successionsfähig S. 52. Die drei Akte des Dramas S. 53 ff. Die präjudizielle Bedeutung des Falles Friesenhausen S. 56 ff.

Der Brüdervergleich von 1749. Die Autorität des Anwalts Merk S. 59 ff. Beurteilung auf Grund der Quellen. Allgemeine Bedeutung des Brüdervergleichs S. 62. Inhalt des Brüdervergleichs S. 63 ff. Labands Folgerungen daraus S. 65 f. Richtigstellung. Ausschließliche Beziehung auf das Paragium S. 66 f. Hauptvergleich von 1762. Paragium weggefallen. Zweiter Brüdervergleich von 1762 S. 67 f. Wiederum der Anwalt Merk. Widerlegung seiner „Konstatierungen" aus der Familiengeschichte. Der Entwurf eines Hausgesetzes zwischen 1784 und 1799 S. 68 ff. Die Ablehnung des Brüdervergleichs durch den regierenden Fürsten S. 70 f. Überflüssig die Auseinandersetzung mit den negativen Vertragswirkungen. Der alte freie Herrenstand S. 71 f. Der Mangel der kaiserlichen Konfirmation des Brüdervergleichs S. 72 f. Gratulationsschreiben der Fürstin Pauline zur Vermählung mit dem „Fräulein Modeste von Unruh" S. 73.

b) Hausgesetzgebung und Anerkennung seit 1803.

Entstehung der Deklaration von 1853 über Ehekonsens S. 73 ff. Die Deklaration selbst S. 75. Der Ehekonsens für den Grafen Ernst S. 76. Der juristische Wert der Anerkenntnisse S. 77 f. Thatsachen. Kabinetsordre Fr. Wilh. III. von 1835 S. 79. Die Lippische Verfassungsurkunde von 1836 S. 79 ff. Der Titel Erlaucht S. 81 ff. Verleihung von Präbenden aus dem Lippe-Brakeschen Familienfideikommiß S. 83 f. Dem Fürsten von Schaumburg gehen einige 30 Lippische Agnaten vor S. 84 f. Zuziehung der Grafen zu Akten der Familienautonomie S. 85 f. Der gute Glaube des Grafen Julius S. 86 ff. „Zahlreiche" briefliche Äeußerungen S. 87. Ein Grund zur „Verwunderung". Die Situation im Anfang der 70er Jahre S. 88 f. Mitteilung „vertraulicher" Briefe. Vom 18. November 1869 S. 89. Vom 18. November und 11. Dezember 1872 S. 89 f. Vom 19. Februar und 23. November 1873 S. 90. Vom 31. Januar 1876 nebst dem Konzept eines Schreibens an König Wilhelm S. 90 f. Vom 5. Februar und 13. März 1876 S. 91 ff. Vom 9. und 21. Dezember 1876 S. 93 f. Der „vertrauliche Charakter" war für Laband kein Hindernis der Publikation S. 94. Die Rechtswirkungen der Familienzugehörigkeit S. 94 f. Der gute Glaube des Grafen Ernst S. 95.

Beilage. Verzeichnis der aus dem gräflich Biesterfeldschen Archiv benutzten Urkunden . . . . . 96—99

Tabelle I. Genealogische Übersicht der Lippischen Linien.

Tabelle II. Stammbaum der Modesta von Unruh.

Prolegomena.

Zur Widerlegung von Paul Labands Gutachten über „Die Thronfolge im Fürſtentum Lippe“ von 1891 habe ich unter dem gleichen Titel im Auguſt 1892 drei Artikel in der „Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht.

Auf dieſe Artikel hat Laband Ende März 1896 geantwortet in der Schrift: „Der Streit über die Thronfolge im Fürſtentum Lippe“. Er hielt es urſprünglich überhaupt nicht für erforderlich, zu replizieren, „da er der Anſicht war und noch iſt, daß die Parteigänger der Bieſterfelder Linie auch durch die zwingendſten juriſtiſchen Argumente nicht zu überzeugen und von der Verfolgung ihres Zieles abzubringen ſeien“ (S. 3). „Nachdem aber“, wie er ſagt, „ſein Schweigen in agitatoriſcher Weiſe in dem Sinne ausgebeutet worden iſt, daß er durch die Ausführungen Kahl's ſo vollkommen und zutreffend widerlegt worden ſei, daß er dagegen gar nichts vorzubringen wüßte, ſehe er ſich doch zu einer Antwort genötigt“ (S. 4).

Wenn wirklich, was mir nicht bekannt geworden iſt, das Schweigen meines Herrn Gegners agitatoriſch ausgebeutet worden ſein ſollte, ſo müßte ich das aufrichtig bedauern. Denn agitatoriſches Treiben iſt mir in tiefſter Seele zuwider. Wenn andererſeits ganz ohne eigenes Zuthun meine Schrift von 1892 einen nachhaltigen Eindruck in weiteren Kreiſen zurückgelaſſen haben ſollte, ſo hätte ich allen Grund, mich dieſes Erfolges zu freuen.

Mag nun aber Laband aus welchem Grunde immer zu einer Antwort beſtimmt worden ſein, in jedem Falle bin ich ihm zum Dank dafür verpflichtet, daß er mir erneute Anregung zu ehrlicher Prüfung der Sache und eine günſtige Gelegenheit gegeben hat, die gerechten Anſprüche der Bieſterfelder Grafen noch einmal vor der Öffentlichkeit zu vertreten. Denn eine ſo weitgehende Unterordnung unter ſeine Autorität kann er wohl nicht in Anſpruch nehmen, daß alle Andersdenkenden „von der Ver-

folgung ihres Zieles abgebracht" ſein müſſen, nachdem er einmal geſprochen. Wie ich den Kampf für das gute Recht der Bieſterfelder nicht auf Beſtellung, ſondern aus freier Neigung begonnen habe, ſo werde ich ihn guten Mutes auch fortſetzen, bis der Gang der Thatſachen oder ein Richter entſchieden haben wird. Sollte ich unterliegen, ſo werde ich doch keine andere Schuld auf mich laden, als mit dem Herzblut der Überzeugung das beſſere Recht des Schwächeren verteidigt zu haben.

Zu dieſem Zweck nehme ich auch jetzt, wiewohl mit ſchweren Opfern an Zeit, den Kampf ums Recht von Neuem auf. Und zwar ſofort. Es leitet mich dabei eine gegenteilige Stimmung, wie Herrn Profeſſor Laband. Ihn hat die Hoffnungsloſigkeit, die Parteigänger der Bieſterfelder Linie eines beſſeren zu belehren, zur Zögerung veranlaßt. Mich drängt die Hoffnungsfreudigkeit zur Eile. Ich halte den Kampf für ausſichtsvoll. Ich hoffe, Viele von den Wenigen, welche bisher den Anſprüchen der Bieſterfelder Grafen noch zweifelnd gegenüberſtanden, zu überzeugen. In dieſer Hoffnung bin ich durch das zuſtimmende Urteil ſachverſtändiger Kollegen und die Meinung unbefangener Männer aller Kreiſe je länger je mehr beſtärkt.

Eine Sonderausgabe meiner Aufſätze in der Allgemeinen Zeitung iſt bisher nur auf privatem Weg zur Verteilung gelangt und in mehreren Auflagen längſt vergriffen. Es iſt ſeit Jahresfriſt vielfach der Wunſch an mich gebracht worden, ſie auch buchhändleriſch zugänglich zu machen. Ein einfacher Wiederabdruck kann aber heute der Sache nicht mehr dienen. Seitdem durch die Ereigniſſe des 20. März 1895 das Intereſſe weiterer Kreiſe für den Lippiſchen Thronfolgeſtreit angeregt worden war, hat ſich auch die Litteratur über ihn erweitert. Von ſelbſtändigen Schriften aus dem Jahre 1895 nenne ich: Bornhak, Die Thronfolge im Fürſtentum Lippe; Weſtrum, Zur Lippiſchen Erbfolgefrage; Reuling, Die Thronfolge im Fürſtentum Lippe, und das Herrn Profeſſor Laband gewidmete Werk eines Arnold Freiherrn von Weyhe-Eimke, Die rechtmäßigen Ehen des hohen Adels des Heil. Römiſchen Reiches deutſcher Nation. Der Verfaſſer dieſes merkwürdigen Buches hat mir die Ehre erwieſen, ſich ſehr eingehend mit meinen Aufſätzen zu beſchäftigen. Ich werde zu zeigen haben, daß dies nicht in allen Fällen mit ſehr glücklichem Verſtändnis meiner Anſichten geſchehen iſt. Er hat ſich außerdem eine Reihe perſönlicher Ausfälle gegen mich geſtattet (genieße die S.S. 89. 144. 150. 201 ff. beſ. 205. 240. 244. 248 u. a.), welche bei ihm durch die Annahme einer überlegenen ſtaatsrechtlichen Bildung* ſich kaum erklären und rechtfertigen dürften. Er hat aber

* S. 249: „käme die Sache vor ein Gericht, ſo wäre dies doch wohl, da jetzt kein Austrägalgericht exiſtirt, der Bundesrat, der doch dazu wohl annähernd am Nächſten beſtimmt ſein dürfte, da er wohl am meiſten Ähnlichkeit mit dem Reichshofrat, dem Reichskammergericht und dem ſpäteren deutſchen Bunde hat".

andererſeits das Verdienſt, zahlreiche Urkunden zum Abdruck gebracht zu haben, welche über Erwarten dasjenige beſtätigen, was ich ſchon früher über die Ehe des Fräulein von Frieſenhauſen und den Brüdervergleich von 1749 geſagt habe. Die ſachlich geleiſtete Hülfe entſchädigt mich für den Mangel perſönlichen Wohlwollens. Die Tagespreſſe hat ſich vorwiegend mit der durch die Regentſchaft geſchaffenen Lage und den politiſchen Seiten der Frage beſchäftigt. Doch fehlte es auch in ihr, namentlich in den Lokalblättern des Fürſtentums ſelbſt, nicht an Erörterungen der Succeſſionsfrage. Ich habe mich ein zweitesmal zu dieſer in der „Nationalzeitung“ vom 4. und 5. Mai 1895 unter dem Titel: „Der Kernpunkt im Lippiſchen Thronfolgeſtreit“ geäußert. Unter dieſen Umſtänden liegt es mir nun nahe, meine zerſtreuten Aufſätze in ſorgfältiger Ueberarbeitung und mit Benutzung der neueren Litteratur ſowie eines reichen archivaliſchen Materials zu einer Duplik zuſammenzufaſſen. Beilage.

Eine formale Schwierigkeit habe ich dabei allerdings zu überwinden. Sie liegt in der Tonart, welche Laband für ſeine Replik gewählt hat. Mit dieſer will und kann ich nicht in Konkurrenz treten. Es handelt ſich in der Frage nicht um Laband und Kahl, ſondern um Schaumburg und Bieſterfeld. Soweit freilich die Ausfälle meines Herrn Gegners untrennbar mit der von mir vertretenen Sache zuſammenhängen, darf ich es nicht umgehen, ſie im Rahmen der nachfolgenden Rechtsausführung zu würdigen. Soweit es ſich aber um Form und Methode rein perſönlicher Polemik handelt, beſchränke ich mich auf folgende kurze Erklärung.

Meinem Herrn Gegner habe ich ſchwere Vorwürfe gemacht, die ich um ſo weniger beſchönigen möchte, als ich ſie auch heute in ihrem ganzen Umfange noch aufrechterhalten muß. Damit hatte ich eine ſcharfe Replik nicht nur herausgefordert, ſondern auch im voraus als recht und billig empfunden. Aber allerdings, — ich hatte gleiche Waffen vorausgeſetzt. Beſchimpfende Worte und Wendungen habe ich nicht gebraucht. Deshalb können mich ſolche auch nicht erreichen. In meinen Aufſätzen hatte ich ferner Labands große Verdienſte um die Wiſſenſchaft des Staatsrechts wiederholt anerkannt, aber erklärt, „die Dankbarkeit für alle von ihm empfangene Belehrung könne mich nicht abhalten, in einer ſo ernſten Sache, wie der vorliegenden, auf jede Gefahr hin ſeine Autorität zu beſtreiten, und freimütig auszuſprechen, daß es mir bei der Prüfung ſeines Gutachtens oft außerordentlich ſchwer, ja unmöglich geworden ſei, das Bild des hervorragenden Straßburger Staatsrechtslehrers als Verfaſſers feſtzuhalten“. Die Antwort darauf iſt, daß er mich in ſeiner Replik, ſo oft es ihm möglich ſcheint, durch geringſchätzige Wendungen in meiner wiſſenſchaftlichen Achtung herabzuſetzen verſucht. Ich verzichte auch hier auf jedes Wort der Erwiderung.

Am Schluſſe ſeiner Replik hat Laband Alle, welche in ehrlicher Überzeugung für das Recht des Grafen Ernſt eingetreten ſind, der „Verwirrung des Rechtsbewußtſeins des Lippiſchen Volkes zu Gunſten eines unberechtigten Prätendenten“ „durch Demagogentum“, „gewiſſenloſe Agitation“, „Entſtellungen der Thatſachen und Rechtsſätze“, „Verläumdungen und Verhetzungen“, „Reklamen und Umtriebe“ angeklagt. Über dieſe ungeheuerliche Beſchuldigung hat die öffentliche Meinung ſchon gerichtet. Es verteidigt ſich Niemand dagegen, weil ſich Niemand von ihr getroffen fühlt. Zur Steuer der Wahrheit hat man ſich begnügt, thatſächlich richtig zu ſtellen, daß, wenn jemals das Rechtsbewußtſein des Lippiſchen Volkes in die Gefahr einer Verwirrung geriet, dies an jenem Tage der Fall war, an welchem der rechtsungültige Erlaß vom 15. Oktober 1890* verkündigt und unter äußerſt auffälligen Umſtänden in Vollzug geſetzt wurde. Die Lippiſchen Landtagsverhandlungen vom April 1895 geben darüber näheren Aufſchluß. Aber Dank dem maßvollen Verhalten ſeines Landtags hat ſich das Rechtsbewußtſein des Lippiſchen Volkes nicht verwirren laſſen, ſondern iſt, aller Enttäuſchungen ungeachtet, bis zur Stunde in hoffender Treue auf dem geraden Wege ehrlicher Überzeugung geblieben. Meinerſeits habe ich, als ich die Schlußworte der Labandſchen Replik geleſen, des geflügelten Wortes mich erinnert: „Zeus, du haſt Unrecht; denn du wirſt böſe.“ Ich weiß nicht, woher es ſtammt. Aber es ſtimmt.

Berlin, Juni 1896.

---

* Hätte der Referent im Abendblatte der Kölniſchen Zeitung vom 7. Mai 1895 Recht, ſo wäre Laband ſogar perſönlich an der Herſtellung des Erlaſſes beteiligt geweſen. Der Anonymus beſchuldigt mich, durch meine Artikel in der Nationalzeitung „die Unbefangenheit unſerer Richter durch vorzeitige einſeitige Darſtellungen oder gar Beeinfluſſungsverſuche getrübt“ zu haben und verwundert ſich über alle Maßen, daß ich, wiewohl in offenbarer Übereinſtimmung mit der Lippiſchen Regierung ſelbſt (vgl. Landtags-Verh. 1895 S. 1340 f.), mit der Mehrheit des Lippiſchen Landtags, mit nahezu der geſamten deutſchen Preſſe und wohl auch der deutſchen Rechtswiſſenſchaft es wagen konnte, jenen Erlaß als rechtsungültig zu bezeichnen: „Prof. Kahl muß doch wiſſen, daß der betreffende Erlaß von einem unſerer hervorragendſten Staatsrechtslehrer ſtammt“. Das habe ich nicht gewußt, nicht für möglich gehalten. Ich weiß es heute noch nicht und bin weit entfernt, es zu behaupten. Ich muß der Kölniſchen Zeitung ganz und gar die Verantwortlichkeit für ihre Behauptung überlaſſen. Noch heute nehme ich zur Ehre der deutſchen Staatsrechtswiſſenſchaft an, daß der Referent ſich geirrt habe. Ich kann das um ſo mehr annehmen, als er auch ſonſt über die Lippiſche Frage nur mangelhaft unterrichtet war, indem er beiſpielsweiſe die ſtreitige Ehe von 1803 als „vor nahezu 200 Jahren geſchloſſen“ wähnte.

1) Der Thatbestand des Lippischen Thronfolgestreits.

Gegenstand des Streites ist nicht die Thronfolge*ordnung*. Es ist nicht bestritten, daß nach der auch im Gesammthaus Lippe geltenden agnatischen Linealfolge und Primogeniturordnung an und für sich nach dem Erlöschen der Detmolder Hauptlinie *der Graf Ernst zur Lippe-Biesterfeld* und seine männliche Descendenz die nächstberufenen Thronfolger sein würden.

Der gemeinsame Stammvater[1] aller *vier* noch jetzt lebenden Linien des Gesammthauses Lippe war Simon VI., † 1613. Er hatte drei Söhne. Des zweiten Sohnes Otto II. Descendenz kommt nicht mehr in Betracht; denn die von ihm gestiftete Linie Lippe-Brake erlosch bereits im Jahre 1709. Es bleiben der älteste und der jüngste, *Simon* VII. und *Philipp*.

Von Simon VII. † 1627 stammen gemeinsam drei Linien. Zuerst Tab. I.
die *regierende Hauptlinie* Detmold, fürstlich seit 1789, deren letzter Sprosse der jetzt regierende, wegen Krankheit durch einen Regenten vertretene Fürst *Alexander* von Lippe (geb. 1831) ist. Sodann die beiden *gräflichen* Linien. Unter ihnen ist die ältere die gräfliche Linie *zur Lippe-Biesterfeld*, die jüngere die gräfliche Linie *zur Lippe-Weißenfeld*. Der gegenwärtige Chef der Biesterfelder Linie ist Graf *Ernst*, geb. 1842. Er hat drei Söhne. Der gegenwärtige Chef der Weißenfelder Linie ist Graf *Ferdinand*, geb. 1844. Er ist ohne Descendenz.

Von Philipp † 1681 stammt die vierte Linie zur Lippe-Alverdissen. Sie erhielt im 17. Jahrhundert durch Heirat und Erbgang die Grafschaft Schaumburg, *daher* später und jetzt *Schaumburg-Lippe* genannt, fürstlich seit 1807. Regierender Herr ist seit 1893 Fürst *Georg*, geb. 1846. Er hat fünf Söhne.

Alle Nachkommen *Simons* VII. bilden hiernach eine engere Pa-

---

[1] Zur Genealogie des Gesamthauses Lippe vgl. v. *Weyhe-Eimke* a. a. O., Beilagen I bis VI. Nur die roten Striche auf Beilage I sind sehr unvollständig. Außerdem enthalten genealogische Tabellen die in Anm. 2 genannten Schriften von *Zachariae*, *Zoepfl*, *Schulze*, L. I, *Bornhak*.

Zur Vorgeschichte des Hauses Lippe s. *H. Schulze*, Die Hausgesetze der regierenden Fürstenhäuser, Bd. II 1878, S. 133 ff. *Falkmann* in *Bluntschlis* Staatswörterbuch, Bd. VI S. 432 ff. *Falkmann* im Handbuch des öffentlichen Rechts, III 2[1] S. 179 ff. mit Quellenangaben.

rentel unter sich und haben den Vorrang vor der Descendenz Philipps. Die letztere, entferntere Descendenz des gemeinsamen Stammvaters Simons VI. kann erst dann zur Succession gelangen, wenn Mitglieder der näheren Linien nicht mehr vorhanden sind.

Im Falle des Erlöschens der Detmolder Hauptlinie sind also nach der Thronfolgeordnung berufen

1) Lippe-Biesterfeld,
2) Lippe-Weißenfeld,
3) Schaumburg-Lippe.

Jene, die beiden gräflichen Linien, wurden wegen ihrer näheren Beziehungen und werden noch heute ganz im besonderen die „erbherrlichen Linien" genannt. Das fürstliche Haus Schaumburg-Lippe ist die jüngste erbherrliche Linie.

Dieser Thatbestand der Thronfolgeordnung ist auch durch die neuesten archivalischen Forschungen nicht berührt worden und daher unbestritten.

Bestritten ist die Thronfolgefähigkeit der Grafen, d. h. das Vorhandensein persönlicher Erfordernisse, welche die Succession bedingen. Der Mangel der Thronfolgefähigkeit wird gegründet auf die Behauptung der mangelnden Ebenbürtigkeit[2].

---

[2] Die Schriftsteller gruppieren sich nach ihrer Stellungnahme zu den einzelnen Linien folgendermaßen:

Für Lippe-Biesterfeld: Zachariae, Rechtsgutachten, die Ebenbürtigkeitsfrage im Fürstlichen und Gräflichen Hause Lippe betr. (nachgelassene Schrift); Zoepfl, mit demselben Titel. (Beide Schriften 1875 in einem Hefte erschienen bei K. Groos, Heidelberg.) H. Schulze, Die staatsrechtliche Stellung der Gräflichen Linien Lippe-Biesterfeld und L.-B.-Weißenfeld zum Fürstlichen Hause Lippe und innerhalb des Nordd. Bundes, 1870, Züllichau; Derselbe, Die Succession im Fürstenthum Lippe nach Erlöschen der jetzt regierenden Fürstlichen Linie zu Detmold, 1878, Bentschen; Derselbe, Nachtrag hiezu vom 5. April 1885. Ribbentrop, Zwei kleinere Abhandlungen aus dem Gebiete des deutschen Staatsrechts. 1. Der Grundsatz der Ebenbürtigkeit im Fürstlich Lippeschen Hause. Wolfenbüttel, 1891. Kahl, Die Thronfolge im Fürstentum Lippe. Allgemeine Zeitung, 1892, Nr. 228—231. Sonderausgabe München, Cotta, 1892. Derselbe, Der Kernpunkt im Lippischen Thronfolgestreit, Nationalzeitung vom 4. u. 5. Mai 1895.

Für Lippe-Weißenfeld: Bornhak, Die Thronfolge im Fürstentum Lippe, Berlin 1895. Ohne bestimmte Stellungnahme hat sich Derselbe zur Sache bereits geäußert in dem Aufsatze: „Die Lippische Successionsfrage", Archiv für öffentliches Recht, Bd. V S. 382 ff. (1890). Nach den Folgerungen ihrer Rechtsausführung wird zu dieser Gruppe auch zu rechnen sein die treffliche Schrift von Westrum, Zur Lippeschen Erbfolgefrage, Celle 1895.

Für Schaumburg-Lippe: Laband, Die Thronfolge im Fürstentum Lippe, Freiburg 1891; Derselbe, Der Streit um die Thronfolge im Fürstentum Lippe, Berlin 1896. Reuling, Die Thronfolge im Fürstentum Lippe, Berlin 1895. v. Weyhe-Eimke, Die rechtmäßigen Ehen des hohen Adels des Heil. Römischen Reiches Deutscher Nation, Selbstverlag. In Commission von Fr. Rivnáč in Prag, 1895. v. Martitz,

Der Einwand der mangelnden Ebenbürtigkeit wird von L. in Vertretung des fürſtlichen Hauſes Schaumburg-Lippe gegen beide gräflichen Linien erhoben. Ich meinerſeits nehme den Einwand hier nur inſoweit auf, als er die gräflich erbherrliche Linie zur Lippe-Bieſterfeld betrifft [3].

Der Mangel der Ebenbürtigkeit der Grafen zur Lippe-Bieſterfeld wird zurückgeführt auf die im Jahre 1803 geſchloſſene Ehe des Grafen Wilhelm Ernſt, des Großvaters des gegenwärtigen Chefs der Bieſterfelder Linie, mit Modeſte von Unruh.

Die Ebenbürtigkeit dieſer Ehe wird beſtritten, weil Modeſte von Unruh nicht von hohem Adel geweſen, während das Lippiſche Haus an den ſtrengen Ebenbürtigkeitserforderniſſen der reichsſtändiſchen Häuſer feſtgehalten habe und weil auch nach dem in den gräflichen Linien ſelbſt vertragsmäßig feſtgeſetzten Rechte mindeſtens freiherrlicher Stand im älteren Begriffe des hohen Adels zur Ebenbürtigkeit erfordert worden ſei.

Dieſer Beſtreitung gegenüber wird hier die Ebenbürtigkeit der Ehe des Grafen Wilhelm Ernſt mit Modeſte von Unruh behauptet, weil auch im reichsgräflichen Haus Lippe Ehen mit Damen aus niederem, wenn nur altem Adel von jeher als ebenbürtige anerkannt worden ſind und weil an dieſem Herkommen durch vertragsmäßige Feſtſetzungen innerhalb der gräflichen Linien weder rechtlich etwas geändert werden konnte, noch thatſächlich etwas geändert worden iſt.

Zeitſchrift für geſ. Staatswiſſenſchaften Bd. 48 und Zorn, Beilage zur Allgemeinen Zeitung, 1892, Nr. 153, halten „die Angelegenheit, ſoweit ſie Rechtsſache iſt, ſchon durch Laband I „zum Abſchluß gebracht".

[3] Allerdings wird von Bornhak hypothetiſch auch die Thronfolgefähigkeit der Bieſterfelder Grafen beſtritten. Aber es beſteht für mich zur Zeit keine Veranlaſſung, das nähere Recht der Bieſterfelder Linie gegen die Weißenfelder Linie zu verteidigen. Entweder es erlangen die Bieſterfelder Grafen das richterliche Anerkenntnis ihrer Ebenbürtigkeit: dann ſteht feſt, daß ſie nach der unbeſtrittenen Thronfolgeordnung ſowohl der gräflichen Linie Weißenfeld, als der fürſtlichen Linie Schaumburg-Lippe in der Succeſſion des Fürſtentums Lippe vorgehen. Oder es erlangen die Bieſterfelder Grafen das richterliche Anerkenntnis ihrer Ebenbürtigkeit nicht: dann beſteht für ſie keinerlei Intereſſe, das Vorzugsrecht der Weißenfelder Linie vor der Schaumburgiſchen Linie zu beſtreiten. Überdies hat der Chef der Weißenfelder Linie unter dem 15. April 1895 bei dem Lippiſchen Landtag in Detmold die Erklärung abgegeben: „daß er gegenüber den Anſprüchen der Bieſterfelder Linie an der in ſeinem Proteſte und in der Bornhak'ſchen Schrift vertretenen Rechtsanſchauung feſthalte, daß er aber bis auf Weiteres, um die entſtandenen Wirren nicht zu vermehren und um dem Grafen Ernſt nicht überflüſſige Schwierigkeiten zu bereiten, keine Schritte zur Beeinträchtigung der Succeſſions-Anſprüche deſſelben einleiten werde" (Landtagsverhandl. Nr. 117 S. 1327 f.). Die beiden gräflichen Linien ſind gegenüber den Succeſſionsanſprüchen der jüngſten erbherrlichen Linie durchaus ſolidariſch.

Von dieſem Standpunkte aus, welchen ich ſchon 1892 vertreten habe und hier wiederholt vertrete, iſt der Nachweis des hohen Adels oder des mindeſtens freiherrlichen Standes der Modeſte von Unruh zum Beweiſe ihrer Ebenbürtigkeit entbehrlich, dagegen der Nachweis ihres einfachen alten Adels ausreichend. Es empfiehlt ſich, die Perſonenſtandsfrage ſogleich in dieſem Zuſammenhange zu erledigen.

Die Annahme, daß Modeſte von Unruh eine Freiin geweſen ſei, war dergeſtalt feſt und allgemein in der Lippiſchen Familientradition, in ſchriftlichen Aufzeichnungen und in der genealogiſchen Litteratur[4] begründet, daß noch Zoepfl 1875 und Schulze 1885, ohne allerdings jemals ihren freiherrlichen Stand ſelbſt als Vorausſetzung der Ebenbürtigkeit anzunehmen oder gar zu fordern, thatſächlich bei ihrer Vertheidigung der Bieſterfelder Succeſſionsanſprüche von jener Annahme ausgegangen ſind. Erſt die verdienſtvollen archivaliſchen Unterſuchungen neueſter Zeit, deren Ergebniß in L. I vorliegt, haben den Beweis erbracht, daß die Annahme des freiherrlichen Standes der Modeſte von Unruh nicht mehr unbedingt aufrecht erhalten werden kann. Allerdings mußte es geſtattet ſein, gegenüber den im Bieſterfelder Archive vorhandenen Urkunden, welche, wie die Ehepakten des Grafen Wilhelm Ernſt, des Grafen Julius, das Teſtament des Erſteren u. a., ſie als Freiin bezeichnen, die Frage, ob ſie nicht in den freiherrlichen Stand erhoben worden ſei, immer noch als eine „offene" zu behandeln, ohne der „bloßen Flunkerei" (L. II S. 34) ſchuldig zu ſein. Denn ſo einfach, wie L. I u. II ſich die Sache macht, daß er überall da, wo im Hauſe von Unruh der Titel Freiherr oder Freiin gebraucht wird, Urkundenfälſchung annimmt, habe ich mir die Erledigung der Frage nicht vorgeſtellt. Ebenſo mußte ich den Beweis der Abſtammung von dem 1719 in den Böhmiſchen Freiherrnſtand erhobenen Johann Wilhelm von Unruh auf Wendſtädt mindeſtens bei meiner Veröffentlichung im Jahre 1892 den Grafen noch offen halten. Denn L.'s Hinweis darauf, daß deſſen Linie katholiſch iſt, war gerade kein überwältigender Gegenbeweis. Ich höre nunmehr, daß dieſe Linie überhaupt erloſchen ſei. Endlich beweiſt der Umſtand, daß der Vater der Modeſte von Unruh den Freiherrntitel nicht immer geführt hat, noch keineswegs, daß er ihn nicht beſeſſen habe. Allerlei offene Fragen. Aber immerhin erkenne ich, wie früher, ſo auch heute an, daß ein für berechtigte Zweifel an dem freiherrlichen Stande der Modeſte von Unruh ausreichendes Material aus den Archiven beigebracht worden iſt. Ich habe meinerſeits niemals einen Gegenbeweis anzutreten verſucht. Ich habe keine Zeit auf genealogiſche Nachforſchungen

[4] Im Genealogiſch-hiſtoriſch-ſtatiſtiſchen Almanach von Haſſel-Weimar ſteht die Gräfin Wilhelm Ernſt zur Lippe-Bieſterfeld ſtets als geborene Freiin Modeſta von Unruh bezeichnet. Ebenſo meiſt im Gothaer Kalender.

verwandt, von deren Unerheblichkeit für die Entſcheidung der Rechtsfrage ich von vorneherein durchdrungen war. Ich glaube mich der Beweispflicht, daß Modeſte von Unruh eine Freiin geweſen ſei, überhoben, wenn ich in voller Uebereinſtimmung mit Theorie und Praxis nachzuweiſen in der Lage bin, daß ſie dies überhaupt nicht ſein mußte, um ihrem Gatten vom reichsgräflichen Haus Lippe eine ebenbürtige Eheſchließung zu ermöglichen. Die Luſt am freiherrlichen Stand der Angeklagten iſt mir vollends vergangen, nachdem L. II S. 24 diejenigen in die Schranken fordert, „welche die Stirn haben, dies zu behaupten", und nachdem der Freiherr von Weyhe-Eimke S. 244 in ſeiner Weiſe ſogar bewieſen hat, daß das Fräulein von Unruh auch als Freiin noch lange nicht ebenbürtig geweſen ſei. „Dazu hätte ſie von Kaiſer und Reich" (alſo wahrſcheinlich hätte ſich ſogar der Reichstag um dieſe Standeserhöhung bemühen müſſen?) „mit Anerkennung der Agnaten zur Reichsgräfin erklärt ſein müſſen". Im Fall Frieſenhauſen haben die Agnaten und der Kaiſer zwar genau das Gegentheil ausgeſprochen und auch ſonſt ſteht das, was der Freiher meint, nicht im alten Reichsſtaatsrecht. Aber „es kommt gar nicht darauf an, ob Fräulein von Unruh Freiin war oder nicht", wie der Freiherr ſelbſt a. a. O. bezeugt. Für mich iſt die ganze Frage vorläufig erledigt. Ich nehme an, daß Modeſte von Unruh keine Freiin war und ſtehe nach wie vor zu meiner Rechtsüberzeugung, welche dahin geht, daß alter einfacher Adel zur Ebenbürtigkeit der Modeſte von Unruh erforderlich und ausreichend war.

In dieſer Beziehung hatte ich mich in meiner Schrift von 1892, S. 16 mit der kurzen thatſächlichen Feſtſtellung begnügt: „Daß die Familie Derer von Unruh von altem Adel geweſen, ſteht genealogiſch und heraldiſch feſt und iſt unbeſtritten." Dieſe kurze Feſtſtellung hat den Freiherrn von Weyhe-Eimke auf Seite 244 ſeines Werkes zu folgender Auslaſſung gereizt:

„Ich ſage darauf, das iſt möglich, ſogar wahrſcheinlich. Es kann aber auch ſein, daß der Vater der Modeſta von Unruh nicht von der alten ſchleſiſchen reſp. polniſchen Familie von Unruh abſtammt, ſondern von einer geadelten Familie, von der des Erasmus Unruh, der auf Schloß Rabenſtein bei Belzig im Königreiche Sachſen lebte. Dieſer wurde 17. Auguſt 1576 zu Torgau geboren, ſpäter Profeſſor zu Wittenberg und vermählt i. J. 1605 mit Cäcilia, Tochter des Dr. Polycarp Leyſer. Ich ſage, ich glaube es nicht, aber es könnte doch ſein. Warum wird ſonſt ſo ängſtlich der Urſprung der Familie der Modeſta verſchwiegen?"

„Man muß, wie geſagt, auf die Vermuthung kommen, daß die Geheimhaltung einer ſo einfachen Sache, wie die Geburt des Generals,

[5] Vgl. unten Text zu Anm. 91 und die Einleitung zum Brüdervergleich von 1749.

ihren Haken hat. Deßhalb glaube ich, iſt es doch nötig, die Grafen ſtricte zu fragen, wer der Vater des Generals war. Die genaue Kenntniß ſeiner Geburt und ſeiner Abſtammung könnte vielleicht einen Beweis mehr liefern, obgleich eigentlich gar Nichts darauf ankommt."

Die „Geburt" des Generals Karl Philipp von Unruh, von der ich nicht weiß, ob ſie eine „ſo einfache Sache" war, wie der Freiherr annimmt, iſt bisher niemals „ängſtlich verſchwiegen" worden. Daher konnte die Geheimhaltung auch keinen Haken haben. Das Verlangen nach „einem Beweis mehr" hat dem Freiherrn den Blick für das Natürliche getrübt. Es beſtand für mich keine Veranlaſſung, in den Zeitungsartikeln von 1892 näher auf den Stammbaum der Modeſta von Unruh einzugehen, nachdem L. I ebenſowenig, wie ſpäter v. Weyhe-Eimke ernſthaft in Zweifel zog, daß die Gemahlin des Grafen Wilhelm Ernſt aus dem alten Adelsgeſchlechte Derer von Unruh abſtammte. Hätte aber unſer Freiherr den Grafen Ernſt „ſtricte" nach dem Vater des Generals gefragt, ſo würde ihm jener entgegenkommend
Urk. 1. und liebenswürdig einen amtlich beglaubigten Stammbaum aus dem Königlichen Oberhofmarſchallamte zu Dresden zur Verfügung geſtellt haben, in welchem Karl Philipp von Unruh, der Vater der Modeſta, als der Sohn des Sigismund von Unruh auf Punitz, Kgl. Polniſchen und Churfürſtlich Sächſiſchen Kammerherrn, aus ſeiner zweiten Ehe mit Urſula
Tab. II. Eliſabeth von Schweinitz vorgetragen iſt.

Nach dem Stammbaum des Karl Philipp ſind in jüngſter Zeit noch einmal alle in Betracht kommenden Archive durchforſcht worden. Die Nachforſchungen haben ergeben, daß in Beziehung auf die Zeitangaben, ſowohl der Geburt als des Todes der Eltern des Generals, eine Reihe ſich ausſchließender Widerſprüche beſtehen bleiben, ſie haben aber nichts ergeben, was die Thatſache der Abſtammung des Vaters der Modeſta von Sigismund von Unruh widerlegte. Höchſtens könnte eine Spur darauf hinleiten, daß Karl Philipp nicht der Sohn, ſondern der Enkel Sigismunds geweſen ſei. Aber die Spur verläuft ohne ſicheres Reſultat. Bei der vielfachen Wiederholung der Namen in dem weitverbreiteten Adelsgeſchlechte Derer von Unruh beſteht wenig Hoffnung, alle auftauchenden Zweifel befriedigend zu löſen. Dagegen war ich in der Lage, zu ermitteln, daß die Angabe von L. I. S. 31 f. „Nachforſchungen in den Königlichen Staatsarchiven zu Breslau und zu Poſen haben unwiderleglich ergeben, daß die zweite und letzte Gemahlin des Sigismund von Unruh auf Punitz ſchon 1728, alſo vor der Geburt des Karl Philipp von Unruh geſtorben iſt", unrichtig iſt. Weder der amtliche Bericht aus Breslau, noch der aus Poſen enthält eine ſolche Angabe. Die Sache iſt indeſſen ohne weitere Bedeutung. Die Jahreszahlen in den Perſonenſtandsurkunden gerade jener Zeit und an den entſcheidenden Orten ſind äußerſt lückenhaft und ungenau. Mehrfach ſind die bei der polniſchen Invaſion zerſtörten Kirchenbücher auf Grund privater

Mitteilungen oder eigener Aufzeichnungen der Nachkommen rekonſtruiert worden. Auch die Perſonalliſten beim preußiſchen Heere ſind für jene Zeit noch unvollſtändig. Erſt ſeit 1796 hat man bei Eheſchließungen den genauen Nachweis des Perſonenſtands verlangt. Bis dahin genügte einfache Namensangabe. Wie wenig zuverläſſig die Angabe von Jahreszahlen früher war und noch heute iſt, davon nur zwei Beiſpiele. Die erſte Gemahlin des Karl Philipp von Unruh, Eliſabeth Henriette Dorothea von Kameke iſt am 7. Auguſt 1782 geſtorben. Gleichwohl giebt L. I. S. 30 an, daß Karl Philipp zum zweitenmal bereits am 31. Juli 1782 copulirt worden ſei. Hat nun L. I geirrt, oder das Diviſionspfarramt in Danzig, oder der Herr von Kameke-Cratzig in ſeinen Beiträgen zur Geſchichte der Familie von Kameke von 1892? v. Weyhe-Eimke giebt ſowohl im Text, S. 253, als in der genealogiſchen Tabelle als das Todesjahr des Grafen Rudolf Ferdinand von Bieſterfeld das Jahr 1726 an. Das richtige Jahr iſt 1736. Hielte nun ein Schriftſteller in hundert Jahren unentwegt und eigenſinnig an der Autorität des Freiherrn von Weyhe-Eimke feſt, ſo könnte er aus der Jahreszahl 1726 „ſtricte" den Beweis liefern, daß der erſte Brüdervertrag von 1734 überhaupt nicht „mit Genehmhaltung und Autorität" Rudolf Ferdinands geſchloſſen ſein könne, da dieſer Mann „unwiderleglich" damals ſchon acht Jahre todt geweſen. Er könnte daraus die gefährlichſten Schlüſſe für einen künftigen Thronfolgeſtreit ableiten. Der Freiherr wird ſagen: ein einfacher Druckfehler! Sehr richtig und wohl entſchuldbar! Aber derart ſind eben früher auch Schreib- und Druckfehler in genealogiſchen Tabellen und Kirchenbüchern paſſiert. Und darum geht es nicht an, aus zwei ſich widerſprechenden Jahreszahlen Schlüſſe von weitreichenden Folgen ziehen zu wollen.

Gegenüber etwa noch ungelöſten Fragen bleibe ich bis zu beſſerer Belehrung auf dem amtlich beglaubigten Stammbaum beſtehen. Er iſt 1829 angefertigt, alſo zu einer Zeit, in welcher die Kinder des Karl Philipp noch am Leben und wohl in der Lage waren, richtige Auskunft über ihre Großeltern zu ertheilen. Er iſt unterzeichnet von vier hochangeſehenen Männern und Staatsbeamten, welche Urk. 2.
verſichern, die urkundlichen Grundlagen geprüft und richtig befunden zu haben. Er wird endlich beſtätigt durch zwei aus verſchiedenen Orten und Quellen bezogene Stammbäume privater Herkunft, welche übereinſtimmend genau zu dem gleichen Reſultate führen. Bei dieſer Sachlage darf Graf Ernſt den Gegenbeweis erwarten, daß Karl Philipp nicht der Sohn des Sigismund von Unruh geweſen ſei. Gelänge dieſer Gegenbeweis, ſo bliebe gleichwohl noch die Thatſache beſtehen, daß Modeſte aus dem alten Adelsgeſchlechte Derer von Unruh abſtammte. In dieſer Annahme ſtimmen alle Sachverſtändigen, welche ſich zur Sache geäußert haben, überein. Dieſe Thatſache iſt die allein entſcheidende. Dazu

kommen zwei weitere Momente, welche mir erſt während des Druckes aus preußiſchen Archiven mitgeteilt ſind. Einmal, daß der Sohn des Karl Philipp, Karl Georg Friedrich Johann von Unruh, der Gouverneur des ſpäteren Kaiſers Friedrich III. (ſeit 1838), Johanniterordens-Ehrenritter, und ſodann, daß Karl Philipp ſelbſt in ſeiner Jugend Page bei dem Generalmajor von Treskow, Chef des Alt-Treskow'ſchen Regiments zu Fuß Nr. 8 zu Stettin war. Friedrich der Große erließ eine Reihe ſtrengſter Verfügungen, deren Originale noch vorhanden ſind, wonach nur Söhne von tadelloſem Adel als Pagen angenommen werden durften. Nachſichtslos vertrat er dieſes Prinzip nicht allein bei den königlichen Pagen, ſondern verlangte auch, daß die Generalspagen in gleicher Weiſe ausgewählt werden mußten. Wo ihm eine Familie zweifelhaft erſchien, ließ er ſich Geburts- und Adelszeugniſſe vorlegen und die Fälle ſollen recht häufig ſein, in denen er Knaben, deren altadelige Abſtammung zweifelhaft war, ohne weiteres entließ. Das alte Adelsgeſchlecht Derer von Unruh, wahrſcheinlich aus dem Elſaß ſtammend, iſt ſchon vor vielen Jahrhunderten in Böhmen nachweisbar. Es hat ſich dann in Schleſien und Polen weiterverbreitet und iſt hier zu Beſitz und hohem Anſehen gelangt. Der Umfang ſeiner vornehmen ver-
Urk. 3. wandtſchaftlichen Beziehungen kann aus einer Zuſammenſtellung erſehen werden, welche dem Freiherrn von Weyhe-Eimke auch ohne „ſtricte" Anfrage gern zur Verfügung ſteht.

Auf dieſen thatſächlichen Unterlagen ſtellt ſich hiernach die wiſſenſchaftliche Frage kurz dahin, ob nach dem auf die Ehe der Modeſte von Unruh anzuwendenden Rechte der einfache alte Adel zur Ebenbürtigkeit genügte. Iſt dieſe Frage zu bejahen und damit die Succeſſionsfähigkeit der Descendenz des Grafen Wilhelm Ernſt anerkannt, dann iſt deren Berufung auf den Fürſtenthron in Lippe nach der beſtehenden Thronfolgeordnung nicht weiter zweifelhaft.

Die Ebenbürtigkeit jener Ehe iſt der einzige rechtserhebliche Streitpunkt in der ſogenannten Lippiſchen Thronfolgefrage. Alle übrigen Streitfragen ſind von rechtlicher Erheblichkeit nur inſoweit, als ſie mit der Ebenbürtigkeit der Modeſte von Unruh in unmittelbarem oder mittelbarem Zuſammenhange ſtehen[6]. Daher iſt die gegenwärtige Lippiſche

---

[6] In L. II S. 4 iſt mir der Vorwurf gemacht, 1) verſchwiegen zu haben, daß der Verfaſſer durch die vorangegangenen Schriften von Zachariae, Zoepfl und Schulze genötigt war, auf nebenſächliche Fragen einzugehen, und 2) vorbehaltlos die Breite der Ausführungen als auffallend bezeichnet zu haben. In Wahrheit ſteht auf S. 8 meiner Schrift: „Teilweiſe ſind L.s Bemerkungen über dieſe Dinge allerdings veranlaßt durch Behauptungen früherer Verteidiger der gräflichen Anſprüche, und inſofern iſt die ausführliche Behandlung derſelben verſtändlich gemacht. Teilweiſe aber ſind ex motu proprio die verſchiedenſten Thatſachen zu einem dem Zweck des Gutachtens angepaßten Stimmungsbilde zuſammengetragen, ohne daß dieſelben

Thronfolgefrage in ihrem Thatbeſtand reine Rechtsfrage[7]. Sie könnte zur politiſchen Frage erſt werden, falls es dem Fürſtlich-Schaumburgiſchen Haus gelänge, ſeine Succeſſionsanſprüche durchzuſetzen und damit die Frage des Verhältniſſes beider Fürſtentümer untereinander und im weiteren Verlaufe der Einfluß dieſes Verhältniſſes auf die Beziehungen zum deutſchen Reiche zur Entſcheidung kommen müßten. Staatsrechtlich würden alle in Betracht kommenden Eventualitäten leicht zu kategoriſieren, politiſch würden ſie eine Quelle von Schwierigkeiten ſein. Dieſe Seite der Lippiſchen Thronfolgefrage ſcheidet von den nachfolgenden Erörterungen aus[8].

---

von irgend welcher rechtlichen Erheblichkeit wären. Hier iſt die Breite der Ausführungen auffallend".

[7] Vgl. den Aufſatz „Die Natur des Lippeſchen Thronfolgeſtreites" in den Münchener Neueſten Nachrichten v. 3. April 1896 Nr. 157. Dagegen richtet ſich eine Erklärung des Fürſtl. Lippiſchen Staatsminiſters v. 9. April 1896 (Lipp. Landeszeitung v. 14. April 1896 Nr. 87), in welchem aus einem Gutachten des Prof. Laband gegen den Lippiſchen Antrag auf reichsgeſetzliche Beſtellung des Reichsgerichts die Anſicht mitgetheilt iſt: „Alle Thronſtreitigkeiten ohne Ausnahme, auch wenn ſie ein nur kleines Fürſtentum betreffen, ſind Fragen politiſcher Natur und können nicht nach ausſchließlich juriſtiſchen Grundſätzen und zivilprozeſſualiſchen Beweisregeln beurteilt werden". Die Replik der Münchener Neueſten Nachrichten findet ſich in Nr. 179 vom 17. April 1896. Mit Rückſicht auf die rechtliche Natur der Lippiſchen Thronfolgefrage iſt es irreführend, ſie mit der Braunſchweigiſchen Frage irgendwie in Vergleich zu bringen. Die auf Grund des Regentſchaftsgeſetzes von 1879 im Jahre 1885 daſelbſt geſchehene Regentſchaftsbeſtellung hat rein politiſchen Charakter. Das Succeſſionsrecht des Herzogs von Cumberland und ſeiner Descendenz iſt überall nicht beſtritten. In Lippe iſt das Succeſſionsrecht ſelbſt im Streit.

[8] Ebenſo: 1) Die Vorgeſchichte des Lippiſchen Thronfolgeſtreits; darüber ſ. die Lippiſchen Landtagsverhandlungen über ein Regentſchaftsgeſetz von 1890 vb. meine Sonderausgabe S. 4. 6 f. 9 f. 34 ff. 2) Die rechtliche Würdigung des letztwilligen Erlaſſes des Fürſten Woldemar vom 15. Oktober 1890, betr. die Einſetzung einer Regentſchaft, publiziert in der Geſetzſammlung f. d. Fürſtentum Lippe am 20. März 1895; darüber ſ. die Lippiſchen Landtagsverhandlungen von 1895 über die Regentſchaft des Prinzen Adolf vb. Bornhak, Regentſchaft und Thronfolge in Lippe-Detmold, Kreuzzeitung 1895 Nr. 151 und Derſelbe, Die Rechtsgiltigkeit und Rechtsverbindlichkeit des fürſtlichen Erlaſſes vom 15. Oktober 1890 betr. Einſetzung einer Regentſchaft, in der Lippiſchen Landeszeitung 1895 Nr. 86. 3) Die an das Regentſchaftsgeſetz angeknüpften zahlreichen Erörterungen über die entſcheidende Inſtanz, insbeſondere die Frage der geſetzlichen oder ſchiedsgerichtlichen Berufung des Reichsgerichts. Ein ziemlich vollſtändiges Bild der hierüber in der Öffentlichkeit beſprochenen Anſichten geben die Jahrgänge 1895 u. 96 der Lippiſchen Landeszeitung. Über die Bedenken gegen eine Incident-Entſcheidung durch den Bundesrat ſ. meine Sonderausgabe S. 37.

2) Die Quellen der Entscheidung.

Nach welchem Recht beurteilt sich die Ebenbürtigkeit der Ehe zwischen dem Grafen Wilhelm Ernst und der Modeste von Unruh? Antwort: nach demjenigen Rechte, welches zur Zeit des Eheabschlusses gegolten hat. Dieses Recht beruht aber auf doppelter Rechtsquelle: auf dem gemeinen deutschen Privatfürstenrechte jener Zeit und auf dem Lippischen Hausrecht. Das gemeine deutsche Privatfürstenrecht besitzt überall nur den Rang einer subsidiären Rechtsquelle und kann durch das besondere Hausrecht abgeändert oder ausgeschlossen werden [9].

Mit diesen wenigen Worten könnte an und für sich die Erörterung über die Quellen bereits geschlossen werden. Es besteht aber die Notwendigkeit, das Ergebnis durch eine längere Ausführung sicher zu stellen.

Auch L. I hat zuletzt als Quelle der Entscheidung das Recht zur Zeit des Eheabschlusses anerkannt [10]. Insoferne hätte kein Grund zu einer Meinungsverschiedenheit bestanden. Aber jenes Anerkenntnis ist unmöglich in Übereinstimmung zu bringen mit derjenigen Ansicht, welche der Herr Verfasser an früherer Stelle seines Gutachtens hinsichtlich der Quellen der Entscheidung ausgesprochen und nunmehr in seiner Replik wiederholt zu rechtfertigen unternommen hat [11].

Der späteren Ausführung über den Inhalt des gemeinen deutschen Privatfürstenrechts (Abschn. 3) vorgreifend, muß ich schon hier an die bekannte Thatsache erinnern, daß bereits zur alten Reichszeit unter den Publizisten unerschöpflicher Streit über das Maß der Ebenbürtigkeitserfordernisse innerhalb der einzelnen Adelsklassen bestanden hat. Einen kurzgedrängten Ueberblick über die verschiedenen Strömungen giebt auch L. I S. 4 ff. Insbesondere habe sich seit Pütter's überragendem Einfluß auf die Publizistik das strengere Ebenbürtigkeitsprinzip gegen die einseitig in romanistischen Anschauungen befangene Doktrin eingeführt und siegreich behauptet. „Allerdings mußte man zugestehen," so gesteht auch

---

[9] Vgl. G. Meyer, Staatsrecht, 4. Aufl. 1895, S. 235. Die Annahme Mehrerer, daß ein Erfordernis der Ebenbürtigkeit nach gemeinem Recht überhaupt nicht, sondern nur auf Grund besonderer hausgesetzlicher Vorschriften bestehe, kann hier auf sich beruhen.

[10] L. I S. 18.

[11] L. I S. 8—10 vb. L. II S. 6—15.

L. mit Pütter zu, „daß dieſes ſtrenge Ebenbürtigkeitsprinzip“ nicht in allen reichsſtändiſchen Häuſern ausnahmslos befolgt worden iſt.“ „Man kam zu einer Unterſcheidung zwiſchen den altfürſtlichen Häuſern und den reichsgräflichen und Neugefürſteten.“ „Für die letzteren wurde ein neueres Herkommen angenommen, dem zufolge auch Ehen mit Damen des niederen Adels zuläſſig ſeien“ (S. 8).

Dieſes Herkommen iſt, um ſogleich auf den ſpringenden Punkt aufmerkſam zu machen, den Gegnern der Bieſterfelder Succeſſionsanſprüche inſoferne unbequem, als auf ihm die Ebenbürtigkeit der Ehe des Grafen Wilhelm Ernſt mit Modeſte von Unruh unter der Vorausſetzung beruht, daß nicht das Lippiſche Hausrecht abweichende Beſtimmungen getroffen haben ſollte. Die Prüfung der letzteren Frage vorbehalten, muß ich alſo der Anſicht ſein, daß jenes Herkommen für die Ebenbürtigkeit einer im Jahre 1803 innerhalb des reichsgräflichen Hauſes Lippe geſchloſſenen Ehe die erſte und wichtigſte Quelle der Entſcheidung bildet, und daß hieran nichts durch diejenige Entwickelung des Rechts der Ebenbürtigkeit geändert werden kann, welche nachmals durch andere, als Lippiſche Hausgeſetze oder etwa durch die Deutſche Bundesakte herbeigeführt worden ſein ſollte.

Eine im Erfolg weſentlich abweichende Auffaſſung tritt nun aber in nachſtehender Ausführung meines Herrn Gegners hervor[12]:

„Zur vollen Herrſchaft iſt das ſtrenge Ebenbürtigkeitsprinzip durch die Deutſche Bundesakte gelangt. Durch den Zuſammenbruch des Reiches verſchwand dasjenige ſtaatsrechtliche Kriterium, welches dem Begriff des hohen Adels zu Grunde lag, die Reichsſtandſchaft. Von den ehemals reichsſtändiſchen Familien wurde ein Teil ſouverän, der andere Teil unterthan. Es mußte fraglich erſcheinen, ob die letzteren noch den erſteren ſtandesgleich und mithin ebenbürtig geblieben ſeien. Die Deutſche Bundesakte Art. 14 hat nun bekanntlich beſtimmt, daß die im Jahre 1806 und ſeitdem mittelbar gewordenen ehemaligen reichsſtändiſchen, fürſtlichen und gräflichen Häuſer fortan nichtsdeſtoweniger zu dem hohen Adel in Deutſchland gerechnet werden und ihnen das Recht der Ebenbürtigkeit in dem damit verbundenen Begriff verbleibt.“

„Hieraus folgt, daß „der hohe Adel in Deutſchland“ nur aus zwei Gruppen von Familien beſteht, den ſouveränen und den ehemals reichsſtändiſchen, und daß die Ebenbürtigkeit auf dieſe Familien unter ſich beſchränkt iſt. Denn wenn auch andere, adelige oder nicht adelige Perſonen an der Ebenbürtigkeit mit den ſouveränen Familien Teil nehmen, ſo würde es keinen Sinn gehabt haben, zu beſtimmen, daß die Ebenbürtig-

[12] L. I S. 8 ff. im Widerſpruch mit S. 18 daſ.

keit den ehemals reichsständischen Familien trotz ihrer Mediatisirung „nichtsdestoweniger verbleibt".

In Beziehung auf die Thronfolge in einem deutschen Fürstenhause, fährt L. fort, „hat der Unterschied, welchen die Reichspublizisten zwischen altfürstlichen und reichsgräflichen oder neufürstlichen Häusern machten, seine Bedeutung vollkommen eingebüßt. Er beruhte auf spezifischen Eigentümlichkeiten der Verfassung des alten Reichs und hat mit dem Fortfall derselben nicht nur jede Spur einer thatsächlichen Berechtigung verloren, sondern er ist geradezu unverständlich geworden. Was kann hinsichtlich der Ebenbürtigkeitsgrundsätze, welche für die Erbfolge in einer souveränen Familie und demgemäß für die Thronfolge in einem deutschen Staate maßgebend sind, auf den zufälligen Umstand ankommen, ob die Dynastie vor oder nach 1582 oder 1654 den Fürstentitel erlangt hat? Wenn in der heutigen Theorie für die mediatisirten Familien andere Ebenbürtigkeitsgrundsätze aufgestellt werden wie für souveräne Häuser, so mag dies theoretisch unrichtig und dem wirklich geltenden Recht widersprechend sein, aber es ist begreiflich und hat in dem tiefeingreifenden Gegensatz zwischen Landesherren und Unterthanen eine thatsächliche Berechtigung. Wenn dagegen der Versuch gemacht wird, unter den landesherrlichen Familien Deutschlands zwei Gruppen, die altfürstlichen und die neufürstlichen, zu unterscheiden und in Betreff der Ebenbürtigkeit und Thronfolgefähigkeit verschiedene Grundsätze aufzustellen, so muß derselbe schon an dem Contrast, in welchem er sich mit den politischen Verhältnissen und den herrschenden Rechtsvorstellungen befindet, scheitern. Wenn Zachariä, Zöpfl und Schulze in den oben angeführten Schriften diese Unterscheidung zwischen altfürstlichen und neufürstlichen Häusern aus der Rumpelkammer des alten Reichsstaatsrechts hervorgeholt haben, um für die Thronfolge im Fürstentum Lippe andere Rechtsgrundsätze in Anwendung zu bringen, als sie in allen anderen souveränen Fürstenhäusern Deutschlands bestehen, so erscheint dies als ein Rückfall in Rechtsvorstellungen einer längst vergangenen Zeit. Man darf bei der Beurteilung der Ebenbürtigkeitsfrage und der von derselben abhängigen Successionsfähigkeit im Fürstentum Lippe das entscheidende Gewicht nicht darauf legen, daß das Lippesche Haus nicht zu den altfürstlichen Dynastien des ehemaligen deutschen Reiches gehörte, sondern darauf, daß es seit Auflösung desselben in den Kreis der souveränen Deutschen Fürstenhäuser eingetreten ist. Dasjenige Recht, welches bei diesen souveränen Dynastien gilt, liefert den allgemeinen Maßstab auch für die Beurteilung der Successionsfähigkeit im Deutschen Bundesstaate Lippe. Als die vollgültigsten Zeugnisse des in den souveränen Häusern lebendigen Rechtsbewußtseins sind die Hausgesetze anzusehen."

Dieſen Ausführungen muß ich in allen weſentlichen Teilen widerſprechen.

Unbrauchbar iſt ſchon der „allgemeine Maßſtab", welchen L. für die Beurteilung der Succeſſionsfähigkeit in Lippe auf Grund eines „lebendigen Rechtsbewußtſeins" angelegt wiſſen will. Mir ſcheint ſicher, daß ein Urteil in Bauſch und Bogen über das in den Hausgeſetzen[13] niedergelegte Rechtsbewußtſein hinſichtlich der Ebenbürtigkeit überhaupt nicht möglich iſt. In einigen Häuſern beobachtet man auf Grund Geſetzes oder Gewohnheit das ſtrenge Ebenbürtigkeitsprinzip, d. h. Eheſchließungsfähigkeit nur mit dem ſouveränen oder ehemals reichsſtändiſchen Adel; ſo in Preußen, Bayern, Sachſen, Württemberg, Baden, Heſſen ꝛc. In anderen hat man nach Reichsherkommen eine Ehe mit einer Dame aus niederem Adel für ebenbürtig gehalten; daß dies in Lippe und in Schaumburg-Lippe der Fall war, wird ſich ſpäter zeigen. Auch in Oldenburg ſind ſeit Jahrhunderten Ehen mit Damen des niederen Adels als ebenbürtig betrachtet worden und hat erſt das Hausgeſetz vom 1. September 1872 A. 9 das ſtrenge Ebenbürtigkeitsprinzip eingeführt. Wieder anderwärts entſcheidet frei und ohne Gebundenheit an beſtimmte Adelsklaſſen im einzelnen Falle ein Familienrat oder das Familienhaupt. Jenes iſt der Fall in S.-Koburg-Gotha. Das Hausgeſetz v. 1. März 1855 A. 94 beſtimmt: „daß, ſofern der anzuheirathende Ehegatte nicht einem regierenden Hauſe oder einer der im Art. 14 der Bundesakte ausdrücklich für ebenbürtig erklärten deutſch-ſtandesherrlichen Familien angehört, die Frage, ob die Vermählung eine ebenbürtige und in dieſer Beziehung hausgeſetzmäßige ſei, von einem Familienrate zu entſcheiden iſt." Wie wenig in den ſouverän gewordenen reichsgräflichen Häuſern ſich ein allgemeines Rechtsbewußtſein im Sinne des ſtrengen Ebenbürtigkeitsprinzips ausgebildet oder gar gewohnheitsrechtlich abgeſchloſſen habe, zeigt auch die Vereinbarung der Fürſten von Reuß vom 10. November 1844. Zur gültigen Ehe wird die Einwilligung des Familienhaupts erfordert. „Sie ſoll niemals verſagt werden, wenn die Verlobte einem bundesfürſtlichen oder nach A. 14 der B. A. in Deutſchland ebenbürtigen Hauſe angehört." Sie kann alſo erteilt werden auch dann, wenn der Geburtsſtand dieſen Anforderungen nicht entſpricht. Dieſe Erteilung iſt in Reuß wiederholt vorgekommen[14]. Daß das Familienhaupt über die Ebenbürtigkeit der einzelnen Ehe entſcheidet, iſt ſeit 1853 in Lippe ſelbſt der Fall. Es liegt nahe, gerade in dieſem Hauſe die Probe auf ein „konſtantes" Rechtsbewußtſein anzuſtellen. Sie ergiebt, daß 1853 nach freiem Ermeſſen des

[13] H. Schulze, Die Hausgeſetze der regierenden deutſchen Fürſtenhäuſer. Bd. I. 1862. Bd. II. 1878. Bd. III. 1883. Derſelbe, Lehrbuch des deutſchen Staatsrechts, Bd. I S. 218 ff.

[14] Bornhak, Thronfolge S. 11.

Fürſten ebenbürtige Eheſchließung mit Angehörigen aller Adelsklaſſen möglich war[15], daß 1858 ebenbürtige Eheſchließung nur mit Angehörigen ſouveräner Häuſer oder des anerkannten hohen Adels thatſächlich verſtattet wurde[16] und für die Zukunft verſtattet werden ſollte, daß gleichwohl unbedenklich 1868 der Konſens zur Ehe mit einer Dame, welche dem ſouveränen oder reichsſtändiſchen Adel nicht angehörte, gegeben worden iſt[17]. Welches iſt nun hier als das „lebendige Rechtsbewußtſein" anzuſehen? Das von 1853, 1858 oder 1868? Kann Jemand in Abrede ziehen, daß auch in anderen, ja wohl in allen deutſchen Fürſtenhäuſern eine „konſtante" Praxis nicht immer feſtgehalten worden iſt? Oder kommen ſolche Fälle bei Ermittelung des „lebendigen Rechtsbewußtſeins" in den Hausgeſetzen überhaupt nicht in Betracht? Iſt das „lebendige Rechtsbewußtſein" hinſichtlich der Ebenbürtigkeit nur aus gewiſſen Hausgeſetzen zu ſchöpfen und aus welchen? Wo liegt der innere Wertmeſſer für die Unterſcheidung derjenigen Häuſer, deren Ebenbürtigkeitsbeſtimmung allein jenes Bewußtſein des deutſchen Fürſtenſtandes repräſentieren ſoll? Und wenn ein ſolches etwa für elf deutſche Monarchieen nachgewieſen, gilt es ohne weiteres auch für die andern elf? Kann das in anderen Staaten geltende Recht mit Hülfe eines „allgemeinen Maßſtabs" einfach auf Lippe übertragen werden? Hat der Richter bei Entſcheidung eines beſtimmten Rechtsverhältniſſes mit beſtimmter Quellenunterlage überhaupt einen „allgemeinen Maßſtab" in die Hand zu nehmen? Zu Zwecken allgemeiner Belehrung mag es immerhin genügen und angezeigt erſcheinen, aus der Fülle des Einzelnen zu abſtrahieren und dem Hörer oder Leſer gewiſſe gemeingültige Rechtsgrundſätze als leitend an die Hand zu geben. Für die Zwecke der Rechtsſprechung reicht dies nicht mehr aus. Bei der Entſcheidung einer konkreten Rechtsfrage kommt es auf die einzelne Rechtsquelle an und kann nicht auf ein „im Kreis" der ſouveränen deutſchen Fürſtenhäuſer „lebendiges Rechtsbewußtſein" zurückgegriffen werden. Denn ein ſolches giebt es nicht. Mit dieſer Ausführung, entnommen S. 23 meiner erſten Schrift, vgl. der geneigte Leſer L. II. S. 11. Es iſt der Mühe wert!

Verfehlt und völlig vereinzelt iſt weiterhin die Auslegung, welche L. dem Art. 14 der Bundesakte gegeben hat. Durch dieſen ſei das ſtrenge Eben-

---

[15] Deklaration vom 10. Mai 1853 vb. mit Handſchreiben vom gleichen Tage. S. darüber unten Abſchn. 4. a. Urk. 15 und Abſchn. 4. b. Urk. 18.

[16] Fürſtliches Schreiben vom 14. Januar 1858, durch welches der nachgeſuchte Conſens zur Vermählung des Grafen Leopold, dritten Sohnes der Modeſte von Unruh und jüngſten Bruders des Grafen Julius, mit einer Baronin von Taube verweigert wurde. Mitgeteilt bei L. I S. 17. Proteſt dagegen ſ. u. Abſchn. 4. b. Urk. 37.

[17] Fürſtliche Schreiben vom 4. und 23. September 1868. S. u. Abſchn. 4. b. Urkk. 19 und 20.

bürtigkeitsprinzip „zur vollen Herrſchaft gelangt“. Zur Herrſchaft gelangt! Das heißt doch, jener Artikel habe etwas neues mit rechtlicher Wirkung ausgeſtattet! Ganz im Gegenteile aber hat er gegenüber dem veränderten Thatbeſtand, daß mehr als 70 Familien die Landeshoheit verloren hatten, nur dasjenige in Beziehung auf die Ebenbürtigkeit aufrechterhalten, was bis 1806 Rechtens war. Die Deutſche Bundesakte hat an den Ebenbürtigkeitsverhältniſſen, wie ſie zur Reichszeit entwickelt waren, nicht das mindeſte verändert. Die vertragsſchließenden Teile haben ſich darin lediglich geeinigt, den Mediatiſierten dasjenige Connubium mit den ſouveränen Häuſern auch ferner zu belaſſen, welches ſie auf Grund ihrer Landeshoheit bis 1806 bereits beſaßen. Wenn die Bundesakte ſagt, daß den Mediatiſierten fortan „nichtsdeſtoweniger“ das Recht der Ebenbürtigkeit „in dem bisher damit verbundenen Begriff verbleibt“, ſo hat ſie damit nur dies Eine ausgedrückt, daß jene beſtimmte Adelsklaſſe trotz ihres Verluſtes der Landeshoheit die Eheſchließungsfähigkeit mit den regierenden Familien behalten ſoll. Dies wird, wie das Urteil der Göttinger Juriſtenfakultät im Lippiſchen Dotalprozeß vom 18. Mai 1869[18] ſehr richtig hervorhebt, auch dadurch beſtätigt, daß in der Wiener franzöſiſchen Überſetzung der deutſchen Bundesakte die Worte Ebenbürtigkeit „in dem bisher damit verbundenen Begriffe“ einfach wiedergegeben ſind durch: „Le droit de naissance egale avec les maisons souveraines“. In allem übrigen war für die Bundesakte überhaupt keine Veranlaſſung zu Beſtimmungen über Ebenbürtigkeit gegeben. Alle ſtaatsrechtlichen Kataſtrophen im Gefolge der Auflöſung des Reichs haben hiernach die Geburtsſtandsverfaſſung des deutſchen Adels in Beziehung auf Ebenbürtigkeit in Nichts berührt. Aus eben dieſem Grunde muß ich L.s Auslegung des Art. 14 nicht weniger in derjenigen Faſſung widerſprechen, welche er ihr neuerdings[19] in den Worten gegeben hat: „Dadurch iſt genau beſtimmt, wie weit die Ebenbürtigkeit mit den ſouveränen Häuſern reicht; ſie iſt allein für die im Jahre 1806 und ſpäter mittelbar gewordenen ehemaligen reichsſtändiſchen Häuſer anerkannt worden“. Ich könnte unterſchreiben, wenn L. damit hätte ausdrücken wollen, daß der alleinige Inhalt und Zweck des Art. 14 der Bundesakte geweſen ſei, das Ebenbürtigkeitsverhältnis zwiſchen ehemals reichsſtändiſchen und gegenwärtig ſouveränen Häuſern zu beſtimmen. Ich kann aber nicht unterſchreiben, was L. im Zuſammenhange ſeiner Ausführung wirklich damit ſagen will,

[18] Ich citiere hier und fernerhin nach den mir vorliegenden notariell beglaubigten Abſchriften von 1888, Urk. 4. Das Urteil 3. Inſtanz v. 2. März 1872, geſprochen von der Erlanger Juriſtenfakultät, ſagt vom Art. 14 der Bundesakte: er iſt „gerade in Beziehung auf das, was unter Ebenbürtigkeit zu verſtehen iſt, rein deklarativ nicht konſtitutiv“.

[19] L. II S. 8.

daß nemlich der Begriff der Ebenbürtigkeit auf dieſe Adelsklaſſen überhaupt nur anzuwenden und zu beſchränken ſei. Dies würde im Erfolg darauf hinauslaufen, daß Art. 14 der Bundesakte die einzige Rechtsquelle wäre, auf welcher gegenwärtig die Ebenbürtigkeitsverhältniſſe des deutſchen Adels beruhen, ein Ergebnis, das doch anderwärts von L. ſelbſt abgelehnt werden muß. Ich fürchte, daß wir Beide über dieſen Punkt zur Zeit uns nicht werden verſtändigen können. Dabei iſt es mir aber nach wie vor immerhin eine Beruhigung, daß bisher kein einziger deutſcher Schriftſteller in dem Art. 14 der Bundesakte ein neues Ebenbürtigkeitsprinzip gefunden hat. Auch aus Göhrum, Bd. II. S. 379, auf den ich in ſo außergewöhnlich kollegialer Weiſe von meinem Herrn Gegner verwieſen worden bin[20], habe ich dafür weder früher noch heute eine Belehrung ſchöpfen können. Vielmehr beweiſt und beſtätigt gerade ſeine quellenmäßige Darſtellung der Geſchichte des Art. 14 der Bundesakte, daß es ſich bei ihm weſentlich um „die Wiederherſtellung des Rechtszuſtandes vor 1806“ gehandelt hat[21]. Der tiefſte Grund unſerer Differenz über Art. 14 liegt freilich anderswo. Darauf komme ich erſt am Schluſſe dieſer Quellenausführung zu reden. Vorher muß ich noch in anderem Sinne widerſprechen, daß Art. 14 der Bundesakte das ſtrenge Ebenbürtigkeitsprinzip „zur vollen Herrſchaft“ gebracht habe. Die Deutſche Bundesakte als völkerrechtlicher Vertrag hat überhaupt nichts zur Herrſchaft gebracht. Dies hat wohl kaum Jemand ſo klar und ſcharf ausgeführt, als L. ſelbſt. Allerdings in einem anderen Buch[22]. „Weder die Bundesakte noch die Wiener Schlußakte ſind Geſetze, trotzdem ſie Grundgeſetze des Deutſchen Bundes hießen; kein Bundesbeſchluß war ein Geſetz, ſelbſt wenn er Bundesgeſetz genannt wurde, ſondern nur eine Vereinbarung über die von den einzelnen Staaten zu erlaſſenden Geſetze oder über das völkerrechtliche Bundesverhältnis der Einzelſtaaten ſelbſt. Der Mißbrauch, der mit dem Worte „Bundesrecht“ getrieben wurde, iſt allerdings weit verbreitet geweſen; für die juriſtiſche Betrachtung iſt aber nicht der Klang des Wortes, ſondern die rechtliche Natur der Sache maßgebend. Ein von dem Landesrecht der einzelnen Staaten verſchiedenes Bundesrecht, das einen anderen Inhalt, als die vertragsmäßige Normierung des Bundesverhältniſſes und deren Ausführung im Einzelnen hatte, gab es nicht. Alles, ſelbſt durch Bundesbeſchlüſſe provocirte und in allen Deutſchen Staaten gleichmäßig geltende Recht war ohne Ausnahme nicht Bundesrecht, ſondern Landesrecht. Dieſes Recht

---

[20] L. II S. 12.

[21] Göhrum, Geſchichtliche Darſtellung der Lehre von der Ebenbürtigkeit ꝛc. Bd. II (1846) S. 371 ff.

[22] Staatsrecht d. d. R., 3. Aufl. 1895, Bd. I S. 7 f.

ist daher auch durch die Auflösung des Deutschen Bundes nicht beseitigt worden, eben weil es kein Bundesrecht war. Dagegen ist alles Bundesrecht, d. h. der Inbegriff aller vertragsmäßigen und statutarischen Bestimmungen über den völkerrechtlichen Verein, welcher unter den Deutschen Staaten mit der Bezeichnung Deutscher Bund bestanden hat, mit der Auflösung dieses Vereins gegenstandslos geworden und vollständig und in allen Beziehungen in Wegfall gekommen." Also schließe ich hieraus: Hätte selbst Art. 14 der Bundesakte ein beschränkendes Ebenbürtigkeitsprinzip wirklich aufgestellt, so konnte es praktische Geltung doch immer nur soweit erlangen, als es durch die Einzelstaatsgesetzgebung Anerkennung fand. Aber es ist gewiß nicht nachzuweisen, daß durch ein Landes- oder Hausgesetz das vermeintliche neue Ebenbürtigkeitsprinzip des Art. 14 jemals für Lippe eingeführt worden sei[23]. Ich erachte hiernach: L. in seinem Reichsstaatsrecht behalte Recht gegen L. in seinen Schriften über die Thronfolge im Fürstentum Lippe.

Während es nun aber ein von der Anerkennung des Landesrechts unabhängiges Deutsches Bundesrecht nicht gab, gab und giebt es allerdings noch heute ein von der landesrechtlichen Rezeption unabhängiges Recht des alten Reiches. Denn im alten Reich entstand wahres gemeines, d. h. in Kraft einer höheren Rechtsquelle unmittelbar und einheitlich verbindliches Recht. Manche seiner Bestimmungen, z. B. aus dem westfälischen Frieden, haben, soweit sie nicht durch Gesetz oder Gewohnheit beseitigt worden sind, auch ohne landesrechtliche Anerkennung ihre Geltung hinübergerettet über den Schiffbruch des alten Reiches und die Tragikomödie des Rheinbundes bis in die deutsche Bundeszeit und in die Gegenwart hinein. Von Deutschem Bundesrechte lebt kein Titelchen mehr ohne landesgesetzliche Gewährleistung. Vom Rechte des älteren Reiches haben wir noch immer lebenskräftige Elemente unter uns. Das führt auf einen weiteren Punkt, in welchem ich L.s Ansicht bestimmt, und wiederum in erfreulicher Übereinstimmung mit der communis opinio doctorum, widersprechen muß.

Gegen Zachariae, Zoepfl und Schulze ist der Vorwurf erhoben, daß sie die Unterscheidung zwischen altfürstlichen und neufürstlichen Häusern „aus der Rumpelkammer des alten Reichsstaatsrechts hervorgeholt haben, um ꝛc." Dies erscheine „als ein Rückfall in Rechtsvorstellungen einer längst vergangenen Zeit". Darauf muß ich ein Zweifaches erwiedern. Einmal prinzipiell: es ließe sich immerhin auch eine Betrachtungsweise denken,

---

[23] Daß das in Anm. 16 genannte Schreiben vom 14. Januar 1858 „nicht die Bedeutung und Kraft einer hausgesetzlichen Anordnung" haben konnte, giebt L. I S. 17 selbst zu. Es wird später nachzuweisen sein, daß überhaupt niemals ein Lippisches Hausgesetz über Ebenbürtigkeit ergangen ist, Abschnitt 4.

welche umgekehrt die auf das äußerſte Maß geſpannte Forderung der Ebenbürtigkeit als einen „Rückfall in Rechtsvorſtellungen einer längſt vergangenen Zeit“ bezeichnete. Die öffentliche Meinung hat gerade aus Anlaß des Lippiſchen Thronfolgeſtreits ſehr unzweideutig auch über dieſe Frage ſich geäußert und ich habe nicht den Eindruck gewonnen, daß der Geiſt der Zeit am Ende des 19. Jahrhunderts vorherrſchend unter dem Einfluße Pütters ſteht, der ſeine auf dieſem Gebiete hauptſächlich in Betracht kommenden Schriften gerade 1795 und 1796 geſchrieben hat. Doch ich erliege nicht der Verſuchung, in dieſes Problem näher einzutreten[24]. Es handelt ſich allein um die Rechtsfrage der Geltung von Rechtsſätzen des alten Reichsſtaatsrechts und ihrer Anwendung auf die Ehe des Bieſterfelder Grafen. Und in dieſer Beziehung muß ich nun poſitiv rechtlich erwidern: die Unterſcheidung zwiſchen altfürſtlichen und neufürſtlichen oder reichsgräflichen Häuſern hat ihre praktiſche Bedeutung für die Ebenbürtigkeit auch heute keineswegs verloren. Das wäre freilich ein überaus bequemes und einfaches Mittel, um ungezählte Ebenbürtigkeitsſtreitigkeiten, welche ihren Grund in der komplizierten Geburtsſtandsverfaſſung des älteren Reiches haben, mit einem Schlage zu löſen und zu beſeitigen. Bei der Meinung, jene Unterſcheidung habe ihre Bedeutung verloren, ſcheint mir das Verſtändnis für hiſtoriſche Kontinuität der Neigung formal juriſtiſcher Konſtruktion zum Opfer gefallen. Und welches ſind die Gründe? Erſtens: Der Unterſchied „beruhte auf ſpezifiſchen Eigentümlichkeiten der Verfaſſung des alten Reichs und hat mit dem Fortfall derſelben nicht nur jede Spur einer thatſächlichen Berechtigung verloren, ſondern er iſt geradezu unverſtändlich geworden“. Beruht nicht auch Begriff und Inſtitution des hohen Adels überhaupt auf ſpezifiſchen Eigentümlichkeiten der Verfaſſung des alten Reichs und beſteht doch zweifellos noch heute zu Recht?! Soll auch er in die „Rumpelkammer des alten Reichsſtaatsrechts“ verwieſen werden[25]? Zweitens: „Was kann hinſichtlich der Ebenbürtigkeitsgrundſätze, welche für die Erbfolge in einer ſouveränen Familie und demgemäß für die Thronfolge in einem Deutſchen Staate maßgebend ſind, auf den zufälligen Umſtand ankommen, ob die Dynaſtie vor oder nach 1582 oder 1654 den Fürſtentitel erlangt hat?“ Darauf laſſe ich Weſtrum antworten. L. iſt auf dieſen Mann aus der Praxis und Juſtizrat aus Celle ebenfalls ſchlecht zu ſprechen. Er traut ihm keine „Geſichtspunkte von irgend welcher Erheblichkeit“ zu[26]. Aber eben deshalb erſcheint es mir gerecht, wenn ich ihn hier überzeugend reden laſſe:[27] „Mag man immerhin im gewöhnlichen Leben da von Zufall

[24] Vgl. dazu auch die nüchterne und treffende Bemerkung bei Weſtrum a. a. O. S. 21.
[25] Ebenſo Bornhak, Thronfolge, S. 10 f.
[26] L. II S. 4 Anm. 1.
[27] A. a. O. S. 22.

ſprechen, wo wir nicht in der Lage ſind, die Gründe für ein Ereignis zu entdecken . . ., ſo kann man doch da nicht von Zufälligkeit reden, wo es ſich um große hiſtoriſche Vorgänge, wo es ſich darum handelt, welche deutſchen Fürſtengeſchlechter in Folge einer oft Jahrhunderte langen Entwickelung . . . den Fürſtenrang ſchon früher und welche ihn erſt ſpäter erlangten. Mit demſelben Recht würde man ſonſt davon reden können, daß die ganze Schöpfung des Deutſchen Bundes und des Deutſchen Reiches vielleicht unterblieben wären, wenn nicht Napoleon „zufällig" die Schlachten bei Leipzig und Waterloo verloren hätte. Aber könnte man wirklich den mit der deutſchen Geſchichte untrennbar verbundenen Entwickelungsgang der einzelnen deutſchen Fürſtengeſchlechter . . . für einen „Zufall" erklären, was bewieſe das? Wenn das Recht mit einem „zufälligen" Umſtande Rechtswirkungen verbindet, ſo kann das ein Grund ſein, das Recht abzuändern; das Recht und die Rechtswirkungen ceſſiren aber nicht von ſelbſt. Manche Leute erklären es auch für „zufällig", ob jemand in einer Hütte oder einem Palaſt geboren iſt, ſie meinen, als müſſe deshalb jedes Erbrecht beſeitigt werden. Daß es ſchon beſeitigt ſei, behaupten ſelbſt ſie nicht. Mag daher L. immerhin Zachariae, Zoepfl und Schulze vorwerfen, ſie holten ihre Argumente aus der Rumpelkammer hervor — das verfängt nicht." Das meine ich auch. Drittens: Der Verſuch einer ſolchen Unterſcheidung „müſſe ſchon an dem Contraſt, in welchem er ſich mit den politiſchen Verhältniſſen und den herrſchenden Rechtsvorſtellungen befindet, ſcheitern". Es war zu erwarten, daß an dritter Stelle der Beweisgründe nun endlich die Rechtsquelle angegeben würde, durch welche jene Unterſcheidung für das heutige Recht beſeitigt ſein ſollte. Daß es Art. 14 der Bundesakte nicht ſein konnte, hatte ich ja vorher ſchon aus L.s Reichsſtaatsrecht entnommen. Aber eine beſſere, als „politiſche Verhältniſſe" und „herrſchende Rechtsvorſtellungen" hatte ich doch erwartet. Es giebt keine gemeinrechtliche Quelle, durche welche jene Unterſcheidung hinſichtlich der Ebenbürtigkeit für das geltende Recht beſeitigt worden wäre. Wohl iſt es vorgekommen, daß durch partikuläre Quellen, nämlich in einigen ſouverän gewordenen reichsgräflichen Häuſern ſelbſt, das Maß der Ebenbürtigkeitserforderniſſe im Sinne der altfürſtlichen Häuſer durch Geſetz oder Gewohnheit geſteigert wurde[28]. Aber für die vorliegende Streitfrage kommt das nicht weiter in Betracht. Denn im Fürſtentum Lippe exiſtiert eine partikuläre Rechtsquelle mit dieſem Inhalte überall nicht und iſt bisher noch von Niemand aus den Archiven ermittelt worden. Daher werden wir uns auch im neuen Reich noch da und dort und für einige Zeit mit Rechtsſätzen aus der Rumpelkammer des alten Reichsſtaatsrechts immerhin behelfen müſſen

[28] Vgl. H. Schulze a. a. O. (Anm. 13).

und bleibt es bis auf weiteres „bei dem guten alten Grundſatze, daß eine Rechtsquelle ſo lange gilt, bis ſie durch eine neuere beſeitigt iſt“ [29], beſtehen. Ich finde außer L. keinen einzigen Schriftſteller, welcher der Meinung wäre, daß die Unterſcheidung zwiſchen altfürſtlichen und reichsgräflichen Häuſern hinſichtlich der Ebenbürtigkeit im geltenden Rechte aufgehoben wäre. Vielmehr hat L. gerade in dieſem Punkte auch von Anderen beſtimmten Widerſpruch oder allgemeine Ablehnung erfahren [30]. Es giebt endlich keinen Richterſpruch, durch welchen L.s Aufſtellung irgend eine Anerkennung gefunden hätte. Vielmehr hat die Praxis jeder Zeit angenommen, daß die Auflöſung des alten Reiches eine derogierende Wirkung in Hinſicht auf die beſtehenden Ebenbürtigkeitsverhältniſſe nicht hatte und nicht haben konnte [31].

Ich komme zum letzten Punkt. Er iſt der entſcheidende. Er macht zugleich erſichtlich, aus welchem Grunde zwiſchen L. und mir eine Verſtändigung über Art. 14 der Bundesakte in Sachen Schaumburg contra Bie-

---

[29] Bornhak a. a. O. S. 11.

[30] Von Bornhak und Weſtrum abgeſehen ſchon durch den Recenſenten über L. I im Litterariſchen Centralblatt 1892: „Gerade in denjenigen Punkten, die wiſſenſchaftlich von Intereſſe ſind, kann Ref. dem Verf. nicht beiſtimmen. So können wir es nicht für begründet halten, wenn der Verf. behauptet, die Unterſcheidung zwiſchen altfürſtlichen und reichsgräflichen Häuſern in Bezug auf Ebenbürtigkeit habe durch die Bundesakte von 1815, Art. 14, für die ſouveränen Häuſer ihre Bedeutung vollkommen eingebüßt“. „Auch iſt dieſe Unterſcheidung nicht erſt aus der Rumpelkammer ꝛc. hervorgeholt worden, um ꝛc., ſondern ſie iſt jederzeit von faſt allen Schriftſtellern anerkannt worden und wird es noch gegenwärtig (vgl. z. B. G. Meyer, Staatsrecht, S. 220, Stobbe, Privatrecht IV, § 213). Unterzeichnet „L.“ Dem Citat aus G. Meyer, 3. Aufl., ſetze ich hier das gleiche Citat aus G. Meyer, 4. Aufl., S. 234 bei: „Durch die Auflöſung des Reiches ging in den Rechtsgrundſätzen über dieſen Gegenſtand keinerlei Änderung vor ſich“. Dem Citat aus Stobbe (mit weiteren Litteraturangaben daſelbſt Anm. 17), dem noch Schröder, Deutſche Rechtsgeſchichte, § 69 und Gengler, Privatrecht, S. 509 anzureihen wären, füge ich aus neueſter Zeit bei Gierke, Deutſches Privatrecht, I. Bd. 1895 S. 403 f. Dieſer Schriftſteller ſteht, ſoviel das gemeine Privatfürſtenrecht betrifft, auf dem Standpunkte des ſtrengſten Ebenbürtigkeitsprinzips. So wenig aber ſieht er die Unterſcheidung der altfürſtlichen und reichsgräflichen Häuſer für das geltende Recht als beſeitigt an, daß er zu dem Reſultate kommt: „Mithin kann ein Fürſtenhaus, das bei ſich ſtrengere Grundſätze befolgt, die Ebenbürtigkeit des Mitgliedes eines anderen Hauſes nicht deshalb anzweifeln, weil es aus einer Ehe ſtammt, die nach jenen Grundſätzen eine Mißheirat wäre (a. a. O. Anm. 32). Über die ganze Frage ſ. noch Zoepfl, Staatsrecht, Tl. I, § 225a: „Der angebliche Einfluß der Auflöſung des deutſchen Reiches auf die Lehre von den Mißheiraten.“

[31] Darüber ſiehe die Urteile im Lippiſchen Totalprozeß (Urk. 4). Ferner Erkenntniſſe des K. Bayer. O. A. Gerichts aus d. J. 1841 bei Seuffert, Bl. f. Rechtsanwendung, Bd. XI S. 268 ff.; die drei Erkenntniſſe bayeriſcher Gerichtshöfe von 1870 u. 1871 im Löwenſteinſchen Prozeſſen, bei Zoepfl, Gutachten S. 55. Endlich die Judikatur des Reichsgerichts, unten Anm. 51 und 98.

ſterfeld ſo ſchwierig, aber auch — überflüſſig iſt. Schließen wir die Akten über das in den Hausgeſetzen lebendige Rechtsbewußtſein und Art. 14 der Bundesakte. Mag in beiden ſtehen, was da will. Für den Austrag der Sache wird es ohne Einfluß ſein. Denn weder die eine, noch die andere Rechtsquelle findet auf die Entſcheidung des vorliegenden Falles Anwendung. Mag durch die Hausgeſetzgebung der ſouveränen Dynaſtieen und durch die Bundesakte leibhaftige Abſtammung von Göttern zur Ebenbürtigkeit erfordert worden ſein, ſo wird die Ebenbürtigkeit einer im Jahre 1803 geſchloſſenen Ehe doch allemal nur nach denjenigen Erforderniſſen juris humani zu beurteilen ſein, welche zur Zeit der Eheſchließung geſetzlich oder gewohnheitsrechtlich gegolten haben. Alſo hier nach dem gemeinen oder partikulären Recht des Jahres 1803. Denn die Souveränetät ſtammt aus dem Jahre 1806 und die Deutſche Bundesakte aus dem Jahre 1815. Das iſt, wie dem Juriſten unzweifelhaft und gewiß, ſo dem Rechtsſinn auch des Nichtjuriſten ohne weiteres einleuchtend. L. ſpricht es ja ſchließlich ſelbſt auf Seite 18 ſeines Gutachtens aus. Wozu alſo der Irrweg durch die Deutſche Bundesakte und die Hausgeſetze ſouveräner Dynaſtieen? Wozu der Anachronismus der Beiziehung zweier Quellenkreiſe einer ſpäteren Zeit, die außer aller Beziehung zu dem ſtreitigen Rechtsverhältnis ſtehen? Warum auf S. 10 einen „allgemeinen Maßſtab“ aus dem in den ſouveränen Dynaſtieen geltenden Recht entnehmen und auf Lippe übertragen, wenn auf S. 18 doch endlich eingeräumt werden muß: „In der That können diejenigen Ehen, welche geſchloſſen worden ſind, bevor das Haus Lippe eine ſouveräne Dynaſtie geworden iſt, nur nach denjenigen Ebenbürtigkeitserforderniſſen beurteilt werden, welche zur Zeit ihres Abſchluſſes gegolten haben“?! Wozu die Verdunkelung der Quellenlage durch lange Seiten hindurch? Meinen Eindruck davon hatte ich früher[32] in die Worte gekleidet: „Wie durch ein Zauberkunſtſtück ſind hier andere Quellen unterſchoben, als welche der Entſcheidung des konkreten Falles zu Grunde liegen müſſen.“ Noch heute kann ich dieſen Eindruck nicht los werden. L. ſagt zwar neueſtens[33]: „An und für ſich iſt es ſehr wohl möglich, daß eine im Jahre 1803 geſchloſſene Ehe damals eine ebenbürtige war und deſſen ungeachtet die daraus entſproſſene Descendenz den Anforderungen, welche das jetzt geltende Recht an die Thronfolgefähigkeit erhebt, nicht entſpricht; denn zwiſchen 1803 und der Gegenwart liegt eine nicht unerhebliche Veränderung des öffentlichen Rechts.“ Richtig. Und weiter: „Daß dieſer“, nämlich der ſeit Auflöſung des Reiches innerhalb des hohen Adels eingetretene „Unterſchied nicht auch hinſichtlich der Erforderniſſe der Thronfolgefähigkeit ſich

[32] Sonderausgabe S. 22.
[33] L. II S. 14.

geltend machen und die Fortbildung des Rechts, die doch auch in unſerm Jahrhundert ſtattgefunden hat, beeinfluſſen könnte, wer wollte dies von vorneherein für unmöglich erklären?" Ebenfalls wahr. Was iſt nicht alles „an und für ſich ſehr wohl möglich" und was „könnte" nicht alles geſchehen?! Aber nicht das iſt die Frage, ob in Lippe mit dem Rechte der Ebenbürtigkeit von 1803 eine Veränderung hätte eintreten können, ſondern ob eine ſolche Veränderung wirklich eingetreten iſt? Und dafür hinwiederum kann weder der Inhalt der Deutſchen Bundesakte, noch ein allgemeines „Rechtsbewußtſein", ſondern nur das Lippiſche Hausrecht entſcheidend ſein.

Es bleibt hiernach bei der Beſtimmung der Quellen, wie oben geſchehen. Die erſte Frage iſt: was war Rechtens nach gemeinem Privatfürſtenrechte im Jahre 1803? Die zweite Frage lautet: iſt dieſes Recht durch das beſondere Lippiſche Hausrecht verändert oder aufgehoben? Dies letztere konnte wieder in zweifachem Zeitpunkte geſchehen ſein. Entweder ſchon in der alten Reichszeit bis 1803. Oder zwiſchen 1803 und heute. Beides wird alſo in Betracht zu nehmen ſein. Im Lippiſchen Hausrecht liegt der Schwerpunkt der Entſcheidung.

3) Das gemeine Privalfürſtenrecht.

Mit dem Verſuch, die Ebenbürtigkeitserforderniſſe nach gemeinem deutſchen Privatfürſtenrecht zu ermitteln, wird freilich ein unerſchöpfliches Streitgebiet betreten. Aber es iſt keineswegs erforderlich, die vielen Kontroverſen, welche unter älteren und neueren Publiziſten über die Entwickelung der Geburtsſtandsverfaſſung des Adels in Deutſchland verhandelt worden ſind [34], von Neuem aufzurollen. Ueber den einzig entſcheidenden Punkt beſteht eine Meinungsverſchiedenheit nur in einer Frage zweiten Ranges. Die Hauptſache ſteht unter den Vertretern der verſchiedenen wiſſenſchaftlichen Richtungen und im konkreten Falle auch inter partes feſt.

Während in der erſten Hälfte des Mittelalters nur der Unterſchied von Freien und Nichtfreien auf die Ebenbürtigkeit der Ehe eingewirkt hatte, erſcheint ſeit dem 13. Jahrhundert jene feudaliſtiſche Gliederung der Geburtsſtände vollendet, als deren Ergebnis Adel und übrige Stände, hoher und niederer Adel ſtreng gegen einander abgeſchloſſen ſind. Der hohe Adel wurde der Inbegriff nur derjenigen fürſtlichen oder altgräflichen Geſchlechter, welche Landeshoheit und Reichsſtandſchaft erwarben [35].

---

[34] Zur allgemeinen Orientierung aus Lehr- und Handbüchern ſei kurz verwieſen auf Zoepfl, Grundſätze des gemeinen deutſchen Staatsrechts, 5. Aufl., T. I § 220—226. Schulze, Lb. des deutſchen Staatsrechts, I. T. § 96. G. Meyer, Lb. des deutſchen Staatsrechts, 4. Aufl., § 89. Stobbe, Hdb. des deutſchen Privatrechts, Bd. IV, § 213. Gerber, Syſtem des deutſchen Privatrechts, 15. Aufl., § 224. Gengler, Das deutſche Privatrecht, 4. Aufl., § 137. Gierke, Deutſches Privatrecht, Bd. I, § 47. Von Spezialwerken über den Gegenſtand ſind hervorzuheben: Pütter, Über Mißheirathen Teutſcher Fürſten und Grafen, 1796. Heffter, Beiträge zum deutſchen Staats- und Fürſtenrecht, 1829, Derſelbe, Die Sonderrechte der ſouveränen und der mediatiſierten vormals reichsſtändiſchen Häuſer Deutſchlands, 1871. Kohler, Handbuch des Privatfürſtenrechts der vormals reichsſtändiſchen, jetzt mittelbaren Fürſten und Grafen, 1832. Göhrum, Geſchichtliche Darſtellung der Lehre von der Ebenbürtigkeit nach gemeinem deutſchen Rechte ꝛc., 2 Bde., 1846. Zoepfl, Über Mißheiraten in den deutſchen regierenden Fürſtenhäuſern überhaupt und in dem Oldenburgiſchen Geſamthauſe insbeſondere, 1853. In den angeführten Werken findet ſich weitere zahlreiche Litteratur angegeben.

[35] Über den Begriff des hohen Adels herrſcht in der Litteratur des 17. und 18. Jahrhunderts ungemein viel Streit. Die weitaus überwiegende Meinung hat ſich dahin feſtgeſtellt, daß der Rechtsbegriff des hohen Adels ſich allein auf Reichsſtandſchaft gründe. Ich teile dieſe Anſicht und habe ſie hauptſächlich aus der eingehenden dogmengeſchichtlichen Begründung bei Göhrum, Bd. II, S. 98—158 gewonnen. Dieſer meiner Anſicht habe ich ſchon in meiner erſten Schrift S. 17 genau mit denſelben Worten, wie

Er erkannte für ſich die Eheſchließungsfähigkeit nur unter den Genoſſen ſeines Standes an, und ſo entwickelte ſich, geſetzlich nie fixiert, ſondern lediglich im Wege des Gewohnheitsrechts der Begriff der ſtrengen Ebenbürtigkeit. Nicht ebenbürtige Ehen ſind Mißheiraten. Folge der Mißheirat iſt Verluſt der Standesrechte für die Descendenz. Folge dieſes Verluſtes iſt die Succeſſionsunfähigkeit.

Nun wurde aber jenes Gewohnheitsrecht ſeit dem 16. und 17. Jahrhundert von einem anderen Herkommen, ob gemeinrechtlichen oder partikulären Urſprungs, bleibe vorläufig dahingeſtellt, durchkreuzt. Seine Entſtehung war bedingt und gefördert durch die eigenartige Entwickelung des Verhältniſſes der Reichsſtandſchaft. Jure scripto waren erſt ſeit 1653 der Beſitz eines reichsunmittelbaren Territoriums und die förmliche Aufnahme durch das betreffende Reichstagskollegium als notwendige Erforderniſſe für den Erwerb der Reichsſtandſchaft aufgeſtellt worden[36]. Aber wie in Beziehung auf ſo viele andere öffentliche Rechtsverhältniſſe des älteren Reiches, waren auch hier die Thatſachen ihrer rechtlichen Anerkennung und geſetzlichen Fixierung weit vorangeeilt. Thatſächlich hat, ſo erzählt Häberlin[37], „wenigſtens ſeit dem Jahre 1582 kein neuer Fürſt anders, als nach vorgängiger Genehmigung der dabei intereſſierten Stände, unter den Fürſten ſelbſt Platz nehmen und gleich dieſen ſeine Stimme einzeln geben dürfen. Alle diejenigen Fürſten, die erſt nach dieſer Zeit den Fürſtenſtand erhalten haben, werden daher, wenn ihnen gleich auch eine Virilſtimme in dem fürſtlichen Collegio zugeſtanden iſt, neue Fürſten genannt, und ſo iſt hiedurch ein Unterſchied zwiſchen alten und neuen Fürſten entſtanden.“ Die Unterſcheidung zwiſchen altfürſtlichen auf der einen, neufürſtlichen oder reichsgräflichen Häuſern auf der andern Seite hat ſich alſo nicht etwa, wie der Unkundige aus L. I. S. 8 und 10 zu vermuten in Gefahr gerät, im ſachlichen Zuſammenhange mit der Entwickelung der Ebenbürtigkeitsverhältniſſe feſtgeſtellt, ſondern umgekehrt iſt die durch ſelbſtändige geſchichtliche Entwickelungsfaktoren hervorgebrachte Unterſchei-

---

oben im Texte Ausdruck gegeben. L. II hätte ſich daher ſowohl auf S. 12 den Zweifel, ob mir Göhrum bekannt ſei, wie auf S. 38 die Zurechtweiſung ſparen dürfen, daß K. die Dohnas nicht zum niederen Adel gerechnet hätte, „wenn er ſich mit der ſtaatsrechtlichen Litteratur des 17. oder 18. Jahrhunderts bekannt gemacht hätte“. Ich möchte meinem Herrn Gegner dringend empfehlen, ſich ſeinerſeits mit dem Rechtsgutachten des Preußiſchen Kronſyndikats von 1864/66, alſo einer Schrift aus der ſtaatsrechtlichen Litteratur des 19. Jahrhunderts, bekannt zu machen. Auf die Sache ſelbſt komme ich unten, Text zu Anm. 71, näher zurück.

[36] Wahlkapitulation Ferdinands IV. Art. 45, § 1 (in den ſpäteren Wahlkapitulationen Art. I § 5). Vgl. G. Meyer, Staatsrecht, S. 62 Anm. 4.

[37] Häberlin, Handbuch des Teutſchen Staatsrechts nach dem Syſtem des Herrn Geheimen Juſtizrat Pütter, 1797, Bd. I S. 272. O. Mejer, Einleitung in das deutſche Staatsrecht, 2. Aufl. 1884, S. 72.

dung innerhalb der Reichsſtände Veranlaſſung und Ausgangspunkt dafür geworden, daß ſich auch in Beziehung auf die Erforderniſſe der Ebenbürtigkeit eine Verſchiedenartigkeit der Rechtsverhältniſſe bilden konnte.

Was nun dieſe Verſchiedenartigkeit ſelbſt betrifft, ſo entwickelte ſich bei den erſt nach 1582 zur Reichsſtandſchaft gelangten neufürſtlichen oder reichsgräflichen Familien, ebenfalls im Wege des Gewohnheitsrechts, das Recht ebenbürtiger Eheſchließung mit Damen aus niederem, wenn nur altem Adel. Teils Einflüſſe aus der Rezeption des römiſchen Rechts, teils politiſche, namentlich aber Beſitzverhältniſſe mögen bei der Entwickelung dieſes neueren Herkommens beteiligt geweſen ſein[38]. Es iſt nicht erforderlich, den geſchichtlichen Gründen und treibenden Kräften dieſer Entwickelung näher auf die Spur zu gehen. Der Thatbeſtand ſelbſt ſteht feſt.

Allerdings hatte der Thatbeſtand dieſes neueren Herkommens harte Proben zu beſtehen. Das Standesintereſſe der altfürſtlichen Familien kämpfte mit aller Macht dagegen an. Aber ſowohl im Gebiete der Geſetzgebung, als der Rechtsſprechung blieben dieſe Anſtürme ohne Erfolg.

Im Gebiete der Reichsgeſetzgebung war der einzige Erfolg die in Art. XXII § 4 der Wahlkapitulation Karls VII. von 1742 aufgenommene Beſtimmung, daß nicht vom Kaiſer den „aus ohnſtrittig notoriſcher Mißheirat erzeugten Kindern“ die väterlichen Titel beigelegt und ſie nicht „zum Nachteil der wahren Erbfolger und ohne deren beſondere Einwilligung für ebenbürtig und ſucceſſionsfähig“ erklärt werden dürften[39]. Zur Entſtehung und zum ferneren Schickſal dieſer Beſtimmung iſt folgendes bemerkenswert[40]. Angeregt war ihre Aufnahme in die Wahlkapitulation durch die am 16. Oktober 1741 in Offenbach verſammelten Geſandten einiger altfürſtlichen Häuſer. Unmittelbar veranlaßt war die Anregung durch „den Skandal der Verheiratung des Herzogs zu Sachſen-Meinungen Anton Ulrich mit der Heſſiſchen Hauptmannstochter Philippine Eliſabeth Cäſarea Schurmann“[41], ihres Standes Kammerjungfer. Im urſprünglichen

---

[38] S. zu dieſer Frage Pütter, Mißheiraten, S. 441. Zachariae, Gutachten, S. 21 f. Zoepfl, S. 41 f. Rechtsgutachten bezüglich der Herzogtümer Schleswig, Holſtein und Lauenburg, erſtattet auf Grund des A. E. v. 14. November 1864 vom Kronſyndikat, gedr. Berlin 1866, S. 101 a. E. Heffter, Sonderrechte, S. 108 f.

[39] J. J. Moſer, Anmerkungen zur Wahlkapitulation Karls VII. Göhrum, Ebenbürtigkeit, Bd. II S. 231 ff. Zoepfl, Staatsrecht, Bd. I S. 623. Derſelbe, Mißheiraten, S. 69 ff. Schulze, D. Staatsrecht, Bd. I S. 219 f. G. Meyer, Staatsrecht, S. 234. Stobbe, Privatrecht, Bd. IV S. 43. Gerber, Privatrecht, S. 422. Gengler, Privatrecht, S. 506 f. Brockhaus in Holtzendorff, Rechtslexikon, Bd. I S. 582.

[40] Pütter, Mißheiraten, S. 274–294. Göhrum, Ebenbürtigkeit, Bd. II S. 211 f. 231 ff. Zoepfl, Mißheiraten, S. 69 ff.

[41] Pütter, Mißheiraten, S. 234 ff. Göhrum, Ebenbürtigkeit, Bd. II S. 211 ff.

Antrag bei den Beratungen innerhalb des Kurfürſtenkollegiums lauteten die entſcheidenden Worte: „den aus ungleicher Ehe oder Mißheirat erzeugten Kindern.“ Aber es erhob ſich ſogleich die Frage: was iſt ungleiche Ehe, was iſt Mißheirat? Darüber könne man nicht in der Wahlkapitulation entſcheiden, das müſſe durch „förmlichen Reichsſchluß“ geſchehen. Um nun die Anwendung des Begriffs Mißheirat auf jede ungleiche Ehe auszuſchließen, wählte man vorläufig den allgemeinen Ausdruck „aus unſtreitig notoriſcher Mißheirat“ und beſchloß, durch ein kurfürſtliches Kollegialſchreiben den Kaiſer zu erſuchen, „wegen eines eigentlichen Regulativs der dafür zu haltenden, etwa noch zweifelhaft ſcheinenden Mißheiraten die nähere Abmaß gründlich erſtmöglichſt zu Stande zu bringen.“ Dieſe nähere Abmaß iſt niemals erfolgt. Die Zuſage der Wahlkapitulation von 1792, durch einen Reichsſchluß den Begriff der notoriſchen Mißheirat feſtzuſtellen, wurde nicht erfüllt. Aus der Entſtehungsgeſchichte des Art. XXII § 4 ergiebt ſich hiernach: die Wahlkapitulation verſtand mit Beſtimmtheit unter unſtreitig notoriſcher Mißheirat nur die Ehe eines Hochadeligen mit einer Bürgerlichen. Und dies iſt denn in der That auch das einzige poſitive Ergebnis aus dem Inhalte der älteren Reichsgeſetzgebung über den Begriff der Mißheirat geblieben[42]. Ebenſo ergiebt ſich aus der ferneren Unthätigkeit der Reichsgeſetzgebung, daß an den vor oder nach der Wahlkapitulation gewohnheitsrechtlich entwickelten Ebenbürtigkeitsverhältniſſen, ſei es in neu-, ſei es in altfürſtlichen Häuſern nicht das Mindeſte geändert wurde. Ein Herkommen, wonach in reichsgräflichen Häuſern Ehen mit Damen aus niederem, wenn nur altem Adel, ebenbürtige Ehen waren, beſtand nach wie vor der Wahlkapitulation von 1742 zu vollem Recht.

Auch die Verſuche, dieſes Herkommen mittels der Hausgeſetzgebung zu beſeitigen, blieben ohne Erfolg. Die Kaiſer verſagten Hausgeſetzen, durch welche Ehen mit Damen aus altem niederem Adel für Mißheiraten erklärt werden wollten, die Beſtätigung[43]. Beſonderes Gewicht haben natürlich die Fälle, welche in der Zeit nach 1742 gelegen ſind. Zoepfl[44] teilt deren drei, von 1769. 1770 und 1784, mit. Sie betreffen Erbach, Naſſau-Saarbrücken, Löwenſtein-Wertheim. Im Erbach'ſchen Entwurf einer Primogeniturordnung, war ausdrücklich anerkannt, daß „Ehen mit Damen des niederen Adels durch das Herkommen und die

---

[42] Göhrum, Ebenbürtigkeit, Bd. II S. 234 ff. Zoepfl, Mißheiraten, S. 76. Hefftter, Sonderrechte, S. 119. Bornhak, Thronfolge, S. 12. Reichsgericht, Urt. v. 7. Mai 1880, E. i. C. S. Bd. II S. 145 ff.

[43] Moſer, Familienſtaatsrecht, Tl. I S. 239. Tl. II S. 129 f. Pütter, Mißheiraten, S. 304. 306. 307. 309. Klüber, Abhandlungen und Beobachtungen ꝛc., Bd. I S. 87. Reuß, Deutſche Staatskanzlei, Tl. X (Ulm 1785) S. 87 ff. 120. Hefftter, Sonderrechte, S. 121 f. Vgl dazu unten Anm. 98.

[44] Gutachten, S. 35 f.

bereits vorhandenen Exempel des Hauſes bisher als legitimirt" betrachtet worden waren. Bis aber ein allgemeines Reichsgeſetz über den Begriff der Mißheirat entſcheide, ſollten nur Ehen mit Damen aus gräflichen Häuſern als ebenbürtig gelten. Joſeph II. verweigerte ausdrücklich dieſem Vorbehalte die Beſtätigung. Ebenſo geſchah es in den anderen Fällen. Die kaiſerliche Reſolution im Falle Löwenſtein-Wertheim lautete: „Fiat quidem petita confirmatio constitutionis primogeniturae, jedoch mit Ausſchluß der in § 1 enthaltenen Beſtimmung einer ebenbürtigen Vermählung, inmaßen k. Maj. Sich dieſerhalb begebenden Falls dero alleinige allerhöchſte Cognition hiermit ausdrücklich vorbehalten". Es kann nicht deutlicher bewieſen werden, als durch dieſe kaiſerlichen Anerkenntniſſe ſelbſt, daß das Connubium mit Damen aus niederem altem Adel einem wirklichen Herkommen entſprach.

Endlich haben auch die Reichsgerichte in vielen Fällen Ehen mit Damen aus alten niederen Adelsgeſchlechtern für ebenbürtig und die Descendenz für ſucceſſionsfähig erklärt [45]. Der bekannteſte und für die rechtliche Entſcheidung des Thronfolgeſtreites am meiſten präjudizielle Fall dieſer Art hat ſich eben im Lippiſchen Hauſe ereignet. Die fürſtliche Linie Schaumburg-Lippe ſtammt ſelbſt aus einer Ehe mit einer Dame des niederen Adels, nemlich der im Jahre 1722 geſchloſſenen Ehe des Grafen Friedrich Ernſt mit dem Fräulein Eliſabeth von Frieſenhauſen. Das fürſtliche Haus Schaumburg hängt nur durch dieſe Ehe mit Simon VI., als dem gemeinſchaftlichen Stammvater aller Lippiſchen Linien, zuſammen. Von dieſer Ehe und ihrer Bedeutung für die vorliegende Streitfrage wird in ſpäterem Zuſammenhang Näheres zu ſagen ſein [46]. Schon hier aber möchte ich hervorheben, einmal, daß ſämtliche in der Sache ergangene richterliche Entſcheidungen jene Ehe nicht als eine Mißheirat im Sinne der Wahlkapitulation betrachten, und ſodann, daß im ſpäteren Verlaufe der damaligen Streitigkeiten von der oberſtrichterlichen Autorität des Reiches auch in allgemeiner Weiſe ausgeſprochen und ausdrücklich anerkannt worden war [47], „daß kein Geſetz im römiſchen Reich vorhanden, ſo die Ehe eines Reichsgrafen oder aus ſolchem Hauſe entſproſſenen Herrn mit einer von beiderſeits Eltern, ritter- und ſtiftmäßig geborenen Perſon aus dem alten deutſchen Reichsadel für ungleich, oder die daraus erzeugten Kinder für unfähig zur Lehn- und Landfolge erkläre", „daß vielmehr von zwei und drei Jahrhunderten her eine unleugbare Obſer-

---

[45] Pütter, Mißheiraten, S. 300, vgl. auch S. 138. Moſer, Familienſtaatsrecht, Tl. II S. 107. Derſelbe, Teutſches Staatsrecht, Tl. XIX S. 224. Zachariae, Gutachten, S. 25. Zoepfl, Gutachten, S. 34 f.

[46] S. unten den Text zu Anm. 76.

[47] Strube, Rechtliche Bedenken ꝛc., Bd. II S. 514.

vanz des Contrarii in denen vornehmſten gräflichen Häuſern Teutſchlands, ja ſogar in dem Hauſe Schaumburg ſelbſt ſich ergebe".

Die Thatſache, daß in reichsgräflichen Häuſern ein Connubium mit Damen aus niederem Adel beſtanden hat, ſteht alſo feſt. Sie iſt von keinem Schriftſteller in Zweifel gezogen. Sie wird mit ganz vereinzelter Ausnahme[48] von allen Schriftſtellern als ausreichende Grundlage eines wahren Herkommens zu Gunſten der Ebenbürtigkeit jener Ehen anerkannt. Selbſt von Pütter iſt dieſes neuere Herkommen nicht direkt beſtritten[49]. Es iſt quellenmäßig von den bedeutendſten Publiziſten und Germaniſten des 19. Jahrhunderts, von Karl Friedrich Eichhorn[50] bis auf unſere Tage nachgewieſen, worüber ſich bereits in den Rechtsgutachten von Zachariae, Zoepfl und Schulze ein erdrückendes Beweismaterial zuſammengetragen findet. Es iſt in langwierigen Prozeſſen der neueren Zeit verhandelt und richterlich beſtätigt worden. Die Ebenbürtigkeitsfrage auf Grundlage dieſes Herkommens wurde ſpeziell im Lippiſchen Hauſe Ende der ſechziger und Anfangs der ſiebziger Jahre durch Urtheile zweier deutſchen Juriſtenfakultäten im Prinzip zu Gunſten der Grafen entſchieden. Aus den erbherrlichen Linien war der Anſpruch auf eine Fräuleinſteuer, d. h. Ausſteuer vermählter Töchter aus der Staatskaſſe des Stammlandes
Urk. 4. Lippe erhoben worden. In dieſem ſogenannten Dotalprozeß iſt übereinſtimmend von den Fakultäten zu Göttingen und Erlangen die Exiſtenz des Connubiums im Umfange des erwähnten Herkommens anerkannt. Ebenſo haben Urteile des bayeriſchen Oberappellationsgerichts, des preußiſchen Obertribunals und des Reichsgerichts in verwandten Prozeſſen teils für das behauptete Gewohnheitsrecht ſich entſchieden, teils verneint, daß ein Reichsherkommen beſtanden habe, kraft deſſen die Ehen mit Frauen von niederem Adel als unebenbürtig anzuſehen waren[51].

[48] So Göhrum, Ebenbürtigkeit, Bd. II S. 236 ff.

[49] Mißheiraten, S. 435 ff. und Derſelbe, Auserleſene Rechtsfälle ꝛc., Bd. III Tl. IV S. 807. Das Urteil der Göttinger Juriſtenfakultät v. 18. Mai 1869 (Urk. 4. b.) ſagt dazu: „Ja ſelbſt die eifrigſten Verteidiger der ſtrengeren Anſicht über die Mißheiraten drücken ſich über die hier vorliegende Frage ſo unbeſtimmt aus, daß man aus ihren Belegen für die Ungleichheit der Ehe zwiſchen einem Mitglied einer reichsgräflichen Familie mit einer Perſon vom niederen Adel eher auf das Gegenteil ſchließen kann."

[50] Eichhorn, Einleitung in das deutſche Privatrecht (nach 3. Ausg. 1829) S. 729 f. Derſelbe, Deutſche Staats- und Rechtsgeſchichte, Tl. IV § 563, Note e, hier unter Berufung auf Moſer, Familienſtaatsrecht, Tl. II S. 151 ff. Erquickend wirkt, was Moſer daſ. S. 153 in ſeiner Weiſe ſagt: „Ich wollte es auch keinem um das Luſtre ſeines Hauſes beſorgten Grafen rathen, eines Agnaten mit einer alten von Adel erzeugten Kindern Quaestionem status zu moviren, denn er (zumal am kayſerlichen Hof) übel damit anlauffen und ſich wohl gar einen Injurienprozeß auf den Hals laden würde". Die ältere Litteratur ſ. ferner bei Zachariae, Gutachten, S. 21. Von neueren vgl. nur G. Meyer, Staatsrecht, S. 235. Stobbe, Privatrecht, Bd. IV S. 44. Gerber, Privatrecht, S. 422. Schröder, Rechtsgeſchichte, S. 744.

[51] Seuffert, Blätter für Rechtsanwendung, Bd. XI S. 166 ff. 267 ff. Entſchei-

Auch von L. I S. 8 iſt anerkannt: Für die reichsgräflichen Häuſer wurde „ein neueres Herkommen angenommen, demzufolge auch Ehen mit Damen des niederen Adels zuläſſig ſeien". Schon Weſtrum [52] hat mit Recht darauf hingewieſen, daß der Ausdruck „angenommen" zweideutig iſt. Er kann bedeuten, daß man „geglaubt, gedacht habe, es exiſtiere ein ſolches Herkommen". Er kann bedeuten, daß „ein ſolches Herkommen im Rechtsleben rezipiert" wurde. Das letztere ſcheint L.s wirkliche Meinung zu ſein. Denn er fährt fort: doch „konnte ein ſolches Herkommen überhaupt nur ſeine rechtliche Wirkſamkeit auf diejenigen Familien erſtrecken, in denen es nachgewieſen werden konnte". Daraus muß ich ſchließen, daß L. bei ſeiner „Annahme" des Herkommens an die Bildung, an den rechtlichen Beſtand eines ſolchen gedacht habe. Und damit bin ich nun zugleich auf denjenigen Punkt geführt, den ich am Anfang dieſer Ausführungen als eine Streitfrage zweiten Ranges bezeichnen konnte.

Sie betrifft den Urſprung des Herkommens zu Gunſten der Ebenbürtigkeit reichsgräflicher Ehen mit Damen des niederen Adels. Überſieht man die Geſamtheit der neueren Litteratur, ſo findet man nirgends mehr eine Meinungsverſchiedenheit über den That- und Rechtsbeſtand des Herkommens ſelbſt, ſondern einzig und allein darüber, ob das Herkommen ein gemeinrechtliches oder ein hausrechtliches war. Hiernach teilen ſich, von extremen oder vermittelnden Meinungen abgeſehen [53], die Schriftſteller in zwei Gruppen [54]. Die Einen nehmen an, daß nach gemeinem

---

dungen des Reichsgerichts in Civilſachen, Bd. 32 S. 147 ff. Urt. v. 5. Dezember 1893. In dieſem iſt unter II. zunächſt die Meinung abgelehnt, daß A. 14 der Bundesakte normiere, was in Anſehung der Ebenbürtigkeit als Reichsherkommen zu gelten habe. Es iſt dann weiter hervorgehoben: Hätte in der That ein Reichsherkommen, welches Ehen mit einer Frau von niederem Adel als Mißheiraten erklärte, beſtanden, „ſo wäre es gar nicht denkbar 1) daß ſo viele und gerade beſonders namhafte Schriftſteller (insbeſondere der am weſentlichſten in Betracht kommende Staatsrechtslehrer des 18. Jahrh. Joh. Jak. Moſer) zur Zeit des Beſtehens des vormaligen deutſchen Reiches (alſo, wie Zoepfl, Staatsrecht, Bd. I S. 624 betont „Publiziſten, welchen die Reichspraxis noch aus unmittelbarer Anſchauung bekannt war") ein ſolches Reichsherkommen verneinen; 2) daß Beſtimmungen in Primogeniturordnungen, welche die Erklärung derartiger Ehen als Mißheiraten feſtſetzen wollten, mindeſtens der Regel nach die erbetene Kaiſerliche Beſtätigung nicht erhielten; 3) daß mehrfach Ehen hochadeliger Herren mit Frauen von niederem Adel geſchloſſen wurden, welche völlig unangefochten blieben oder ſogar ausdrücklich (und zwar nicht etwa nur aus ſog. politiſchen Erwägungen) für durchaus ſtandesgemäß erklärt wurden, in welchem Sinne insbeſondere eine Reihe von Entſcheidungen des Reichshofrates und des Reichskammergerichts in dem 18. J. ergieng". Zu den Urteilen im Lippiſchen Dotalprozeß ſ. auch Falkmann im Handbuch des öffentlichen Rechts, Bd. III, 2. S. 181.

[52] Zur Lippiſchen Erbfolgefrage, S. 6 f.

[53] So Bluntſchli, Mittermaier u. A.

[54] Man kann über die Gruppierung der Schriftſteller verſchiedener Meinung ſein. Ich nenne hier, um mit meiner perſönlichen Anſicht zurückzutreten, die Schriftſteller im

Privatfürſtenrechte nur das ſtrenge Ebenbürtigkeitsprinzip gegolten hat und gilt, daß die Abweichungen zu Gunſten eines minder ſtrengen Prinzips auf hausrechtlicher Geſtaltung beruhen[55], daß aber hier wie überall das gemeine Privatfürſtenrecht durch Hausgeſetz oder Hausobſervanz gebrochen werde. Die Anderen, ihrerſeits wieder in eine ältere und neuere Richtung ſich teilend, nehmen an, daß gemeinrechtlich die Ebenbürtigkeit auf den geſamten Adel ſich erſtrecke[56], oder daß wenigſtens zwiſchen reichsfürſtlichen und reichsgräflichen Häuſern zu unterſcheiden und bei letzteren gemeinrechtlich[57] die Ehe mit einem Mitgliede des niederen Adels für ebenbürtig zu halten ſei. Ich meinerſeits nehme an, daß nach Reichsherkommen die Ehe eines Reichsgrafen mit einer Dame aus altem niederem Adel eine ebenbürtige Ehe war. Zu dieſer Annahme führen mich nicht blos zahlreiche Äußerungen in der Litteratur des älteren Reichsſtaatsrechts[58], ſondern ich ſchöpfe dieſe Anſicht namentlich aus Geſchichte und Inhalt der Wahlkapitulation von 1742 ſelbſt. Ich nehme an, daß, wenn es ſich nur um vereinzelte hausrechtliche Obſervanzen gehandelt hätte, es den einflußreichen altfürſtlichen Familien nicht ſchwer gefallen wäre, ſie durch die Wahlkapitulation zu beſeitigen, und daß dann auch ſpäterhin die reichsgeſetzliche Definierung der Mißheiraten keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereitet haben würde. Auch der Umſtand, daß in der älteren Litteratur[59] und Rechtsſprechung[60] mehrfach die Exiſtenz eines Reichsherkommens oder eines Reichsgeſetzes zu Ungunſten der Ebenbürtigkeit ſolcher Ehen beſtritten wird, ſcheint es mir nahe zu legen, daß ebenſo das Herkommen zu Gunſten der Ebenbürtigkeit jener Ehen auf gemeinrechtlichem Boden erwachſen war.

Aber man erkläre die Sache ſo oder ſo. Man ſchöpfe das Herkommen aus gemeinrechtlicher oder aus hausrechtlicher Quelle. Das Re-

---

genauen Anſchluß an die überaus klare Darſtellung, welche Gierke, Privatrecht, Bd. I S. 403 f. von der Sache gegeben hat. Verſuche einer Klaſſifikation der auseinanderſtrebenden Anſichten finden ſich faſt in allen, ſchon genannten lehrhaften Erörterungen der Frage.

[55] Gierke bekennt ſich ſelbſt zu dieſer Anſicht und nennt außerdem Pütter, Eichhorn, Kohler, Göhrum, Philipps, Beſeler, Gerber, Zachariae, Schulze, G. Meyer, Brockhaus, L. I.

[56] Gierke führt hierfür an Moſer, Runde, Dieck, Klüber, Zoepfl, Heffter, Gengler.

[57] Gierke bezieht ſich auf Stobbe, Schröder und ein Präjudiz des Berliner Obertribunals vom 29. Jan. 1846.

[58] Viele Zeugniſſe dafür bei Göhrum, Ebenbürtigkeit, Bd. II pass.

[59] Moſer, Teutſches Staatsrecht, Tl. XIX (1745), § 141 f. nimmt ſogar bei altfürſtlichen Häuſern die Exiſtenz eines „wahren und rechtskräftigen (neuen) Reichsherkommens“ für die Gleichheit der Ehe mit Perſonen des niederen alten Adels an.

[60] Insbeſondere im Fall Frieſenhauſen. Es kommt hierfür namentlich die Begründung des reichshofrätlichen Mandatum v. 12. Juli 1753, daß kein Reichsgeſetz die Ehen reichsgräflicher Herren mit ritterlichen Frauen verbiete ꝛc., in Betracht.

ſultat iſt in beiden Fällen das gleiche. Nur die Beweisfrage für das Hausrecht verſchiebt ſich im einen und anderen Falle um ein weniges. Geht man davon aus, daß das Herkommen ein gemeinrechtliches war, ſo ſtellt ſich die Beweisfrage ſo: ob dieſes Herkommen etwa durch das Hausrecht abgeändert oder ausgeſchloſſen wurde. Geht man davon aus, daß das Herkommen lediglich partikulären Urſprunges war, ſo wird für das einzelne reichsgräfliche Haus die Obſervanz von Ehen mit Damen aus niederem Adel beſonders nachzuweiſen ſein. Da aber auch im erſteren Falle der Beweis der Nichtänderung oder des Nichtausſchluſſes des gemeinrechtlichen Herkommens überzeugend nur durch den Nachweis, daß thatſächlich in dem beſtimmten Hauſe ſolche Ehen geſchloſſen worden ſind, geführt werden kann, ſo wird damit in der Regel zugleich der poſitive Nachweis der Bildung einer Hausobſervanz verbunden ſein. Die Zahl der Eheſchließungen fällt dafür an und für ſich nicht entſcheidend ins Gewicht. Es kann auch eine Eheſchließung zum Beweiſe des Herkommens ausreichend ſein, wenn dieſe, wie z. B. in dem Falle Frieſenhauſen[61], zum Gegenſtande vieler Verhandlungen und Urteile bei den oberſten Reichsgerichten geworden iſt und dieſe darin übereinſtimmen, daß die Ehe eines Reichsgrafen mit einer Dame vom niederen alten Adel eine ebenbürtige Ehe war. Denn wenn auch die Gloſſatoren zum Corpus juris canonici zweifellos mit Unrecht die Forderung erhoben, ein Gewohnheitsrecht müſſe, um Beweiskraft zu haben, überhaupt in einem contradictorium judicium ſeine Geltung behauptet haben, ſo iſt doch ſo viel gewiß, daß eine ungeachtet vielen Widerſpruches erfolgreich gebliebene richterliche Anerkennung die Beweiskraft für das Beſtehen der Gewohnheit nur verſtärken kann. Uebrigens iſt man im reichsgräflichen Haus Lippe bei weitem nicht auf den Präcedenzfall Frieſenhauſen angewieſen.

Nachdem ich, insbeſondere im Anſchluß an die neuere Darſtellung der Ebenbürtigkeitslehre bei Gierke a. a. O. und durch Nachprüfung der dort angegebenen Litteratur in der Ueberzeugung befeſtigt war, daß bei dem allgemeinen Anerkenntnis des Herkommens ſelbſt die Frage nach ſeinem Urſprunge für die vorliegende Entſcheidung nur von geringem oder von keinem Gewichte ſei, war es mir eine Genugthuung, bei der wiederholten Durchſicht des Gutachtens von Zoepfl einer durchaus analogen Anſchauung zu begegnen. „So weit auch“ führt er aus[62], „die Meinungen in weſentlichen Beziehungen von einander abweichen, ſo wird man doch bei genauerem Eingehen die Überzeugung gewinnen, daß in Bezug auf jene Punkte, welche in dem vorliegenden Falle als entſcheidend in Betracht

---

[61] Ueber die beſonders präjudizielle Bedeutung des Falles ſ. auch Zachariae, Rechtsgutachten, S. 6.

[62] A. a. O. S. 38 f.

kommen, die Gegenſätze keineswegs ſo ſchroff ſind, wie dies bei dem erſten Anblicke erſcheinen möchte; ja man wird ſogar finden, daß eben in Bezug auf die ſpeziell hier einſchlägigen Fragen eine überraſchende Uebereinſtimmung der Meinungen herrſchte, welche in der Wiſſenſchaft der Einſtimmigkeit ſehr nahe kommt und ganz entſchiedene Anerkennung in der Praxis gefunden hat". Der ganze Streit „bewegt ſich in der neueren Zeit nur um den Punkt, daß die Einen die Standesmäßigkeit als allgemein gültigen gemeinrechtlichen Grundſatz betrachten, die Anderen aber ſie nur auf Grundlage eines ſpeziellen Herkommens in der betreffenden Familie zulaſſen wollen. Daher begegnet man in der neueren Zeit der eigentümlichen Erſcheinung, daß in den einzelnen Fällen, wo die Standesmäßigkeit von Ehen hochadeliger Herren mit Frauen von niederem Adel in Frage kam, man regelmäßig von beiden an ſich verſchiedenen Standpunkten aus zu demſelben Ergebnis gelangte, d. h. für die Standesmäßigkeit im betreffenden Falle entſchied. Dies kann freilich nicht befremden; denn wenn die jetzt überwiegende[63] Anſicht richtig iſt, daß ſich bezüglich der Standesmäßigkeit dieſer Ehen ein allgemeines Herkommen gebildet habe, ſo muß ſich dieſes allerdings auch in den einzelnen Häuſern, wenigſtens in der überwiegenden Mehrzahl derſelben, ebenſo finden und nachweiſen laſſen."

Endlich iſt es von hohem Intereſſe, daß genau der gleiche Gegenſatz und die gleiche Einheit auch in den Urteilen der Göttinger Juriſtenfakultät vom 18. Mai 1869 einerſeits und der Erlanger Juriſtenfakultät vom 2. März 1872 andererſeits[64] wiederkehren. Die Göttinger Juriſtenfakultät geht von der Annahme einer gemeinrechtlichen Regel der Ebenbürtigkeit von Ehen reichsgräflicher Herren mit Frauen von niederem Adel aus und erwartet aus dem Familienherkommen den Beweis ihrer Unebenbürtigkeit. Ihr Urteil wird von der Erlanger Juriſtenfakultät „in der Hauptſache beſtätigt." Es wird aber gegenteilig angenommen, daß überall nur eine hausrechtliche Obſervanz, alſo kein Reichsherkommen für die Ebenbürtigkeit ſolcher Ehen ſich gebildet habe, da „eine bloße Summe von übereinſtimmenden partikulären Satzungen noch nicht die Bedeutung eines gemeinrechtlichen Satzes beanſpruchen kann," und konkludiert: „Hiernach weicht zwar die rechtliche Anſchauung dieſer Inſtanz von derjenigen der vorigen in einem weſentlichen Punkte ab, — das Reſultat iſt aber gleichwohl in der Hauptſache daſſelbe."

Hiernach lege ich für die Vertretung meiner Sache kein weiteres Gewicht darauf, ob man das Herkommen zu Gunſten der Ebenbürtigkeit

---

[63] Zoepfl kommt zu dieſer Auffaſſung, weil er die Schriftſteller etwas anders gruppiert, als Gierke.

[64] Ergangen im Lippiſchen Dotalprozeß, ſ. o. Anm. 18 und Urk. 4.

von Ehen mit Damen aus niederem alten Adel als ein gemeinrechtliches bezeichnen oder blos als ein hausrechtliches gelten lassen will. Im einen Falle habe ich zu beweisen, daß das Herkommen durch das Lippische Hausrecht weder vor noch nach 1803 ausgeschlossen worden ist. Im anderen Falle habe ich zu beweisen, daß sich im reichsgräflichen Haus Lippe ebenfalls ein solches Herkommen vor 1803 gebildet und nach 1803 nicht wieder zurückgebildet hat. Der eine Beweis wird durch den anderen geführt.

Das Herkommen selbst, und mit ihm die Ebenbürtigkeit der Ehe des Grafen Wilhelm Ernst mit Modeste von Unruh, steht in beiden Fällen fest.

4) Das Lippiſche Hausrecht.

a) Eheſchließungspraxis und Hausverträge bis 1803.

Das Ergebnis der in ſeinem Gutachten von 1891 unternommenen Beweisführung hat L. II auf S. 37 ſelbſt dahin zuſammengefaßt, „daß im reichsgräflichen und fürſtlichen Hauſe Lippe die ſtrengen Ebenbürtigkeitsgrundſätze befolgt worden ſind" und S. 46 neuerdings noch etwas beſtimmter formuliert: „Im reichsgräflichen Hauſe Lippe beſtand kein Herkommen, nach welchem Frauen des niederen Adels als ebenbürtig angeſehen wurden; das Lippiſche Haus hielt vielmehr an dem Ebenbürtigkeitsgrundſatz der reichsſtändiſchen Häuſer feſt".

Entſpricht dieſe Annahme L.s den Thatſachen? Die Frage iſt zu verneinen.

Die, von der Ehe des Grafen Wilhelm Ernſt ſelbſt abgeſehen, in der Streitlitteratur zum Beweis oder Gegenbeweis bisher beigezogenen vierzehn Eheſchließungsfälle laſſen ſich in drei Gruppen teilen.

In die erſte Gruppe gehören zwei „unſtreitig notoriſche Mißheiraten" von Lippiſchen Grafen mit bürgerlichen Frauen.

In eine zweite Gruppe gehören vier Fälle von zweifelhafter Ebenbürtigkeit.

Die dritte Gruppe bilden acht Fälle von zweifelloſer Ebenbürtigkeit der Ehen Lippiſcher Grafen mit Damen von niederem Adel. Von dieſen entfallen wiederum vier auf die Hauptlinie Detmold, zwei auf die älteſte erbherrliche Linie Bieſterfeld, zwei auf die jüngſte erbherrliche Linie Schaumburg. Die hier in Frage ſtehenden Ehen ſind in dem Zeitraum zwiſchen 1666 und 1773, alſo während beiläufig eines Jahrhunderts, geſchloſſen.

Erſte Gruppe.

Mit Frauen bürgerlichen Standes ſind im Lippiſchen Hauſe zwei notoriſche Mißheiraten geſchloſſen worden:

1)[65] Der Herzoglich Braunſchweig-Lüneburgiſche Generallieutenant Graf Georg zur Lippe (aus der ſchon 1709 erloſchenen Linie Lippe-Bracke) vermählte ſich 1690 mit der Offizierswittwe Maria Sauermann.

---

[65] v. Weyhe-Eimke, Die rechtmäßigen Ehen, S. 155 f. 267. L. I S. 22. L. II S. 40. Bornhak, Thronfolge, S. 16. Zoepfl, Gutachten, S. 66. 86.

Die zweifellos nicht als ebenbürtig anerkannte und kinderlos gebliebene Ehe giebt zu keiner weiteren Bemerkung Veranlaſſung.

2)[66] Der k. k. Kämmerer und vormalige Hauptmann Graf Ludwig Heinrich zur Lippe-Biesterfeld, ein Sohn von Friedrich Carl Auguſt, vermählte ſich 1785 mit dem Fräulein Eliſabeth Chriſtine Kellner aus Gelnhauſen. Durch Reſkript Joſephs II. vom 19. Oktober 1786 wurde dieſe mit „einer persona plebeja eingegangene Ehe“ für „eine notoriſche Mißheirat“ erklärt. Dieſer kaiſerliche Erlaß iſt der Beſcheid auf einen Proteſt, welcher im Auftrag der Bieſterfelder und Weißenfelder Agnaten vom Anwalt Merk i. J. 1786 bei dem Kaiſer und Reichshofrat erhoben worden war, um durch die Aberkennung von Ebenbürtigkeit und Succeſſionsfähigkeit die vermögensrechtlichen Verbindlichkeiten gegen die Familie des Grafen los zu werden. Ludwig Heinrich hatte ſelbſt mehrfach erklärt, ſich nicht ſtandesgemäß vermählen, ſondern mit ſeiner „Bürgerstochter ehelich leben“ zu wollen. Es ſcheint aber, daß er ſich zur Erhebung von Anſprüchen gereizt fühlte. Er ſchreibt: „Wäre Frau Schwägerin nicht ſo hart geweſen und wäre mit mir menſchlich verfahren, würde es nicht geſchehen ſein.“ Die Alimentationsfragen wurden durch Vergleich von 1787 erledigt.

Schon in dieſem Vergleich war eine Verſtändigung über eine künftige Standeserhöhung von Frau und Kindern des Grafen vorgeſehen. Eine Verſtändigung wurde niemals erreicht. Wohl aber ſetzte der Graf eine zweimalige Standeserhöhung durch. Sein „gemeines bürgerliches Eheweib Chriſtine Eliſabeth Kellnerin“, wie es noch im Reſkript vom 19. Oktober 1786 heißt, wurde vom Reichsvikarius 1790 zur Reichsfreiin von Falkenflucht und 1792 zur Reichsgräfin erhoben. Die Nachkommen ſollten ſich Reichsgrafen von Lippe-Falkenflucht nennen dürfen, nennen ſich noch heute ſo und werden im Gothaer Kalender ſo genannt. Das Reichsgrafendiplom, welches mir in beglaubigter Abſchrift von 1793 vorliegt, iſt im gewöhnlichen Stile abgefaßt, „als wenn ſie von ihren vier Ahnen väter- und mütterlicherſeits von altem reichsgräflichen Stande hergekommen und geboren wäre,“ „geſellen, gleichen und fügen ſie alſo zu der Schaar, Geſell- und Gemeinſchaft anderer alten Reichsgräflichen Perſonen,“ „dazu auch alle und jede Gnade, Ehre, Würde, Vorteil, Freiheit, Vorgang, Sitz, Stimme, altherkommene Vorzüg, Recht und Gerechtigkeit.“ Die Unebenbürtigkeit der Ehe des Grafen Ludwig Heinrich Urk. 5.

---

[66] v. Weyhe-Eimke S. 219. L. I S. 28. L. II S. 40. Bornhak S. 16 f. Zoepfl S. 67. Göhrum, Ebenbürtigkeit, Bd. II S. 219. Heffter, Beiträge z. D. Staats- u. Fürſtenrecht, S. 27 f. Derſelbe, Sonderrechte, S. 115. Schulze, Hausgeſetze, Bd. II S. 178 ff. — Über die im Text erwähnte Proteſtſchrift des Anwalts Merk ſ. unten Text zu Anm. 85 und Urk. 10.

konnte durch dieſe Standeserhöhung ſeiner Gemahlin nicht gehoben werden. Das verbot die Wahlkapitulation.

Für die Beurteilung der gegenwärtig vorliegenden Streitfrage iſt aus dieſem Eheſchließungsfalle nur dies Eine, dies aber auch von ganz hervorragendem Intereſſe, daß aus den anläßlich des Proteſtes gepflogenen Verhandlungen ſelbſt der Freiherr von Weyhe-Eimke in völliger Übereinſtimmung mit meinen früheren Aufſtellungen die Nichtanwendbarkeit des Brüdervergleichs von 1749 auf die Succeſſion im Hauptlande überzeugend nachgewieſen hat. Darauf iſt ſpäter näher einzugehen.

Zweite Gruppe.

Hierher gehören vier Fälle von zweifelhafter Ebenbürtigkeit. An ihnen iſt mit dreien die Hauptlinie Detmold, mit einem Fall die Schaumburgiſche Linie, mit keinem die Bieſterfelder Linie beteiligt.

1)[67] Thatſächlich unaufgeklärt iſt der Fall mit einem Fräulein Margaretha von Reden, welcher ſchon im Anfang des 16. Jahrhunderts ſpielt. Graf Bernhard, nachgeborener Sohn des regierenden Grafen Bernhard VII. † 1511, war mit Der von Reden verlobt. Ob die Ehe wirklich eingegangen wurde, iſt unentſchieden. Ein Sohn aus dieſer Verbindung wäre der Kanzler Bernhard von der Lippe, Ahnherr des freiherrlichen Geſchlechts dieſes Namens. Das Intereſſe, welches dieſer Fall etwa erwecken kann, liegt nicht nach der Richtung, ob die Ehe wirklich eingegangen war oder nicht. Es intereſſirt vielmehr eine andere Frage. Pütter erzählt, daß ſich die Landſtände ſelbſt ins Mittel gelegt hätten, um die Eheſchließung zu verhindern. Ich habe mit Rückſicht auf den Zeitpunkt, in welchem dies geſchehen ſein konnte, die Vermutung geäußert, daß es ſich dabei um Abwehr von Anſprüchen an die Landeskaſſe, und alſo vielleicht nicht ſowohl um die Ebenbürtigkeit, als um die Standesmäßigkeit der beabſichtigten Ehe gehandelt habe. Auch Bornhak, der im übrigen meine Anſicht über den Fall nicht teilt, hat dies als ein ganz verſtändiges Motiv für den Einſpruch der Landſtände anerkannt. Durch die Gegenfrage von L. II S. 41: „Woher kennt übrigens Herr Kahl die Vermögensverhältniſſe des Fräulein von Reden?“ iſt meine Vermutung nicht entkräftet worden. Ich wiederhole ſie hier, bis ich beſſere Belehrung finde. Ebenſo muß ich dabei bleiben, daß die Begriffe Ebenbürtigkeit und Standesmäßigkeit ſich nicht immer vollſtändig decken. Wohl werden beide ſehr häufig im gleichen Sinne gebraucht. Der Unterſchied beſteht doch, und hat in

---

[67] v. Weyhe-Eimke S. 143 f. L. I S. 18 f. L. II S. 41. Bornhak S. 18. Kahl, Thronfolge S. 26. Im Hoff, Notitia procerum imperii, Tübingen 1687, lib. IX c. 4, § 5. Pütter, Mißheiraten, S. 447. Preuß und Falkmann, Lippiſche Regeſten (Detmold 1868), Bd. IV S. 279.

der Geſchichte der Eheſchließungen des Adels ſehr häufig eine Rolle geſpielt. Ebenbürtigkeit i. e. S. iſt ein rechtlicher, Standesmäßigkeit i. e. S. ein ſocialer Begriff. Es kann die eine ſehr wohl ohne die andere vorhanden ſein. L. II S. 42 macht mir den Vorwurf: „Es iſt ein alter Kunſtgriff der Sophiſtik, für dieſelbe Sache zwei Ausdrücke in einen willkürlichen Gegenſatz zu bringen und daraus dann Unterſcheidungen und falſche Schlußfolgerungen herzuleiten.“ Zu Kunſtgriffen der Sophiſtik fühle ich mich nicht befähigt. Ich habe die Unterſcheidung, welche L. I ſelbſt auf S. 20 bei der Ehe von Simon Heinrich mit Amalie von Dohna ſehr richtig gemacht hat, einfach auf den Fall Reden übertragen. Dabei muß ich bleiben, bis aufgeklärt iſt, aus welchen Gründen die Landſtände ſich ins Mittel legten, und ob alſo ihr Einſpruch die Ebenbürtigkeit oder die Standesmäßigkeit der Braut betroffen habe. So lange die Aufklärung nicht vorliegt, muß man ſagen: non liquet. Ich ziehe den Fall nicht bei zum Beweiſe, daß im Lippiſchen Hauſe Ehen mit Damen niederen Adels zuläſſig geweſen ſeien. Ich mußte ihn vielmehr erörtern, um feſtzuſtellen, daß er ebenſowenig zum Gegenbeweiſe der Unebenbürtigkeit ſolcher Ehen im Lippiſchen Hauſe mißbraucht werden darf. Er kann weder der einen, noch der anderen Anſicht zum Präjudiz dienen.

2)[68] Schon um Vieles beweiskräftiger zu Gunſten der hier vertretenen Anſicht könnte der zweite Fall ſein, den ich in dieſer Gruppe behandeln muß, die „beabſichtigte Mesalliance“ des Grafen Friedrich Adolf, älteſten Sohnes des regierenden Grafen Simon Heinrich und der Amalie von Dohna, mit dem Hoffräulein von Ditfurth betreffend. In den Jahren 1691/92 beſtand zwiſchen Beiden ein Liebesverhältnis und der Graf machte ernſtlich Anſtalten, ſich mit ihr zu vermählen. Aber zu einer Ehe iſt es wegen „großer Beſtürzung in der gräflichen Familie“ nicht gekommen. Der Graf unterzeichnete einen Revers, „die adelige Kammerjungfer bei Verluſt der Succeſſion nicht zu ehelichen“. Woher die Beſtürzung? Ich kann nicht glauben, daß ſie ihren Grund in einer Beſtreitung der Ebenbürtigkeit der von Ditfurth gehabt habe. Denn die Mutter der Eliſabeth von Frieſenhauſen war ebenfalls eine geborene von Ditfurth und dieſer Umſtand iſt in dem Reichsgrafendiplom für Eliſabeth von Frieſenhauſen bei Aufzählung ihrer Ahnen aus den „älteſten und angeſehenſten Familien“ des deutſchen Reichsadels ausdrücklich hervorgehoben. Die Fälle Ditfurth und Frieſenhauſen liegen nur dreißig Jahre auseinander. Wäre an und für ſich ſchon, d. h. nach der Familienobſervanz, die beabſichtigte Ehe eine unebenbürtige geweſen, ſo hätte es ferner eines Reverſes, um die Succeſſionsfähigkeit erſt auszuſchließen, nicht bedurft. Der Graf ſelbſt konnte ja ohnehin durch eine Mißheirat die

[68] v. Weyhe-Eimke S. 149 f. 163. 168. L. I S. 21 f. L. II S. 41. Bornhak S. 19. Kahl S. 28.

Succeſſionsfähigkeit nicht verlieren. Es hat ſich alſo auch hier wieder nicht ſowohl um eine Rechtsfrage, als vielmehr um geſellſchaftliche Bedenken, nicht um die Ebenbürtigkeit, ſondern um die Standesmäßigkeit der beabſichtigten Ehe gehandelt. „Das Hoffräulein", die „adelige Kammerjungfer" allein waren das Anſtößige in der Sache. Eben, weil man den Detmolder Grafen von Rechtswegen an Schließung der an ſich ebenbürtigen, aber anſtößigen Ehe nicht zu hindern vermochte, herrſchte vermutlich große Beſtürzung in der gräflichen Familie, und hat man ihn in dem „Revers" zu einem vertragsmäßigen Verzicht auf den nicht ſtandesgemäß erachteten Ehebund gebracht. Der Freiherr von Weyhe-Eimke hat mich „großer Unkenntnis der damaligen Titulaturen an den Höfen" beſchuldigt und mich belehrt, daß man die Hofdamen mitunter ſogar „Kammer-Menſcher" genannt hat, ohne daran etwas Anſtößiges zu finden. Ich danke ſehr für dieſe Belehrung, aber ich hätte ſie aus verſchiedenen Gründen entbehren können. Der Freiherr hat mich doch mißverſtanden. Ich habe entfernt nicht geglaubt, daß der Familie die „Titulatur" anſtößig war. Da hätte man ja, wie bei dem gemeinen Eheweib Chriſtine Kellner, durch eine Standeserhöhung, welche auf die Ebenbürtigkeit ganz ohne Einfluß blieb, nachhelfen können. Ich habe vielmehr an die geſellſchaftliche Stellung bei Hofe gedacht. Fräulein von Ditfurth war Hofdame am Detmolder Hof. Sie zur regierenden Fürſtin aufſteigen zu ſehen, konnte die Familie immerhin in „Beſtürzung" bringen. Bei Fräulein von Frieſenhauſen lagen, wie man aus Weyhe-Eimke S. 163 vb. mit der Stammtafel, Beilage I, lernen kann, die Dinge anders. Die Gründe für die Beſtürzung der Familie ſind jedenfalls nicht aufgeklärt, daher auch hier ein: non liquet. Die vom Archivrat Knoch im Detmolder Archiv regiſtrierten Akten über den Fall Ditfurth ſind nicht erſchöpfend und dem Umſtande, daß er ſeinem Aktenfaszikel die Überſchrift: „Mesalliance" gegeben, vermag ich doch nicht volle Beweiskraft zuzuerkennen. Aber wiewohl ich aus den angeführten Gründen ſehr beſtimmt zu der Anſicht neige, daß die Ebenbürtigkeit der von Ditfurth überhaupt nicht in Frage geſtanden habe, ſo bin ich doch auch hier weit entfernt davon, den Fall als Beweis für das Herkommen im Lippiſchen Haus in Anſpruch zu nehmen. Ich lege nur Verwahrung dagegen ein, daß die Liebesgeſchichte mit der adeligen Kammerjungfer als „ſehr charakteriſtiſch und vollbeweiſend" (!) für das in der fürſtlichen Linie „herrſchende Rechtsbewußtſein in Betreff der Ebenbürtigkeit" (L. I. S. 21) ausgebeutet werde. Auch Bornhak iſt mit mir der Anſicht: „Wie die Ehe, wenn ſie wirklich geſchloſſen wäre, rechtlich behandelt ſein würde, entzieht ſich ſelbſtverſtändlich der Feſtſtellung".

3)[69] Zu den präjudiziell hier nicht verwertbaren Fällen gehört ferner

[69] v. Weyhe-Eimke S. 150 ff. L. I S. 19. L. II S. 40. Bornhak S. 16. Zoepfl S. 66 f. 87 f.

die überaus merkwürdige Ehe des Grafen Chriſtof Ludwig, ebenfalls eines Sohnes des regierenden Grafen Simon Heinrich, mit Anna Suſanna Fontanier de la Baſtide, Tochter eines Zuckerbäckers, Hofdame zu Caſſel, im Jahre 1714. Daß die Ebenbürtigkeit der Ehe mit dem Fräulein Fontaigne lebhaft von Agnaten und Lippiſchen Ständen angefochten wurde, unterliegt keinem Zweifel. Aber es ſind zwei merkwürdige Thatſachen dabei zu regiſtrieren.

Die ältere der beiden aus dieſer Ehe geborenen Töchter, Anna Charlotte (1724/96) vermählte ſich im Jahre 1749 mit dem Herzog Carl Ernſt zu Schleswig-Holſtein-Glücksburg. v. Weyhe ſagt, deſſen Familie habe dieſe Ehe nie anerkannt. Da aber in dem Rechtsgutachten des preußiſchen Kronſyndikats von 1864 die Ehe mit der Fontaigne nicht unter den von Mitgliedern der Glücksburger Linie eingegangenen unebenbürtigen Ehen aufgeführt wird, ſo will Zoepfl „mit Sicherheit daraus ſchließen, daß jene Ehe des Grafen Chriſtof Ludwig als vollwirkend und deſſen Tochter als eine Gräfin zur Lippe anerkannt war“. Thatſächlich wird ſie als ſolche auch in den Stammtafeln des Holſtein-Glücksburgiſchen Hauſes bei Voigtel (Taf. 112) aufgeführt. Bornhak iſt ebenfalls der Anſicht, daß Anna Charlotte als Gräfin zur Lippe anerkannt worden ſei, läßt aber offen, ob die Ehe ihres Vaters ohne weiteres als vollgültig angeſehen oder ob der Mangel der Ebenbürtigkeit geheilt wurde. Ich meine nun, daß die zweifelhafte Frage ſich einigermaßen befriedigend durch eine zweite bemerkenswerte Thatſache erkläre.

Kein Geringerer als Friedrich der Große übernahm die Vermittelung zwiſchen den Söhnen des Grafen Chriſtof Ludwig, Ludwig (1715/55) und Carl Wilhelm (1720/66), und den Agnaten des „Gräflich Lippiſchen Geſamthauſes“. Es kam am 5. April 1752 zu Herford unter „Königlicher Garantie“ ein Receß zu Stande. Man verglich ſich für die „Descendenten“ des Grafen Chriſtof Ludwig auf eine jährliche Apanage von 2500 Reichsthalern von Michaelis 1747 an. In § 2 des Receſſes verglich man ſich über die Succeſſionsfähigkeit. Auch v. Weyhe teilt S. 155 dieſen Paragraphen mit. Aber mit einem ſinnloſen Schluß. Ich vermute, daß ihm im k. k. Staatsarchive zu Wien nur ein korrigiertes Konzept vorgelegen hat. In der mir vorliegenden beglaubigten Abſchrift der Urk. 6.
Ausfertigung — es ſind deren nach § 9 ſechs erteilt worden — lautet der § 2: „Renunciiren gedachte Descendenten auf die praetendirte eventuelle succession in die Grafſchaft Lippe, ſo lange ſämtliche agnatiſche Neben-Linien des Gräfl. Lippiſchen Stamm-Haußes floriren, und ſo lange noch aus einer dieſer Linien, nach der Lippiſchen Haus-Verfaſſung zur Succession einen Zutritt haben könnende Erben leben: jedoch vorbehältlich Ihres Gräfl. Tituls, Helms und Würde, und wollen Sie Ihr vermeintliches Successions-Recht mit denen Lippiſchen Land-Ständen, die annoch

hierunter unabläßig contradiciren, entweder jetzo, oder casu existente, wenn nemlich alle obgedachte Linien erloſchen, rechtlich ausmachen.“ v. Weyhe (S. 155) druckt: „casu existento, wann nämlich alle obgedachten Linien erloſchen, rechtlich ausnehmen (ad vocem) wegen des Rechts oder Titel auch ohne Fähigkeit der Succeſſion“. Dieſe Worte ſtehen überhaupt nicht in der Urkunde. Der Receß von 1752 iſt außer von König Friedrich II. unterſchrieben von dem regierenden Herrn zu Detmold, Grafen Simon Auguſt, von Friedrich Karl Auguſt zu Lippe-Bieſterfeld, von Ferdinand Johann Ludwig zu Weißenfeld und — vom Grafen Wilhelm zu Schaum-
Urk. 7. burg-Lippe. In der mir vorliegenden Urkunde ſagt der Graf: „Daß wir dannenhero vorſtehenden Vergleich ſo wohl für uns ſelbſt, unſere Erben und Nachkommen an der Regierung, als auch Namens — folgen die Agnaten — nach allen ſeinen Punkten und Inhalt für genehm halten und hierdurch ratifiziren.“ In dieſem Vergleich von 1752 ſind nun die Descendenten aus der Ehe des Grafen Chriſtof Ludwig mit der Fontaigne nicht für ſucceſſionsunfähig erklärt, ſondern ſie treten mit ihren Succeſſionsanſprüchen nur zurück hinter ſämtliche Agnaten der Nebenlinien. Alle mit der Succeſſionsberechtigung an und für ſich verbundenen Rechte bleiben beſtehen. Solches räumen die Agnaten ein, wiewohl in den Vorverhandlungen von 1751 ihre Anwälte und Kommiſſare in den beſtimmteſten Ausdrücken gegen Ebenbürtigkeit und Succeſſionsfähigkeit proteſtiert hatten. Ich betone das ſchon hier, weil es noch in einem ſpäteren Falle vorkommt, daß man Erklärungen eines Anwalts als „authentiſche Interpretationen“, alſo als Rechtsquellen verwertet hat.

Die angeführten Thatſachen ſcheinen mir nun in zweifacher Richtung bemerkenswert. Fürs Erſte erklären ſie, daß Chriſtof Ludwigs Tochter Anna Charlotte als Gräfin zur Lippe anerkannt blieb und die Ehe des Prinzen von Holſtein-Glücksburg mit ihr nicht als unebenbürtige angeſehen wurde. Fürs Zweite ſind ſie ein beachtenswertes Zeugnis für die Auffaſſung des großen Königs über die Ebenbürtigkeit im gräflichen Haus Lippe. Friedrich der Große war entſchieden anderer Anſicht als L. I und II, welcher die Ehe des Grafen Chriſtof ohne alles weitere als „unſtreitig notoriſche Mißheirat“ bezeichnet. Wäre ſie dies geweſen, ſo würde der König von Preußen ſicherlich nicht ſeine Hand zur Vermittelung geboten haben. Trotz alledem nehme ich auch hier Abſtand davon, den Fall Fontaigne als Beweismittel für die Hauptfrage heranzuziehen. Ich räume ein, daß bei dem auch nach dem Receß fortdauernden Widerſpruch der Stände und einer etwas dunkel
Urk. 8. gehaltenen Verwahrung, welche die Bieſterfelder Grafen gegen die vorbehaltloſe Anerkennung ſeitens der Schaumburger Linie eingelegt haben, die Ebenbürtigkeit der Ehe keine zweifelloſe war. Ich wollte nur nachgewieſen haben, daß L. auch über dieſen Fall vorſchnell und unrichtig geurteilt hat. Mit Bornhak, dem noch dazu das hier erweiterte Beweis-

material damals nicht vorgelegen haben mag, bin ich der Anſicht, daß „irgendwelche Schlußfolgerungen“ aus dem beſonders gelagerten Falle ſich nicht ziehen laſſen.

4) [70]) Ein letzter in dieſe Gruppe gehöriger Fall betrifft die erbherrlich Schaumburgiſche Linie. Es handelt ſich um die zweite Ehe des in der Grafſchaft regierenden Herrn Friedrich Chriſtian, 1655/1728. Seit 1691 in erſter Ehe mit einer Reichsgräfin von Hohenlohe-Langenburg vermählt, ließ er ſich 1725 von ihr ſcheiden und vermählte ſich im gleichen Jahre mit der aus einem alten Tyroler Adelsgeſchlechte ſtammenden Maria Anna Victoria von Gall zu Anſiedl und Theiſſig. An dieſe zweite Ehe knüpfte ſich ein ſchweres Familiendrama. Maria von Gall war katholiſch. Die geſchiedene Gemahlin und die treu auf der Seite ihrer Mutter ſtehenden Söhne aus erſter Ehe, Albert Wolfgang und Friedrich Ludwig, ſind heftige Gegner der neuen „Landesherrin“. Ihr Gemahl, Friedrich Chriſtian ſtirbt aber bereits 1728. Sie wird im Schloß Bückeburg von ihrem nun zur Regierung gelangten Stiefſohn Albert Wolfgang belagert und muß ſich ergeben. Dieſer verbietet ihr die Namensführung als Gräfin von Schaumburg-Lippe. Es entſpinnt ſich daraus ein Prozeß beim Reichshofrat. Aber er wird nicht zu Ende geführt, ſondern 1732 dahin verglichen, daß Maria von Gall gegen 40000 Rthlr. auf den Gräflich Schaumburgiſchen Titel verzichtet. Noch im Monat der Verzichtleiſtung verheiratet ſich dieſe wieder mit einem Freiherrn in Wien. Kann aus dieſen Vorgängen der Beweis der Unebenbürtigkeit der Ehe des Grafen Chriſtian mit Maria von Gall mit Beſtimmtheit geführt werden? Ich glaube nicht. Es ſteht zunächſt feſt, daß zu Lebzeiten des regierenden Grafen die Ehe nicht in rechtswirkſamer Form angefochten worden iſt. Die geſchiedene Gemahlin und die Söhne mögen immerhin „fortwährend proteſtiert“ haben. Aber der Prozeß begann erſt nach dem Tode des Grafen Friedrich Chriſtian. Es ſteht ferner feſt, daß die Unebenbürtigkeit dieſer Ehe nicht prozeßmäßig, d. h. nicht durch richterliches Urteil ausgeſprochen worden iſt.

---

[70] v. Weyhe-Eimke S. 205 ff. L. I S. 22. L. II S. 42. Bornhak S. 19 f. Kahl S. 28. Zoepfl S. 85. L. I a. a. O. hatte den Fall ſo dargeſtellt, daß man es wohl unterlaſſen habe, die Ebenbürtigkeit der Ehe anzufechten, weil Graf Friedrich Chriſtian bei Eingehung der Ehe bereits 70 Jahre alt, alſo Nachkommenſchaft nicht zu erwarten war. Wäre alſo, mußte man unvermeidlich ſchließen, Nachkommenſchaft von ihm noch zu erwarten geweſen, dann wäre die Ebenbürtigkeit erfolgreich angegriffen worden; da aber dieſe Ausſicht fehlte, konnte man die Ehe als ebenbürtige gelten laſſen. Dieſe Schlußfolgerung habe ich in der Formel zum Ausdruck gebracht: „Daß vermutete Sterilität ein Heilungsgrund der Unebenbürtigkeit ſei, iſt anmutend und neu“. Ich bin für dieſen Satz mit dem Vorwurf „wahrheitswidriger Unterſchiebung“ beſtraft worden. Die Sache kann aber um ſo mehr auf ſich beruhen, als die Akten des Staatsarchivs zu Wien ergeben, daß das Lebensalter des Grafen mit der Ebenbürtigkeitsfrage der Ehe überhaupt nichts zu thun hatte.

Die Schaumburger mußten den Verzicht der Maria von Gall auf den gräflichen Titel ſich im Vergleichswege teuer erkaufen. Für letztere lag aber angeſichts ihrer Wiederverheiratung keinerlei Veranlaſſung vor, den Vergleich abzulehnen. Der Gewalt hatte ſie ohnehin ſchon weichen müſſen. Es ſteht weiterhin feſt, daß der Graf Albert Wolfgang die Ebenbürtigkeit der 2. Ehe ſeines Vaters unmöglich aus dem Grunde beſtreiten konnte, weil Maria von Gall von niederem Adel geweſen ſei. Denn Graf Albert Wolfgang war ſelbſt ſeit 1721 mit Gertrud von Oeynhauſen, einer Dame aus niederem Adel, ebenbürtig vermählt (ſ. Gruppe III. Nr. 7), und ebenſo hatte ſeit 1722 ſein Namensvetter aus der Linie Alverdiſſen, Graf Friedrich Ernſt, Eliſabeth von Frieſenhauſen zur ebenbürtigen Gemahlin (ſ. Gruppe III. Nr. 8). Aus alledem iſt mit ziemlicher Sicherheit zu ſchließen: es handelte ſich bei dem Gewaltakt des Grafen Albert Wolfgang gegen ſeine Stiefmutter und der Einleitung des durch Vergleich erledigten Prozeſſes einfach darum, die verhaßte Maria von Gall vom Hof fern zu halten und jeden Familienzuſammenhang mit ihr zu löſen. Aus allem geht hervor, daß es ſich in dem unſäglich verbitterten Streit nicht ſowohl um den Austrag einer Rechtsfrage, als vielmehr darum handelte, der, wie es ſcheint, ſchwer beleidigten und ſehr geliebten Mutter, die noch bis 1743 lebte, Genugthuung zu verſchaffen. Die Hauptgenugthuung beſtand darin, daß nicht neben der Mutter die Stiefmutter den Titel einer Gräfin von Schaumburg-Lippe führen durfte. Daß dies der Hauptſchmerz des Sohnes war, geht mit aller nur wünſchenswerten Deutlichkeit aus einer Prozeßſchrift vom 26. November 1732 hervor. Die Gall „ſei ſo weit gegangen, den regierenden Grafen einen Stiefſohn zu nennen, welches derſelbe billig um ſo mehr auf das Höchſte empfinde und als eine zu ahndende Arroganz anſehe, nachdem er von keiner Stiefmutter, noch weniger von einer lebenden verwittweten Gräfin von Schaumburg-Lippe etwas wiſſe, noch eine andere, als deſſen noch im Leben ſeiende und bis in ſeine Sterbegrube zu venerirende Frau Mutter, eine geborene Gräfin zu Hohenlohe dafür anjetzo erkennen und jemals erkennen werde". Das war menſchlich ſchön und ehrend für den Sohn geſprochen. Aber „Stiefſohn" war er doch, und „Stiefmutter" blieb auch ſie. Anfang, Verlauf und Ende des Streites zeigen, daß es ſich dabei nicht um den Austrag einer Rechtsfrage, ſondern um die Löſung eines ſittlichen Konflikts gehandelt habe. Daher muß ich aufs beſtimmteſte widerſprechen, daß, wie L. II behauptet, der Fall „im Sinne der Unebenbürtigkeit der Ehe entſchieden" worden ſei. Wenn ich meinerſeits darauf verzichte, ihn zum Gegenbeweiſe heranzuziehen, ſo kann es wiederum nur aus dem Grunde geſchehen, weil nicht alle Vorgänge, welche für die rechtliche Beurteilung von Erheblichkeit wären, aktenmäßig erſchöpfend aufgeklärt ſind.

Dritte Gruppe.

In ihr ſind acht Fälle von zweifelloſer Ebenbürtigkeit der Ehen Lippiſcher Grafen mit Damen von niederem Adel zu verzeichnen. Geht man von der Annahme aus, daß ein gemeinrechtliches Herkommen zu Gunſten der Ebenbürtigkeit ſolcher Ehen ſich gebildet habe, ſo beweiſen dieſe acht Fälle, daß im reichsgräflichen Haus Lippe ſich kein entgegenſtehendes Herkommen entwickelt hat. Geht man von der Annahme aus, daß das Herkommen zu Gunſten der Ebenbürtigkeit von Ehen mit Damen aus niederem Adel überall nur hausrechtlich nachweisbar ſei, ſo beweiſen dieſe acht Fälle, daß im reichsgräflichen Haus Lippe ein ſolches Herkommen ſich thatſächlich entwickelt hat.

1)[71] Die Ehe des regierenden Reichsgrafen von Lippe-Detmold Simon Heinrich mit der Burggräfin Amalie von Dohna im Jahre 1666.

2) und 3)[71] Die beiden Ehen ſeines zweiten Sohnes, des Grafen Ferdinand Chriſtian, mit den Burggräfinnen Henriette von Dohna-Copet im Jahre 1695 und Urſula von Dohna-Wartenburg im Jahre 1713.

Amalie von Dohna iſt die Stammmutter des ganzes Hauſes Lippe-Detmold. Aus den beiden Ehen des jüngeren Grafen iſt keine Nachkommenſchaft mehr vorhanden.

Es iſt ein ſeltſames Mißverſtändnis, daß v. Weyhe-Eimke der Meinung iſt, die Ehen der Grafen zur Lippe mit den Burggräfinnen von Dohna ſeien von mir als unebenbürtige angefochten worden. Ganz im Gegenteil bilden, wie ich dies auch ſchon früher habe hervortreten laſſen, dieſe drei Ehen einen Hauptſtützpunkt für den Beweis, daß im Lippiſchen Hauſe von jeher Ehen mit Damen von niederem Adel als ebenbürtig angeſehen worden ſind. Nur im Thatbeſtande liegt der Differenzpunkt. L. II will die Dohna's noch am Ende des 17. und im Anfang des 18. Jahrhunderts zum hohen Adel gerechnet haben. Die perſönliche Schärfe, mit welcher mein Herr Gegner dieſe Anſicht gegen mich verteidigt, hat aber ſeine Beweisgründe nicht verſtärken können. Er hat wohl das richtige Gefühl gehabt, daß mit ſeiner irrtümlichen Ausdehnung des Begriffs vom hohen Adel ſeine ganze Beweisführung ſteht oder fällt.

---

[71] v. Weyhe-Eimke S. 144 ff. L. I S. 19 f. L. II S. 37 f. Kahl S. 27. Göhrum, Bd. II S. 98—158. Zachariae S. 82. Eichhorn, Deutſch Privatrecht, § 56. Gierke, Deutſch. Privatrecht, § 47 I. Gutachten des Kgl. Preuß. Kronſyndikats v. 1864, S. 100. Heffter, Sonderrechte, S. 9 f. Zoepfl, Gutachten, S. 82. Bornhak S. 22. Auch dieſer ſtellt bezüglich der Ehen mit den Gräfinnen von Dohna als „zweifellos und unbeſtritten" feſt, „einmal, daß die Dohnas, obgleich ihr Geſchlecht ein altadeliges iſt, nicht zum reichsſtändiſchen Adel gehören, und ferner, daß die erwähnten Ehen gleichwohl in keiner Weiſe angefochten, ſondern als vollgiltige betrachtet worden ſind".

Daß das Geſchlecht Derer von Dohna ein uraltes und hochangeſehenes war, ſteht außer aller Diskuſſion. Daß insbeſondere die Vermählung von Simon Heinrich mit Amalie von Dohna eine ſolche war, „der ſich“, wie v. Weyhe-Eimke ſagt, „die ſtolzeſten ſouveränen Geſchlechter des heil. Römiſchen Reichs deutſcher Nation nicht geſchämt hätten,“ glaube ich unbedingt. Aber darum handelt es ſich nicht. Es handelt ſich ganz allein darum, ob die Dohna's zum hohen Adel im Begriffe des alten Reichsſtaatsrechts gehört haben. Dieſe Frage iſt trotz des hohen und berechtigten Anſehens der Familie mit aller Beſtimmtheit zu verneinen. Weder Alter, noch Anſehen, noch die Burggrafenwürde konnte den Mangel einer rechtlichen Vorausſetzung der Zugehörigkeit zum hohen Adel erſetzen. Dieſe rechtliche Vorausſetzung war der Beſitz der Reichsſtandſchaft. Daß die Dohna's nicht zum reichsſtändiſchen Adel gehörten, iſt unbeſtritten. Dann gehörten ſie auch nicht zum hohen Adel. Wenigſtens beſtimmt nicht mehr zur Zeit der Eheſchließung des Grafen Simon Heinrich, geſchweige denn zur Zeit der beiden Eheſchließungen ſeines Sohnes Ferdinand. Späteſtens in der erſten Hälfte des 17. Jahrhunderts hatte ſich der Rechtsbegriff des hohen Adels auf den Kreis der reichsſtändiſchen Geſchlechter beſchränkt und feſtgelegt. Daß in derſelben Zeit vereinzelte Publiziſten noch eine abweichende Anſicht vertreten, widerlegt nicht dieſes Ergebnis, ſondern kann eher zu ſeiner Beſtätigung dienen. Auch Heffter, durch welchen L. II mich überführen will, hat noch in ſeinen Beiträgen zum deutſchen Staats- und Fürſtenrecht von 1829 den hohen und reichsſtändiſchen Adel für ganz und ausſchließlich identiſch gehalten. In ſeinem Buch über die Sonderrechte ꝛc. von 1871 läßt er allerdings einige Vorbehalte eintreten. Daß aber thatſächlich im 17. Jahrhundert Beſitz des hohen Adels und Beſitz der Reichsſtandſchaft nahezu ausnahmslos zuſammen fielen, giebt auch er ausdrücklich zu. K. F. Eichhorn hat das Ergebnis der geſchichtlichen Entwickelung des Begriffs des hohen Adels dahin zuſammengefaßt, daß gerade durch die häufigen kaiſerlichen Standeserhöhungen und Titelverleihungen „der Begriff des hohen Adels ſich um ſo ſchärfer dahin beſtimmte, daß dieſer durch keine Art von Titel allein, ſondern nur durch ſeine Verbindung mit der Erwerbung eines Landes, auf welchem die Reichsſtandſchaft hafte“, erlangt werden konnte. Man kann beſtimmt ſagen, daß dieſe Auffaſſung ſeitdem die communis opinio der Germaniſten und Publiziſten geworden iſt. Wohl kein Schriftſteller des Jahrhunderts iſt der Frage ſo ſorgfältig nachgegangen, als Göhrum. Auch ſeine Überzeugung iſt, daß „der Rechtsbegriff des hohen Adels ſich auf Reichsſtandſchaft und keineswegs auf bloße Titulaturen gründe.“ Er unternimmt den Beweis hierfür von dreifachem Geſichtspunkte aus und gelangt zu folgenden Ergebniſſen. A. „Von dogmengeſchichtlichem Standpunkt aus können alſo unter dem hohen Adel

nur die erblichen Reichsstände und deren Familien verstanden werden; alle übrigen Adelsgeschlechter gehören dem niederen Adel an" (S. 98—146). B. „Der hohe Adel war somit vom staatsrechtlich dogmatischen Standpunkte aus lediglich auf die reichsständischen Häuser zu beschränken" (S. 147—149). C. Vom rechtshistorischen Standpunkte aus: „In den erblichen Reichsständen und deren Familien lebte folglich der hohe Adel des Mittelalters fort" (S. 150—152). Endlich macht er die Nutzanwendung des Rechtsbegriffs des hohen Adels auf die Lehre von der Ebenbürtigkeit und kommt zu dem Ergebnis: „Jedenfalls kann blos dann der Rechtsbegriff des hohen Adels bei der Lehre von der Ebenbürtigkeit benützt werden, wenn er mit dem reichsständischen Geburtsadel identifiziert wird" (S. 153—158). Nehme ich noch hinzu, daß die gesammte Rechtssprechung einen anderen Begriff des hohen Adels für die Zeit des älteren Reiches bisher nicht zu Grunde gelegt hat, und daß endlich ganz speziell das vom Kgl. preußischen Kronsyndikat im Auftrage Sr. Majestät des Königs von Preußen 1864 erstattete Rechtsgutachten die von Dohna's zu denjenigen Geschlechtern gerechnet hat, welche „dennoch nicht zum hohen Adel zählen" (S. 100), so bin ich genötigt und berechtigt, auf demjenigen stehen zu bleiben, was ich schon in meiner ersten Schrift S. 27 ausgesprochen habe: es ist positiv irreführend, wenn L. I S. 22 die „Burggräfin von Dohna" einem „Fräulein von altem niederen Adel" entgegenstellt. Auch Amalie von Dohna war von altem niederen Adel. Die Ebenbürtigkeit dieser Ehe wurde niemals angezweifelt. Was soll es hiernach heißen, wenn v. Weyhe-Eimke seine Besprechung des Falles mit den Worten schließt, daß die Ehe mit Amalie von Dohna „sich in keiner Weise mit der Ehe mit einem Fräulein von Unruh vergleichen" lasse. Mit solch allgemeinen Wendungen reicht der Jurist nicht aus. Sicher konnte Modeste von Unruh weder in Beziehung auf Ansehen und Titulatur des Geschlechts, noch hinsichtlich des Glanzes der fürstlichen Beziehungen und der Anwartschaft auf ein reiches Erbe den Vergleich mit Amalie von Dohna bestehen. Aber darin, daß Beide nicht von reichsständischem, also von niederem Adel waren, standen sie sich gleich. Und darauf allein kommt es in dieser Rechtsfrage an. L. sagt an einer anderen Stelle (I. S. 27): „Die Successionsfähigkeit ist ein Rechtsbegriff; die Voraussetzungen derselben werden durch Rechtssätze bestimmt." Den Freiherrn v. Weyhe-Eimke möchte ich zum Nachdenken über die Nutzanwendung dieses Lehrsatzes auf den vorliegenden Rechtsfall anregen. Er könnte dann weiterhin sein Nachdenken noch darauf ausdehnen, ob es logisch vollkommen überzeugend wirken kann, wenn L. II S. 37 „drei Ehen mit Gräfinnen zu Dohna in der Hauptlinie Detmold" als Beweise von „Ehen mit Damen aus nicht reichsständischen Häusern" anführt und daraus S. 46

den Schluß zieht: „Das Lippiſche Haus hielt an dem Ebenbürtigkeitsgrundſatz der reichsſtändiſchen Häuſer feſt.“ Nach der gewöhnlichen Weiſe, zu denken, hätte doch der Schluß lauten müſſen: das Lippiſche Haus hielt an dem Ebenbürtigkeitsgrundſatz der reichsſtändiſchen Häuſer nicht feſt. Und ſo verhält es ſich in der That. Dafür fünf weitere Beiſpiele.

4) [72] Die Ehe des Reichsgrafen Albert Ernſt zu Lippe-Detmold, Sohn des regierenden Herrn Simon Heinrich Adolf, mit Frau Wilhelmine von Trotha, geb. v. Trotha, im Jahre 1773.

Bei der rechtlichen Würdigung der Ebenbürtigkeit dieſer Ehe, welche im übrigen jetzt auch von L. II nicht mehr beſtritten wird, kommen zwei beſondere Umſtände in Betracht.

Fürs Erſte, daß ein Bruder des Ehemannes, Graf Ludwig Heinrich, es anfänglich verweigerte, die Ehe anzuerkennen. Die Eheſchließung ſelbſt war dadurch nicht aufgehalten worden, nachdem der regierende Herr ſeinen Konſens erteilt hatte. Aber es kam zu Repräſentationen bei dem Reichshofrat. Graf Albert Ernſt verklagte ſeinen Bruder bei dieſem auf Erteilung des Konſenſes. Der Reichshofrat wies ihn 1775 mit der Erklärung ab, daß es „überhaupt ſchon ſonderbar wäre, Jemanden zu ſeinem Konſens in fremd prärogative Ehepakten zu zwingen“. Er hält einen Zwang um ſo mehr für ausgeſchloſſen, als es ja möglich ſei, daß die Ehe „dem Herkommen des Hauſes entgegen wäre“. Bald darauf erkannte auch Graf Ludwig Heinrich die Ehe ſeines Bruders als ebenbürtig an. Inſoweit iſt der Vorfall an ſich gegenſtandslos geworden. Aber L. I S. 21 hat dem Widerſpruch des Bruders eine Bedeutung beigelegt, welche an ſich der Berichtigung bedarf. Er ſagt mit Beziehung darauf: „Dieſe Heirat iſt daher nicht geeignet, zum Erweiſe einer Familienobſervanz, daß Ehen mit Damen von einfachem Adel als ſtandesmäßige galten. Denn hierzu iſt erforderlich, daß die Zuläſſigkeit und volle Rechtswirkſamkeit ſolcher Ehen gar nicht in Frage geſtellt worden iſt, daß ſie ſich gewiſſermaßen von ſelbſt verſtanden und in dem Rechtsgefühl der Familiengenoſſen gewurzelt hat.“ Nach dieſer Theorie hatte jeder unfriedfertige oder aufgeblaſene Familiengenoſſe in der Hand, durch einfache Beſtreitung die Ebenbürtigkeit

---

[72] v. Weyhe-Eimke S. 147 ff. L. I S. 20 ff. L. II S. 29. Bornhak S. 21 f. 24, der noch darauf aufmerkſam macht, daß die Tochter aus dieſer Ehe von 1807—1825 Aebtiſſin der Stifter Capellen und Lemgo war, wozu dem Herkommen nach immer die dem regierenden Herrn nächſte Agnatin zu beſtellen iſt. Zoepfl, Gutachten, S. 82 (mit abweichenden Namen). Kahl S. 27 f.

Zur beſtrittenen Frage der Einwirkung kaiſerlicher Standeserhöhungen auf die Ebenbürtigkeit vgl. Pütter, Mißheiraten, S. 455 f. Göhrum, Ebenbürtigkeit, Bd. II S. 360 ff. A. M. Zoepfl, Mißheiraten, S. 71 ff., der aber doch auch ſeinerſeits die einſtimmige Meinung der Reichspubliziſten teilt, daß die durch kaiſerliche Standeserhöhung zu Titulargrafen gemachten Perſonen nichts deſtoweniger zum niederen Adel gehörten“. Darauf kommt es hier allein an.

einer Ehe auszuſchließen oder die Bildung einer Familienobſervanz zu finden. Genau das Gegenteil von L.s Theorie iſt richtig. Es war ſchon in früherem Zuſammenhang in allgemeiner Weiſe davon die Rede. Die Anerkennung trotz vorangegangenen Widerſpruchs giebt dem Falle eine um ſo größere Beweiskraft für das Beſtehen einer Obſervanz. Graf Ludwig Heinrich war durch den Reichshofrat ausdrücklich auf die Prüfung des Herkommens des Hauſes hingewieſen. Es war ihm zugeſichert, daß kein Zwang zur Erteilung des Konſenſes ſtattfinden könne, „außer es wäre exceptio a regula durch Familienobſervanz und pro certis casibus feſtgeſtellt". Er hat darauf hin die Ehe anerkannt. Ich erachte, daß ein ſtärkerer Beweis für das Beſtehen der Familienobſervanz, als eben dieſer Fall, kaum erwartet und erbracht werden kann.

Ein zweiter Umſtand, welcher neuerdings bei Würdigung dieſer Ehe eine Rolle ſpielt, iſt der, daß Wilhelmine von Trotha ſchon 1772, alſo vor ihrer Eheſchließung mit dem Grafen Albert Ernſt, durch Joſef II. in den Reichsgrafenſtand erhoben worden war. Dieſer Umſtand, der ihm aus v. Weyhe bekannt geworden iſt, hat L. II S. 39 veranlaßt, ſeinen Widerſpruch gegen die Ebenbürtigkeit der Ehe mit Frau von Trotha zurückzuziehen.

Noch in drei weiteren Fällen (6. 7 und 8) hat eine Erhebung der Damen zu Reichsgräfinnen ſtattgefunden. Dadurch ſind nach L. II. S. 40 „dieſe Ehen legitimiert worden". „Sie ſind nicht kraft eines Familien-Herkommens, ſondern kraft kaiſerlicher Gnadenakte ebenbürtig geworden." Eine aufklärende Illuſtration zu dieſer Behauptung wird der Fall Frieſenhauſen (8) liefern, welcher ungefähr gleichzeitig mit dem Fall Trotha der Kognition des Reichshofrats unterlag. Aber wegen der Beziehung der Frage zu mehreren Eheſchließungsfällen im Lippiſchen Haus iſt ſchon hier der Einfluß kaiſerlicher Standeserhöhungen auf die Ebenbürtigkeit überhaupt in Erwägung zu ziehen.

Pütter a. a. O. reſumiert ſich zu der Frage: „Kurz endlich alles zuſammen genommen, kaiſerliche Standeserhöhungen können das, was Perſonen, die nicht von reichsſtändiſchem hohen Adel abſtammen, an ihrem Geburtsſtande abgeht, nicht zum Nachteile ebenbürtiger Erbfolger dergeſtalt erſetzen, daß ohne deren Einwilligung ihnen gleiche Rechte, wie ebenbürtigen, zugeſtanden werden müßten. Es mag nun ein Fürſt oder Graf, der zum urſprünglichen alten Herrenſtande gehört, eine Perſon unter ſeinem Stande, ehe er ſie zur Ehe nimmt, oder nachdem er ſchon die Ehe mit ihr vollzogen hat, durch eine kaiſerliche Standeserhöhung in fürſtlichen oder gräflichen Stand erheben laſſen, ſo kann das in der Hauptſache mit Recht keine Änderung machen." „Sonſt würde nichts leichter ſein, als das ganze Syſtem von Mißheiraten deutſcher Fürſten und Grafen dadurch zu entkräften, wenn nur in Zeiten mit einer ſolchen Standeserhö-

hung vorgebaut würde. Geſetzt auch, eine ſolche Standeserhöhung wäre, ohne noch auf eine vorhabende Ehe mit einem Gemahle von höherem Stande zu denken, ſchon lange vorher geſchehen, ſo würde das doch den Unterſchied des Geburtsſtandes zwiſchen hohem und niederem Adel, worauf es hier ankömmt, nicht dergeſtalt aufheben, daß einem reichsſtändiſchen Hauſe vom urſprünglichen Herrenſtande Gemahlinnen von urſprünglich geringerem Stande als ebenbürtig aufgedrungen werden könnten." Göhrum a. a. O. äußert ſich zur Frage: „Da nämlich nach neuerem Reichsrechte die Reichsſtandſchaft kein Annexum der hohen Dignitäten bildete, ſo war dem Kaiſer die Macht genommen, einer niederadeligen Familie den Stand des hohen Adels und damit die Ebenbürtigkeit mit reichsſtändiſchen Häuſern zu verleihen. Die Verbindung eines reichsſtändiſchen Herrn mit einer bürgerlichen oder niederadeligen Dame konnte folglich nie durch einen einſeitigen kaiſerlichen Gnadenakt in eine ebenbürtige Ehe verwandelt werden." Er führt hierfür Belege aus der Litteratur wie der Praxis des Reichshofrats an und ſchließt ſeine Ausführung: „In der gegenwärtigen Periode konnte ſomit eine Mißheirat ſelbſt durch die Erteilung der glänzendſten Dignitäten an den niedriger geborenen Ehegatten nicht in eine ſtandesmäßige Verbindung umgeſchaffen werden."

Ich glaube, meinen Herrn Gegner weniger zum Widerſpruch zu veranlaſſen, wenn ich mich ſelbſt aller Raiſonnements zur Frage enthalte und für meine Anſicht auch hier nur diejenigen Autoritäten habe reden laſſen, welche er unermüdlich gegen mich ins Feld führt. Ich beſchränke mich alſo auf die ſpezielle Nutzanwendung des allgemein gültigen Ergebniſſes auf das Lippiſche Haus und zunächſt den vorliegenden Fall. Daß die um 20 Jahre ſpäter erfolgte Erhebung der Freiin von Falkenflucht in den Reichsgrafenſtand bei dem fortdauernden Widerſpruch der Agnaten gegen die Ebenbürtigkeit der Ehe den Mangel des Geburtsſtandes nicht zu heben vermochte, iſt ſchon früher erwähnt. Daß aber im Falle v. Trotha die kaiſerliche Standeserhöhung zur Reichsgräfin die Ebenbürtigkeit, wäre ſie nicht an und für ſich ſchon kraft Familienherkommens vorhanden geweſen, nicht erſt zu begründen vermochte, beweiſt ſowohl das Verhalten des Grafen Ludwig Heinrich, als das Votum des Reichshofrats. War, wie L. meint, kraft „kaiſerlichen Gnadenakts" die Ehe ſeines Bruders „legitimiert", wie konnte dann Graf Heinrich Ludwig noch die Anerkennung verſagen und die Ebenbürtigkeit beſtreiten? War kraft „kaiſerlichen Gnadenakts" die Ehe des Grafen Albert „legitimiert", wie konnte dann der Reichshofrat dazu kommen, die Frage ihrer Ebenbürtigkeit als eine offene anzuſehen und jede Zwangsanwendung zur Konſenserteilung gegen einen Agnaten abzulehnen? Beides konnte nur geſchehen unter der Vorausſetzung, daß nach Anſicht des Reichshofrats wie des Lippiſchen Agnaten ſelbſt die kaiſerliche Standeserhöhung gänzlich ohne Einfluß

auf die Ebenbürtigkeit der Frau von Trotha geblieben war. Die Ehe eines Reichsgrafen aus dem Lippiſchen Hauſe mit einer Dame aus niederem Adel war an und für ſich als ebenbürtig angeſehen. Der Zweifel, welchen ein Agnat des Hauſes geäußert hatte, wurde bald zurückgezogen. Die Obſervanz des Hauſes erhielt 30 Jahre vor der Eheſchließung des Grafen Wilhelm Ernſt mit Modeſte von Unruh eine neue und glänzende Beſtätigung.

5)[73] Die Ehe des Bieſterfelder Grafen Rudolf Ferdinand mit Juliane Louiſe von Kunowitz im Jahre 1705.

Graf Rudolf Ferdinand, 1671—1726, war der letzte gemeinſame Stammvater der beiden erbherrlichen gräflichen Linien. Aus ſeiner Ehe mit Louiſe von Kunowitz hinterließ er zwei Söhne. Der ältere, Friedrich Karl Auguſt, 1706—1786, ſetzt die Bieſterfelder Linie fort. Der jüngere, Ferdinand Ludwig, 1709—1791, iſt der Stifter der Weißenfelder Linie. Dieſe beiden Grafen ſind, wie ich vorgreifend ſchon hier angeben will, die Kontrahenten des vielgenannten Brüdervergleichs von 1749.

Die Ebenbürtigkeit der Ehe des Grafen Rudolf Ferdinand mit Louiſe von Kunowitz wurde von keinem Lippiſchen Agnaten jemals angezweifelt. Der Vater der Kunowitz gehörte dem mähriſchen Herrenſtande, alſo nicht dem deutſchen reichsſtändiſchen hohen Adel an. v. Weyhe-Eimke ſagt: „Der böhmiſch-mähriſche Herrenſtand wurde faſt immer ebenbürtig anerkannt.“ Hätte er zum hohen Adel gehört, ſo würde er immer als ebenbürtig anerkannt worden ſein. Doch beſteht hier kein Intereſſe, den Fällen, in welchen die Ebenbürtigkeit der Kunowitz wegen ihres niederen Adels einer Anfechtung unterlag, näher nachzugehen. Es iſt unbeſtritten, daß im reichsgräflich Lippiſchen Hauſe die Ehe mit Louiſe von Kunowitz niemals wegen ihres niederen Adels als unebenbürtig angeſehen oder angefochten worden iſt.

6)[74] Die Ehe des Bieſterfelder Grafen Friedrich Wilhelm, Enkels von Rudolf Ferdinand und Sohnes von Friedrich Karl Auguſt, mit Eliſabeth Johanna von Meinertshagen im Jahre 1770. Die Ehe blieb kinderlos.

Der Großvater der Johanna von Meinertshagen war erſt 1748 von Franz I. mit dem Prädikate „Edler von“ in den Reichsadel erhoben worden. Johanna von Meinertshagen ſelbſt wurde vor ihrer Vermählung, 1769, zur Reichsgräfin gemacht. Dadurch hörte die Braut nicht auf, dem niederen Adel anzugehören. Auf die Ebenbürtigkeit als ſolche konnte die Standeserhöhung keinen Einfluß ausüben. Dieſe Frage iſt in allgemeiner Weiſe

---

[73] v. Weyhe-Eimke S. 252 f. L. I. S. 26. L. II S. 39. Zoepfl, Gutachten, S. 73. 82 ff.

[74] v. Weyhe-Eimke S. 254 ff. L. II S. 39. Zoepfl, Gutachten, S. 73. 83.

ſchon oben bei dem Falle von Trotha zum Austrag gebracht. Was aber im beſonderen die Stellung der Lippiſchen Agnaten dazu betrifft, ſo haben wir auch hier wieder ein Zeugnis, welches keinen Zweifel hinſichtlich der Zuſammenhangsloſigkeit von Standeserhöhung und Ebenbürtigkeit zurücklaſſen kann. Bei der Konſenserteilung zur Erhebung in den Reichsgrafenſtand hatte der regierende Graf Wilhelm zu Lippe-Bückeburg die Erklärung abgegeben, „daß, wenn in Zukunft etwa der Succeſſion wegen ſich Streitigkeiten ereignen ſollten, derſelbe durch dieſe ſeine Deklaration Niemand präjudiciert haben wolle, ſondern einem Jeden ſein Recht bleiben ſolle.“ Alſo agnatiſcher Konſens zur Standeserhöhung und Anerkennung der Ebenbürtigkeit ſind auch nach der Anſicht des Bückeburger Grafen zwei verſchiedene Dinge. Jener wird erteilt, dieſe wird vorbehalten. Übrigens iſt die Ebenbürtigkeit dieſer Ehe ſpäter von keiner Seite angezweifelt worden. Zoepfl berichtet über dieſe Ehe noch: „von der damals regierenden Fürſtin Pauline zur Lippe wurden der Johanna von Meinertshagen alle verwandtſchaftlich freundlichen und ihr nur als voll anerkannten Gemahlin des Grafen Friedrich Wilhelm zukommenden Titel und Courtoiſien gegeben, wie aus vielen Briefen erwieſen werden kann.“ Mir ſind dieſe Briefe nicht zur Hand. Die Fürſtin Pauline aber iſt dieſelbe, welche auch dem Grafen Wilhelm Ernſt zur Lippe-Bieſterfeld zu ſeiner Eheſchließung mit dem „Fräulein Modeſte von Unruh“ aufs wärmſte gratulierte.

Den Beſchluß machen nun die beiden Fälle von Eheſchließungen Lippiſcher Grafen mit Damen aus niederem Adel in der erbherrlich-Schaumburgiſchen Linie, nemlich

7)[75] Die Ehe des Erbgrafen Albert Wolfgang von Schaumburg-Lippe (1699/1748) mit Margaretha Gertrud von Oeynhauſen im Jahre 1721.

Wenige Tage nach ihrer Vermählung, welche in London ſtattgefunden hatte, wurde am 10. Oktober 1721 Gertrud von Oeynhauſen auf Bitte ihres Vaters in den Reichsgrafenſtand erhoben. Nicht, um dadurch ihre Ebenbürtigkeit zu bewirken, ſondern, wie der Vater in ſeiner Eingabe an den Kaiſer bat, „zu ſonderbarer Verbeſſerung und Beförderung ihres bevorſtehenden Wohlſtandes und zeitlichen Glückes“, „damit auch ſie durch rühmliche Tugenden, Wandel und Wohlthaten vor Anderen in der Welt ſich kundbar zeigen zu können ſich dieſer reichsgräflichen Würde gleichfalls nützlich gebrauchen und genießen möge“. Die Ebenbürtigkeit dieſer Ehe mit einer Dame von niederem Adel wurde niemals beſtritten.

Mit dem Freiherrn von Weyhe-Eimke habe ich auch in dieſem

---

[75] v. Weyhe-Eimke S. 156 ff. L. I S. 22 f. L. II S. 39. Bornhak S. 19. Kahl S. 29. Zoepfl, Gutachten, S. 85.

Fall ein merkwürdiges Mißgeschick. Er schreibt S. 160 „Der schon oft erwähnte Herr Kahl greift ebenfalls diese Ehe als unebenbürtig an". Hätte der Freiherr die Güte gehabt, meine Schrift auch nur einigermaßen zu begreifen, so hätte er überhaupt nicht nötig gehabt, mich so „oft zu erwähnen". Wie hätte ich dazu kommen sollen, die Ebenbürtigkeit der Ehe mit Gertrud von Oeynhausen, eines so glänzenden Beweises für die von mir behauptete Observanz im Haus Lippe, anzugreifen? Ganz im Gegenteil habe ich die Beweiskraft ihrer Ebenbürtigkeit gegen Bemängelungen von Seiten L.s I sicher zu stellen versucht. Dieser hatte behauptet, die Ehe mit Gertrud von Oeynhausen könne als beweiskräftig nicht angesehen werden, weil „ein einzelner Fall, der im Gegensatz zu der sonst befolgten Regel steht, überhaupt nicht zum Nachweis einer Familienobservanz genügt". Dazu sind drei Anmerkungen zu machen. Zum Ersten, daß hier eine Regel vorausgesetzt wurde, wie sie in Wirklichkeit nicht bestanden hat. Zum Zweiten, daß nicht ein „einzelner Fall" vorliegt, sondern daß der Fall Oeynhausen nur ein einzelner von acht Fällen zweifelloser Ebenbürtigkeit der Ehen Lippischer Reichsgrafen mit Damen niederen Adels ist. Zum Dritten, daß von L. unmittelbar vorher der „einzelne" Fall Ditfurth (oben 2. Gruppe 2), weil er gegen die Observanz zu sprechen schien, als „voll beweisend" bezeichnet worden war. Der Fall Oeynhausen ist in der That ein voll beweisender. Denn selbst nach der 1722 hinzugetretenen Erhebung ihres Vaters in den Reichsgrafenstand unter Beilegung von vier Ahnen hat Gertrud von Oeynhausen nicht aufgehört, von niederem Adel zu sein. Gleichwohl hat eine Anfechtung der Ehe nie stattgefunden. Endlich

8)[76] Die Ehe des Reichsgrafen Friedrich Ernst von Lippe-Alverdissen mit Philippine Elisabeth von Friesenhausen, Tochter des kurpfälzischen Oberstallmeisters von Friesenhausen und seiner Gemahlin Sophia Elisabeth, geb. von Ditfurth, im Jahre 1722.

Auf der Ebenbürtigkeit dieser Ehe allein beruhen die eventuellen Ansprüche der erbherrlichen Linie Schaumburg auf die Thronfolge im Fürstentum Lippe.

Der Thatbestand ist in Litteratur und Presse schon vielfach erzählt. Für die rechtliche Würdigung der Ebenbürtigkeitsfrage kommen lediglich zwei geschichtliche Thatsachen in Betracht. Daß nämlich 1) Elisabeth von Friesenhausen 30 Jahre nach Eingehung der Ehe in den Reichsgrafenstand erhoben und bei dieser Gelegenheit durch Agnaten und Kaiser aus-

[76] v. Weyhe-Eimke S. 162 ff. L. I S. 23 ff. L. II S. 30 ff. 39. Bornhak S. 20. 23 f. Kahl S. 17 ff. Zachariae S. 5 ff. Zoepfl S. 49. 67 ff. Schulze I S. 11 f. II S. 12 f. III S. 6. Westrum S. 8 ff. Heffter, Sonderrechte, S. 117. Von älteren Darstellungen s. Pütter, Mißheiraten, S. 267 ff. und die dort angegebene Litteratur von Moser und Strubens. Ferner u. Anm. 82.

drücklich anerkannt wurde, daß ihre Descendenz von Geburt succeſſionsfähig geweſen ſei; und daß 2) vor und nach dieſer Standeserhöhung der Descendenz der Eliſabeth von Frieſenhauſen die Ebenbürtigkeit vielfach und in allen Formen, im Wege des Prozeſſes wie mit Anwendung von Gewalt durch Landfriedensbruch, zwar beſtritten, aber in allen während zwanzig Jahren ergangenen Entſcheidungen des Reichshofrats und des Reichskammergerichts ausgeſprochen und anerkannt worden iſt.

Die erſte verſchleierte Beſtreitung der Ebenbürtigkeit dieſer Ehe geſchah im Jahre 1749. Und zwar bemerkenswerter Weiſe nicht von Lippiſchen Agnaten, ſondern vom Landgrafen von Heſſen-Caſſel als Lehensherrn eines Teiles der Grafſchaft Schaumburg. In dem nach dem Tode Albert Wolfgangs neu ausgefertigten Lehensbriefe von 1749 war eine Veränderung dahin gemacht, daß hinſichtlich der Descendenz des in die Belehnung miteingeſchloſſenen Gemahles der Frieſenhauſen das Wort „ſucceſſionsfähige" eingeſchaltet wurde. Damit ſollte angedeutet werden, daß die Söhne des Grafen Friedrich Ernſt und der Eliſabeth von Frieſenhauſen als ſucceſſionsfähig möglicherweiſe nicht zu achten ſeien, obwohl in den Lehenbriefen von 1729 und 1731 die damals ſchon geborenen Söhne des Grafen Friedrich Ernſt mit enthalten waren. Jene Einſchaltung gab nun dem Letzteren Veranlaſſung zu Maßnahmen zweifacher Art.

Zunächſt zur Betreibung der Standeserhöhung ſeiner Gemahlin. Der regierende Herr zu Schaumburg-Lippe ſelbſt ertheilte zu dieſem Schritte am 18. Februar 1752 ſeinen Konſens. Nachdem, ſo führt er aus, Graf Friedrich Ernſt „aus bewegenden Urſachen und hergebrachten Wohlſtandes halber geſonnen ſei", ſeine Gemahlin „annoch vor ſeinem in Gottes Händen ſtehenden tödtlichen Hintritt" in den Reichsgrafenſtand erheben zu laſſen, finde er um ſo weniger etwas „Bedenkliches zu erinnern", — „als landeskundig, wie vorgedachte ... Gemahlin aus dem von gutem alten Adel herſtammenden Geſchlechte derer von Frieſenhauſen entſproſſen ſei, auch deſſen mit derſelben männ- und weiblichen Geſchlechts erzielten Kinder ſowohl von Uns als ſämmtlichen Gräflichen Standes-Agnaten auch Landſtänden und Unterthanen der beiden Grafſchaften Schaumburg und Lippe für rechte reſp. in Land und Leute ſucceſſions- und erbfähige Grafen und Gräfinnen von Schaumburg- und Lippe **von ihrer Geburt an undisputirlich** geacht, gehalten und geehret werden —". Die Standeserhöhung erfolgte durch Kaiſerliches Diplom vom 14. März 1752. In dieſem Diplom wiederholt der Kaiſer das Anerkenntnis der Agnaten mit den Worten, daß „inſonderheit auch die mit oftgedacht ſeiner Eheconſortin erzeugten gräflichen Kinder .. von alter Zeit her für Recht voll gleich und beiderſeits Eltern ebenbürtige auch Erb- und Succeſſionsfähige Grafen .. angeſehen und bis dieſe Stunde dafür geachtet, geehrt und tractiret worden", und daß Graf Friedrich Ernſt „der ehelichen Vermählung

mit ermelter Seiner Ehegattin und der mit ihr erzeugten Gräflichen Descendenz wegen ſich im Geringſten keinen Zweifel noch Vorwurf zu machen habe". Johann Jakob Moſer faßte in ſeinem Reichsſtaatshandbuch, 3. Tl. 1777 S. 270 den weſentlichen Inhalt des kaiſerlichen Diploms dahin zuſammen, daß die Standeserhöhung der von Frieſenhauſen „nicht an ſich ſelbſt notwendig ſeye, um ihre Poſterität ſucceſſionsfähig zu machen." Dies hätte L. ſchon in ſeinem erſten Gutachten nicht überſehen und hervorzuheben unterlaſſen dürfen. Er hätte dann die Erhebung der Eliſabeth von Frieſenhauſen nicht als „Anerkennung der Standesmäßigkeit" (S. 28) auslegen und zu dem ſeltſamen Zweifel kommen können: „Wie die Ebenbürtigkeitsfrage ohne die Erhebung der v. Frieſenhauſen in den Reichsgrafenſtand ſchließlich entſchieden worden wäre, kann Niemand wiſſen" [77]. Wiſſen kann man es freilich nicht. Aber man kann mit höchſter Wahrſcheinlichkeit den Verlauf aus allen Präcedenzfällen ſchließen. Die nachträgliche Erhebung zur Reichsgräfin hätte hier ſo wenig wie ſonſt den urſprünglichen Mangel des Geburtsſtandes zu decken vermocht. Die Ehe mit dem Fräulein aus altem niederen Adel war an und für ſich als ebenbürtig anerkannt. Dieſes Ergebniß wird denn auch durch den weiteren Verlauf der Angelegenheit, welcher ſich dramatiſch in drei Akten vollzog, lediglich beſtätigt.

Der andere Schritt nemlich, welchen Graf Friedrich Ernſt unternahm, war der, daß er beim Reichshofrat ein Mandatum attentatorum cassatorium vom 12. Juli 1753 erlangte, wodurch bei 20 Mark löthigen Goldes Strafe befohlen wurde, „die eingeklagten Attentate und Neuerungen zu caſſiren und aufzuheben, auch von dergleichen Unternehmungen abzuſtehen, ſofort die Söhne eines unmittelbaren Reichsgrafen in possessione vel quasi nobilitatis avitae nicht zu ſtören noch zu beeinträchtigen." In der Begründung dieſes Mandats war ausgeſprochen, „daß doch kein Geſetz im römiſchen Reich vorhanden, ſo die Ehe eines Reichsgrafen ... mit einer von beiderſeits Eltern ritter- und ſtiftsmäßig [78] geborenen Perſon aus dem deutſchen Reichsadel für ungleich oder die daraus erzeugten Kinder für unfähig zur Lehn- und Landesfolge erklärt, da vielmehr von zwei und drei Jahrhunderten her eine unläugbare Obſervanz des Contrarii in den vornehmſten gräflichen Häuſern Deutſchlands, ja ſogar in dem Hauſe Schaumburg ſelbſt ſich ergebe." Ein gleiches Mandat erging auch an den regierenden Grafen von Schaumburg-Lippe, Friedrich Wilhelm Ernſt,

---

[77] v. Weyhe-Eimke S. 205 giebt für dieſen Satz die Rechtfertigung: „Das iſt doch wohl richtig, wenn man annimmt, daß vielleicht noch Revolutionen von Oben oder Unten hätten dazwiſchen kommen können". Ich weiß der Wahrſcheinlichkeit dieſer Erklärung nichts Bekräftigendes beizufügen.

[78] Über die Begriffe des alten und des ſtiftsmäßigen Adels vgl. Zoepfl, Gutachten, S. 56 ff.

weil er inzwiſchen durch Annahme der veränderten Lehenbriefe ein Einverſtändnis mit Heſſen-Caſſel zu bekunden ſchien. Im weiteren Verlaufe dieſes Prozeſſes wurde noch durch Reichshofratsconclusa von 1754, 1756 und 1757 die Ebenbürtigkeit der Kinder des Grafen Friedrich Ernſt anerkannt und ausgeſprochen, daß die Ehe von Mitgliedern reichsſtändiſcher Grafenhäuſer mit einer zum alten niederen Adel gehörigen Perſon keine Mißheirat ſei [79]. Soweit Heſſen-Caſſel in Frage kam, war damit für einige Jahre die Angelegenheit erledigt [80]. In dem 1763 erneuerten Lehenbrief wurde der Sohn der Eliſabeth von Frieſenhauſen, Graf Philipp II. Ernſt ſamt ſeinen Brüdern in die Belehnung namentlich mit aufgenommen.

Im zweiten Akte des Dramas holte ſich der regierende Graf zu Lippe-Detmold Simon Auguſt eine unmißverſtändliche Aufklärung über die Ebenbürtigkeit der Eliſabeth von Frieſenhauſen. Im Anfang der ſiebziger Jahre erlaubte er ſich ihrem eben genannten älteſten Sohne Philipp Ernſt gegenüber Zweifel über „ſtandesmäßige Geburt und Succeſſionsfähigkeit". Auf erhobene Provokation beim Reichskammergericht erging am 12. Februar 1773 eine Sententia paritoria wider den Grafen Simon Auguſt zu Lippe-Detmold dahin: „Daß dem Herrn Beklagten nicht geziemet noch gebührt, ſich gegen Herrn Impetranten der beklagten Ausdrücke von unſtandesmäßiger Geburt und Succeſſionsunfähigkeit zu gebrauchen, ſondern Herr Impetrat daran zu viel und unrecht gethan, daher demſelben ſich deren durch ſich und die Seinigen zu enthalten hiermit alles Ernſtes aufgegeben werde" [81].

Der dritte und letzte Akt ſpielt im Jahre 1787 [82]. Hier hat wieder

---

[79] L. I S. 24 iſt der Meinung, daß, weil der Landgraf die ihm vorbehaltene petitoriſche Klage nicht anſtellte, „der Streit eigentlich ohne definitive Erledigung geblieben" ſei. S. die vortreffliche Widerlegung dieſer Anſicht bei Weſtrum S. 13. Vgl. übrigens die Notiz bei Pütter, Mißheiraten, S. 270 o.

[80] v. Weyhe-Eimke hat die Urkunden zum Fall Frieſenhauſen im übrigen ziemlich vollſtändig mitgeteilt. Dagegen wird der Leſer mit Bedauern die Mitteilung der gerichtlichen Verfügungen und Entſcheidungen vermiſſen. Nur eine kurze Notiz auf S. 173. Das Mandat v. 12. Juli 1753 iſt vollſtändig abgedruckt bei Struben, Rechtliche Bedenken, Tl. II, Bed. CXXXV S. 507—517. Außerdem ſ. Moſer, Familienſtaatsrecht, Tl. II S. 105 ff. Derſelbe, Staatsarchiv 1754, Tl. 8 S. 287. Pütter, Rechtsfälle, Bd. III Nr. CCCXV, Anl. 3 S. 867.

[81] Moſer, Reichsſtaatshandbuch, Tl. III S. 270. Derſelbe, Zuſätze zum neuen deutſchen Staatsrecht, Tl. II (1782) S. 534. W. v. Steck, Abmüſſigungen (Halle 1787), S. 60.

[82] Eine zeitgeſchichtliche Darſtellung enthalten die beiden Kontroverſſchriften, deren eine 1787 für Heſſen-Caſſel, deren andere 1789 für Schaumburg erſchienen iſt. Pütter, Mißheiraten, S. 543 f., nennt als an Abfaſſung der erſteren beteiligt Ledderhoſe, als Verfaſſer der zweiten Falke. Sie führen die Titel: 1) „Kurzgefaßte Darlegung der Urſachen, aus welchen Seine des regierenden Herrn Landgrafen zu Heſſen-Caſſel Hochfürſtliche Durchlaucht den vom verſtorbenen Herrn Grafen Philipp Ernſt beſeſſenen Teil

der Landgraf von Heſſen-Caſſel, nunmehr Wilhelm IX., die Hauptrolle übernommen. 1777 war dem Grafen Philipp II. Ernſt, dem Sohne der

---

der Grafſchaft Schaumburg als eröffnetes Lehn Höchſt-Dero Hochfürſtlichen Hauſes zu betrachten ſich berechtigt glauben. Caſſel, gedruckt in der Hofbuchdruckerei 1787. Fol." Sie iſt auch abgedruckt in den neuen Rechtsfällen bei Selchow (1789) Bd. III S. 1—102. 2) „Darlegung des Ungrundes der Urſachen, aus welchen Seine des regierenden Herrn Landgrafen zu Heſſen-Caſſel Hochfürſtliche Durchlaucht vermeinen, den auf den unmündigen Herrn Erbgrafen Georg Wilhelm zu Schaumburg-Lippe rechtmäßig gefallenen Teil der Grafſchaft Schaumburg als Höchſtdero Hochfürſtlichem Hauſe eröffnetes Lehen betrachten zu können. Bückeburg, gedr. vom Hofbuchdrucker Althaus 1789. Fol." Von beſonderem Intereſſe iſt aus dieſer Schrift §. 64, dem Wortlaut nach auch mitgeteilt bei Weſtrum S. 8 ff.:

„Inſonderheit nach dem Herkommen im Gräflichen Hauſe Schaumburg.

So wie das allgemeine Herkommen im deutſchen Reiche, nach welchem die Ehen zwiſchen Gräflichen und ritterbürtigen Perſonen für gleiche und ſtandesmäßige Ehen gehalten worden ſind, im vorhergehenden hinlänglich dargethan worden, ſo kann man ſolches auch inſonderheit in dem altgräflichen Hauſe Schaumburg erweiſen.

Man darf nur einen Blick auf die Geſchlechtstafel der Grafen von Schaumburg werfen, ſo finden ſich hiervon die merkwürdigſten Beiſpiele, da Regenten der Grafſchaft Schaumburg aus dem Holſtein-Schaumburgiſchen Stamme, denen an Alter, Länderbeſitzung, Macht und Anſehen im deutſchen Reich unter den heutigen gräflichen Häuſern wenige gleich kommen, dennoch im geringſten kein Bedenken getragen haben, mit Damen von ritterbürtigem Geſchlecht Ehen zu ſchließen.

So vermählte ſich im Anfang des XVI. Jahrhunderts Graf Antonius I. von Holſtein-Schaumburg mit dem Fräulein Anna v. Schönborn.

So verheirathete am Ende des XVI. Jahrhunderts Graf Jobſt II. zu Holſtein-Schaumburg ein Fräulein Eliſabeth v. Pallant, aus welcher Ehe die letzten regierenden Grafen des gräflich Holſtein-Schaumburgiſchen Geſchlechts, die Grafen Jobſt Hermann († 1638) und Otto VI. († 1640) herſtammen. Die vorbenannten Grafen Jobſt Hermann und Otto ſind vom ganzen deutſchen Reiche als regierende Grafen zu Schaumburg anerkannt, und keiner der reſpectiven Lehnhöfe des Stifts Minden, des Herzogs zu Braunſchweig und des Landgrafen zu Heſſen-Caſſel, hat ſich berechtigt gehalten, die Succeſſionsfähigkeit der aus dieſen Ehen zur Regierung gekommenen Grafen von Schaumburg zu beſtreiten, ſondern ſie haben dieſelbe vielmehr durch die erteilten Belehnungen vollkommen anerkannt.

Dieſe beiden Fälle wären allein ſchon hinreichend, jeden Nachfolger in der Grafſchaft Schaumburg, der ſich mit einem altadeligen Fräulein vermählt, vor allen möglichen Vorwürfen der Unebenbürtigkeit und Umſtandesmäßigkeit, die etwa von Agnaten, geſchweige denn von Lehnherrn gemacht werden möchten, völlig zu ſichern.

Dieſes Herkommen im gräflichen Hauſe Schaumburg-Lippe iſt aber auch noch durch ein jüngeres Beiſpiel erneuert und beſtätigt worden. Graf Albrecht Wolfgang zu Schaumburg-Lippe, älteſter Sohn und Regierungsnachfolger des regierenden Grafen Friedrich Chriſtian zu Schaumburg-Lippe, vermählte ſich am 30. September 1721 mit einem Fräulein von altem Adel, Margarethe Gertrud von Oynhauſen, aus dem altadeligen Geſchlecht der von Oynhauſen in der Grafſchaft Schaumburg, einer Tochter des Königlich großbritanniſchen Kurfürſtlich Braunſchweig-Lüneburgiſchen Kammerherrn und Oberjägermeiſters Raban Chriſtoph von Oynhauſen, welcher notoriſch im Jahr 1725 erſt vom Kaiſer Karl VI. in den Grafenſtand erhoben worden iſt. Aus dieſer Ehe wurde am 6. Oktober 1722 ein Sohn geboren, der am 6. Auguſt 1742 verſtorbene Graf Georg

Frieſenhauſen, mit dem Erlöſchen des älteren Zweiges der Schaumburger Linie, als nächſtberechtigtem Agnaten die Nachfolge in der Grafſchaft Schaumburg-Lippe eröffnet. Waren noch Einwendungen gegen die Descendenz der Frieſenhauſen zu erheben, ſo war nunmehr Gelegenheit, das in den Reichshofratserkenntniſſen von 1756 und 1757 vorbehaltene Petitorium anzuſtellen. Von keiner Seite wurde dies unternommen. Die Neubelehnung vollzog ſich ohne Anſtand und Vorbehalt. Als aber 1787 Philipp Ernſt die Augen geſchloſſen, hielt ſich Landgraf Wilhelm IX. unter Gewaltsanwendung gegen die als Vormünderin beſtellte Wittwe für berechtigt, die Grafſchaft Schaumburg-Lippe als eröffnetes Lehen einzuziehen. Kein Geringerer als Pütter hat in einem für Schaumburg gegen Heſſen-Caſſel erteilten Gutachten die Widerrechtlichkeit dieſes Verfahrens nachgewieſen [83]. Der Landgraf mußte abziehen und ſchwer Geld bezahlen. In der Resolutio Caesarea vom 2. April 1787 wurde er kurz darauf verwieſen, daß durch Kaiſerliche Urteile und Erkenntniſſe von 1753, 1754, 1756 und 1757 über die Ebenbürtigkeit der Kinder des Grafen Friedrich Ernſt zu Lippe-Alverdiſſen rechtskräftig entſchieden ſei.

Soweit die Eheſchließungspraxis.

Wie nun den unter Ziff. 1) bis 8) angeführten Thatſachen gegenüber die Behauptung L.s II S. 43: „daß im Lippiſchen Hauſe auch nicht ein einziger Fall vorgekommen iſt, welcher zum Beweiſe einer Familienobſervanz, daß niederer Adel zur Ebenbürtigkeit genüge, dienen könnte" — zu rechtfertigen und aufrecht zu erhalten ſei, ſtelle ich dem ſachverſtändigen Urteile der Wiſſenſchaft und Rechtsſprechung anheim. Ich an meinem Teil erachte den Beweis der Obſervanz durch die drei Fälle Dohna, durch die Fälle Trotha, Kunowitz, Meinertshagen, Oeynhauſen, Frieſenhauſen mehr als ausreichend erbracht. Insbeſondere aber iſt der Fall Frieſenhauſen mehr als irgend ein anderer praejudiziell für die Entſcheidung der vorliegenden Streitfrage. Kann die Descendenz der Modeſte von Unruh

---

Wilhelm Auguſt, ſodann am 9. Januar 1724 der zweite Sohn, Graf Wilhelm Friedrich Ernſt, welcher im Jahre 1748 zur Regierung gekommen iſt. Demſelben iſt vom Fürſtlich Heſſen-Caſſelſchen Lehnhofe nie der geringſte Einwurf von Succeſſionsunfähigkeit gemacht, vielmehr iſt derſelbe in eben dem Lehnbriefe, in welchem man die präjudizirliche Clauſel in Anſehung der männlichen Leibes-Lehns-Erben des Herrn Grafen Friedrich Ernſt zu Schaumburg-Lippe-Alverdiſſen Fürſtlich Heſſen-Caſſelſcher Seits einzuſchalten ſuchte, als Hauptbelehnter beliehen worden.

Wie vielmehr verliert ſich daher jeder Gedanke einer Unſtandesmäßigkeit der Ehe eines Herrn aus dieſem Gräflichen Hauſe mit einer Dame von altem ſtiftsmäßigen Adel, wenn man mit den beſonderen Herkommen des Gräflichen Hauſes Schaumburg das in Vergleich ſtellet, was ausgeführtermaßen ohnehin allgemein herkömmlichen Rechtens iſt".

[83] „Eigentliche Beſchaffenheit des im Februar 1787 mit Heſſiſchen Kriegsvölkern geſchehenen Überzuges der Grafſchaft Schaumburg-Lippiſchen Anteils, März 1787". Auserleſene Rechtsfälle, Bd. III Tl. IV (Göttingen 1791) Nr. CCCXV S. 852 ff.

in Lippe nicht ſuccedieren, dann kann es auch die Descendenz der Eliſabeth von Frieſenhauſen nicht. Dieſen abſolut zwingenden Schluß haben auch Zachariae, Zoepfl und Schulze ſchon gezogen. L. I bezeichnet die Parallele als „völlig verfehlt“ und L. II S. 32 f. verſtärkt den Widerſpruch durch den Satz: „Die Gleichſtellung beider Fälle iſt eine tendenziöſe Erfindung, welche auf der gefliſſentlichen Unterdrückung einer erheblichen Thatſache beruht.“ Welcher Thatſache? Ich habe ſie nicht finden können. Etwa, daß Eliſabeth von Frieſenhauſen in den Reichsgrafenſtand erhoben worden iſt? Dieſe Thatſache iſt nie unterdrückt, nur freilich in Verbindung mit ihr von mir hervorgehoben worden, daß die Standeserhöhung nicht notwendig war, um ihre Descendenz ſucceſſionsfähig zu machen. Agnaten und Kaiſer ſagen, daß ihre Kinder „undisputirlich von Geburt erbfähige Grafen“ geweſen ſeien. Dies hat ſchon L. I verſchwiegen. Auf meinen Vorhalt darüber hat L. II nicht geantwortet. Er kehrt aber nun den Spieß um und ſagt, daß die Gleichſtellung beider Ehen „auf der gefliſſentlichen Unterdrückung einer erheblichen Thatſache beruhe“. Ich frage beſtimmt, v. Weyhe-Eimke würde ſagen „ſtricte“: welcher Tatſache?? Solange dieſe nicht namhaft gemacht wird, muß ich auch weiterhin die Gleichartigkeit beider Fälle vertreten. Aber L. will ſie außerdem damit widerlegen (I S. 38), daß „durch die Aufnahme des Fürſten von Schaumburg-Lippe als Mitglied des Rheinbundes, des Deutſchen Bundes, des Norddeutſchen Bundes und des Deutſchen Reiches die Frage, ob unter den Ahnen des Hauſes eine Dame von nicht reichsſtändiſchem Adel ſich befinde, völlig bedeutungslos geworden“ ſei. L. II fügt S. 33 hinzu: „Seit 1806 iſt die Ebenbürtigkeit der erbherrlichen Lippeſchen Linie Alverdiſſen (Schaumburg-Lippe) unanfechtbar geworden“. Gewiß, die Ebenbürtigkeit des ſouverän gewordenen Hauſes Schaumburg wird Niemand beſtreiten. Ich freue mich, daß L. II S. 30 mir das Zeugnis giebt, mich wenigſtens vor dieſer „Thorheit gehütet“ zu haben. Aber darum handelt es ſich überhaupt nicht. Mit jener fiktiven Verteidigung der niemals angegriffenen Schaumburgiſchen Ebenbürtigkeit iſt der Boden der Streitfrage ſelbſt verlaſſen und künſtlich verſchoben. Es handelt ſich nicht um einen Angriff auf die Schaumburgiſche Ebenbürtigkeit, welche durch die Ergebniſſe nach und ſeit 1806 eingetreten iſt, ſondern einzig und allein um das Maß der Ebenbürtigkeitserforderniſſe zur Zeit des alten Reiches. In ihm liegen Maß und Entſcheidungsnorm für die Beurteilung der Ebenbürtigkeit wie der Eliſabeth von Frieſenhauſen, ſo der Modeſte von Unruh.

Denn bei dem jetzigen Thronfolgeſtreit kommt die ſouverän gewordene ſchaumburgiſche Dynaſtie als ſolche überhaupt nicht in Betracht. Für die Succeſſion in Lippe-Detmold vermag das Schaumburgiſche Haus lediglich in ſeiner Eigenſchaft als jüngſte erbherrlich Lippiſche

Linie in Konkurenz zu treten. Ich habe dieſen Gedanken nicht, wie L. II (S. 31) argwöhnt, Schulze „nachgeſchrieben“. Ich habe ihn vielmehr unmittelbar aus Quellen, und zwar aus Detmolder Quellen entlehnt.

Urk. 9. Der Fürſt Leopold von Lippe hat unterm 4. Juni 1833 ſo wörtlich als wahr geſchrieben: „Mit der Schaumburg-Lippiſchen erbherrlichen Linie hat es freilich eine eigene Bewandtnis, da der Stifter, Graf Philipp, vom Zufall begünſtigt, anderweit einen Teil der vormaligen reichsunmittelbaren Grafſchaft Schaumburg erworben hat. Dieſer Beſitz hat jedoch mit dem Fürſtentum nichts gemein und äußert auf die beſtehende Lippiſche Haus- und Landesverfaſſung nicht den mindeſten rechtlichen Einfluß. In der Perſon des Fürſten zu Schaumburg-Lippe muß demnach die zweifache Rechtseigenſchaft eines ſouveränen Beſitzers der halben Grafſchaft Schaumburg und eines Lippiſchen Erbherrn und Paragialbeſitzers des Amtes Blomberg weſentlich von einander unterſchieden werden“. Selbſt wenn Fürſt Leopold dieſe Erklärung nicht abgegeben hätte, wäre es doch nichts Neues geweſen, daß die beiden Fürſtentümer Schaumburg-Lippe und Lippe nicht etwa aus einer Teilung der Lippiſchen Stammlande hervorgegangen [84], ſondern dadurch entſtanden ſind, daß die jüngſte Linie des reichsgräflichen Geſamthauſes Lippe nach dem Ausſterben der Grafen Schaumburg in den Beſitz eines Teiles der alten Grafſchaft Schaumburg gelangte und deshalb unter Fortführung des Geſchlechtsnamens Lippe als Schaumburg-Lippe bezeichnet wird. Auf dem Grunde dieſes Thatbeſtandes iſt es nun abſolut klar und gewiß, daß die dem Grad nach nähere älteſte erbherrliche Linie Bieſterfeld nicht als unebenbürtig ausgeſchloſſen werden kann, wenn und wiewohl ſie hinſichtlich der Ebenbürtigkeitserforderniſſe innerhalb des Lippiſchen Hauſes genau das gleiche Maß erfüllt hat, wie die jüngſte erbherrliche Linie bezüglich eben derjenigen Ehe, auf welcher allein ihr Zuſammenhang mit dem gemeinſamen Stammvater beruht. Es wird alſo bei weitem nicht behauptet, daß um der Frieſenhauſen'ſchen Ehe willen das Haus Schaumburg nicht ebenbürtig ſei. Es wird nur beſtritten, daß das Schaumburgiſche Haus vor ſeiner 1806 erworbenen Souveränetät mehr und anders ebenbürtig geweſen ſei, als Lippe-Bieſterfeld durch die Ehe vom Jahre 1803. Es wird beſtritten, daß das fürſtliche Haus Schaumburg-Lippe und die gräflichen Nebenlinien hinſichtlich der Ebenbürtigkeit nicht in gleicher Lage ſich befänden (L. I S. 38, II S. 30). Sie befinden ſich vielmehr genau in gleicher Lage, nachdem die beiden in Vergleich zu ſtellenden entſcheidenden Ehen im alten Reiche unter der Herrſchaft des gleichen Rechts geſchloſſen worden waren und der Rechtsgrund für die Anſprüche des Schaumburgiſchen Hauſes nicht in ſeiner Schaum-

[84] Vgl. Falkmann im Handbuch des öffentlichen Rechts, Bd. III 2 S. 179.

burgiſchen Grafſchaft, Souveränetät, Fürſtenwürde, Rheinbunds-, Bundes-, Norddeutſchen Bundes- und gegenwärtigen Reichsmitgliedſchaft, ſondern einzig und allein in ſeiner erbherrlich-Lippiſchen Qualität beruht.

Daß hinſichtlich des Rechtsgrundes der Succeſſionsanſprüche „zwiſchen der fürſtlichen und den gräflichen Linien Gleichheit beſtehe", räumt neuerdings auch L. II S. 32 ein. „Aber," fügt er hinzu, „die Geltendmachung dieſer Anſprüche iſt an die Vorausſetzung der Ebenbürtigkeit gebunden, und deshalb ſcheiden unter den vorhandenen erbherrlichen Linien diejenigen aus, bei denen es an dieſer Vorausſetzung fehlt." Das iſt gewiß richtig und niemals beſtritten worden. Indeſſen iſt mit dieſer Aufſtellung einer ſelbſtverſtändlichen Wahrheit der Kreislauf der Streitfragen nicht geſchloſſen, ſondern nur immer wieder von Neuem eröffnet. Denn das eben iſt die Streitfrage, unter welcher Vorausſetzung die Ebenbürtigkeit als vorhanden anzunehmen ſei. L. will die einzelnen erbherrlichen Linien hierin verſchieden behandelt wiſſen. Für die jüngſte erbherrliche Linie hält er die Frage durch den Erwerb der Souveränetät im Jahre 1806 „definitiv und undiskutierbar" gelöſt. Darauf muß ich erwiedern: ſoweit die Succeſſion im Fürſtentum Schaumburg in Betracht kommt, zweifellos. Die Frage iſt aber durch das Ereignis von 1806 nicht „definitiv und undiskutierbar" gelöſt, ja überhaupt nicht einmal berührt, ſoweit die Succeſſion im Fürſtentum Lippe in Anſpruch genommen wird. Denn hätte die jüngſte erbherrliche Linie durch eine unebenbürtige Ehe vom Jahre 1722 die Succeſſionsfähigkeit innerhalb des Hauſes Lippe einmal verloren, dann würde ſie ſolche dadurch, daß der Graf von Schaumburg 1806 ſouverän und 1807 Fürſt wurde, ſo wenig gerettet und zurückgewonnen haben, als wenn ein unebenbürtig geborener Chef dieſer Linie inzwiſchen König von Spanien oder Fürſt von Bulgarien geworden wäre. Die große naturgeſchichtliche Wahrheit L.'s II S. 17: „Wenn ein Apfel von einem Zweige abgeſchüttelt wird, ſo wird er dadurch vom Baume überhaupt getrennt," erhält hier ihre volle Geltung und Richtigkeit. Es bleibt alſo unerbittlich dabei: iſt in Lippe die Descendenz aus der unter gleichen Standesverhältniſſen geſchloſſenen Ehe mit Modeſte von Unruh ſucceſſionsunfähig, dann iſt es eben da, nämlich in Lippe, auch die Descendenz der Eliſabeth von Frieſenhauſen. Die für die Grafſchaft Schaumburg gewonnene Souveränetät kann daran nichts ändern. Entweder keine oder beide.

Der Ebenbürtigkeit der Modeſte von Unruh wird nun aber noch ein letzter Einwand entgegengeſtellt: der Bieſterfelder Vertrag vom 14. Auguſt 1749 oder der ſog. Brüdervergleich. Nach ihm ſoll gräflicher oder mindeſtens freiherrlicher Stand zur Ebenbürtigkeit und zur Succeſſion im Hauptlande erfordert worden ſein. So oft dieſer Einwand auch ſchon

widerlegt worden ist, er kehrt in immer neuen Redaktionen wieder. Daher muß ich diesmal gründlich zu Werke gehen. Der Brüdervergleich ist wie ein letzter Posten, auf welchen der Gegner sich zurückgeworfen sieht und auf dem er sich nun mit verzweifelter Hartnäckigkeit zu halten sucht. Nicht einmal die Ausführungen des Freiherrn v. Weyhe-Eimke, denen L. doch sonst höflich vertraut, haben ihn von seinem Irrtum zurückzubringen vermocht. Neuerdings (II. S. 20 ff.) stützt sich L. auf die Autorität des Anwalts Merk, des Verfassers jenes im Jahre 1786 gegen die Ehe des Biesterfelder Grafen Ludwig Heinrich mit Elisabeth Christine Kellner
Urk. 10. im Auftrag der Agnaten an den Reichshofrat gerichteten Protests (s. o. S. 35). Es thut mir leid, daß ich hier das langatmige Aktenstück[85] nicht wiedergeben und dem Leser den unmittelbaren Vergleich mit dem Biesterfelder Vertrag ermöglichen kann. Der Erfolg hinsichtlich der Differenz von Wahrheit und Dichtung würde ein durchschlagender sein. Es ist erstaunlich, was alles jener Anwalt aus dem Brüdervergleiche herauszulesen verstand. Die Stifter zweier „neuen Linien" haben darin für ihre Nachkommen ein „unverbrüchliches Hausgesetz" errichtet. Sie haben in Ausführung der kaiserlichen Wahlkapitulation Karls VII. festsetzen wollen, was außer den unstreitig notorischen Mißheiraten sonst noch vor Ehen vor ungleich und unstandesgemäß in ihrem Hause geachtet werden sollten." „Sie thaten es zu besserer Erhaltung des Lustre ihres uralten reichsständischen Hauses und nach dem Ebenmaß des altteutschen Rechts und Herkommens." Der Einblick in die Quelle selbst wird ergeben, daß dieser hohe Gedankenflug den Brüdern völlig fern gelegen hat. Es mag ja auf den ersten Blick befremdlich erscheinen, daß 1786 der Vertreter der Biesterfelder Agnaten selbst dem Brüdervergleich eine so weitgehende Auslegung gab. Aber, wer dem geschichtlichen Zusammenhange nachgeht, findet die Erklärung leicht. Um die Unebenbürtigkeit der Christine Kellner nachzuweisen, hätte es eines Zurückgreifens auf den Brüdervergleich überhaupt nicht bedurft. Denn die spätere Reichsgräfin von Falkenflucht war von bürgerlichem Stand. Um aber der vermögensrechtlichen Verbindlichkeiten gegen die Familie des Grafen Ludwig Heinrich los zu werden, mußte à tout prix die Anwendbarkeit des Brüdervergleichs auf den vorliegenden Fall nachgewiesen werden. Und auf jenes allein kam es den Agnaten an[86]. Daher der erbitterte Streit. Ludwig Heinrich bekämpft die Geltung und Anwend-

---

[85] Auch abgedruckt bei v. Weyhe-Eimke S. 256—280.

[86] v. Weyhe-Eimke S. 280 a. E.: „Die gräflichen Linien verwahrten sich ganz allein gegen diese Heirat der Apanage wegen, die sie möglicherweise von ihrer ihnen vom Hause Detmold 1762 für den Verkauf (!) ihrer Güter ausgesetzten Rente der Wittwe und den Nachkommen des Grafen Ludwig Heinrich hätten bezahlen müssen".

barkeit des Brüdervergleichs mit falſchen und mit wahren Gründen [87]. Der Anwalt Merk dupliziert mit Argumenten, die, wie oben angeführt und nachher zu beweiſen ſein wird, außer allem Zuſammenhang mit Zweck und Inhalt des Brüdervergleiches ſtehen. Alles um der lieben Apanage willen. Da ſoll nun dem Anwalt ein Wort zu viel in usum ſeiner hohen Auftraggeber gern verziehen ſein. Aber die heutige Aufgabe der Wiſſenſchaft dieſer Sache gegenüber faſſe ich doch anders auf. Den Proteſt des Anwalts Merk nennt L. „gleichſam" eine „authentiſche Interpretation" des Brüdervergleichs. Eine Advokatenſchrift iſt nimmermehr eine Rechtsquelle. Der genannte Fall iſt nicht der einzige, in welchem die Bieſterfelder Grafen von früher gegen die von heute ausgeſpielt werden [88]. Ich mache mich ſogar auf mehr noch gefaßt. Iſt doch durch ein in ſeinem Urſprunge unkontrolierbares Gerücht mir zu Ohr gebracht, man habe in irgend einem Archive, zu Detmold oder Bückeburg, eine Urkunde entdeckt, in welchem von den Kontrahenten des Brüdervergleiches ſelbſt und mit Beziehung auf dieſen gegen die Ebenbürtigkeit der Ehe des Schaumburger Grafen Friedrich Ernſt mit Eliſabeth von Frieſenhauſen proteſtiert worden ſei. Unerklärlich wäre es nicht, wenn, nachdem der regierende Herr von Lippe-Detmold ſich eine Rüge beim Reichskammergericht geholt, auch die Häupter der gräflichen Nebenlinien ihm in dem Kampfe gegen den Sohn der Frieſenhauſen ſekundiert hätten. Verwunderlich und einigermaßen thöricht bliebe nur, wie ſie auf den Brüdervergleich ſich hätten ſtützen können, aus welchem doch keinerlei Präjudiz oder Verbindlichkeit für die Linie Alverdiſſen zu begründen war. Aber ſei dem, wie ihm ſei. Auch wenn eine ſolche oder ähnliche Urkunde ans Tageslicht gebracht werden ſollte, ſo würde ich doch nach wie vor der Meinung ſein, daß die juriſtiſche Tragweite des Brüdervergleichs nicht aus irgend einer im

---

[87] Vgl. die Proteſtſchrift § 5.

[88] Bornhak, Thronfolge, S. 27 f. zählt drei Fälle auf, in denen ſich nach dem Brüdervergleich in den Jahren 1770, 1806 und 1837 Bieſterfelder Grafen mit Damen gräflichen oder freiherrlichen Standes verheiratet haben, um daraus mindeſtens eine „Freiinnen-Obſervanz" zu beweiſen. Der oben beſprochene Fall Meinertshagen von 1770 ſollte um ſo weniger zur Demonſtration einer Obſervanz beigezogen werden, als er zeigt, daß ſogar eine Ehe mit einer Dame von neuem Adel im Lippiſchen Hauſe für ebenbürtig gehalten wurde. Sollte aber für die Fälle von 1806 und 1837 der Beweis der opinio necessitatis ſogar erbracht werden können, ſo würde dies doch nicht ins Gewicht fallen können, wenn es ſich, wie hier, um die Frage handelt, ob ſich auf Grund des Brüdervergleichs zwiſchen 1749 und 1803 eine beſtimmte Obſervanz gebildet habe. Für die Zeit nach 1803 ſcheidet das rechtliche Intereſſe an einer ſolchen Obſervanz gänzlich aus, da der Sohn der Modeſte von Unruh mit einer Gräfin Caſtell unbeſtritten ebenbürtig verheiratet war und der Enkel in ausdrücklich konſentierter Ehe mit einer geborenen Reichsgräfin v. Wartensleben ebenbürtig vermählt iſt. S. Urk. 20. Zu vgl. auch Zoepfl, Gutachten, S. 52 f.

Rahmen eines heftigen Familienzwiſts gelegentlich abgegebenen Erklärung, ſondern nur aus dieſem ſelbſt, aus ſeiner Geſchichte und ſeinem Wortlaut, ſowie aus ſpäteren Verträgen oder geſetzgeberiſchen Maßnahmen zu beſtimmen ſei.

Gegenüber allen früheren, gegenwärtigen oder drohenden Künſten der Auslegung giebt es alſo keinen anderen und wirkſameren Schutz, als ſich gelaſſen auf den Beſtand der Quellen ſelbſt zurückzuziehen.

Wenn gemeinhin die „Stifter" der beiden gräflichen Nebenlinien als die Kontrahenten des Brüdervergleichs bezeichnet werden, ſo iſt dies inſofern ungenau, als „Stifter" der Bieſterfelder Linie ſchon Jodocus Hermann von Bieſterfeld, der jüngere Sohn Simons VII., war. Deſſen Sohn Rudolf Ferdinand, Gemahl der Louiſe von Kunowitz, hatte zwei Söhne, von denen der ältere, Friedrich Karl Auguſt, die Bieſterfelder Linie fortſetzte, während der jüngere, Ferdinand Ludwig, der Ahnherr der ſich nunmehr abzweigenden Weißenfelder Linie wurde [89]. Jene Bezeichnung der beiden Brüder als „Stifter der gräflichen Linien" iſt an ſich trotz der genealogiſchen Ungenauigkeit von geringem Belang. Aber ſie hat im Zuſammenhang mit der vorliegenden Streitfrage nachgerade ſymptomatiſche Bedeutung gewonnen. Indem gefliſſentlich als die Kontrahenten des Brüdervergleichs die „Stifter" [90] der beiden gräflichen Linien genannt werden, ſetzt ſich dem Leſer unwillkührlich die Vorſtellung feſt, als ob es ſich bei dieſem Vergleich aus Anlaß der Stiftung zweier neuen Linien um eine Art von grundgeſetzlicher Normierung des Haus- und Familienrechts gehandelt habe. Aber nichts weniger als dies. Der Bieſterfelder Vertrag iſt der Abſchluß jahrelanger brüderlicher Streitigkeiten über die Teilung der väterlichen Erbſchaft. Er iſt vom Anfang bis zum Schluß eine vermögensrechtliche Auseinanderſetzung. Ich habe allen Grund, dies beſonders hervorzuheben. Denn L. hat es eingeführt, einen beſtimmten Satz des Brüdervergleichs aus dem Zuſammenhange des Ganzen herauszunehmen, um mit ſeiner Hülfe die Unebenbürtigkeit der Modeſte von Unruh zu beweiſen. Da aber nicht Alle den Brüdervergleich ſeinem ganzen Inhalte nach kennen, konnte es geſchehen, daß jenes Verfahren immerhin einigen Eindruck hinterlaſſen hat.

Urk. 11. Der Vergleich von 1749 iſt die Ausführung und Ergänzung eines bereits im Jahre 1734 geſchloſſenen Vertrages. Die Brüder leiten ihn folgendermaßen ein: „Demnach am 28. Februar 1734 mit Genehmhaltung und Autorität unſeres Herrn Vaters . . (Rudolf Ferdinand) über unſere anerwartete Elterliche Nachlaſſenſchaft und Güter ein

---

[89] S. Tabelle I.

[90] S. L. II S. 15 ff.

Teilungs- und Abstandsvergleich zwischen uns errichtet und geschlossen, selbiger auch nach hochgedacht unsers Herrn Vaters am 12. Juli 1736[91] erfolgten Ableben größtenteils in seine Erfüllung gebracht und bis hieher demselben nachgelebet, anbey aber wahrgenommen worden, daß in sothanem unsern brüderlichen Vergleich verschiedene Punkte teils übergangen, teils nicht deutlich genug auseinandergesetzet und ausgedrücket seyn, . . . als haben wir uns dieserhalben . . . nachfolgender Gestalt vereinigt und verglichen." Es folgen nun 21 Paragraphen. Ich muß den Leser bitten, die Mühe, sie wenigsstens auszugsweise im Zusammenhange kennen zu lernen, nicht zu scheuen.

§ 1. Ferdinand Ludwig tritt die Aemter Schwalenberg und Oldenburg „zur Vermeidung beschwerlicher Communion oder aus mehrerer Zerteilung besorgten Inconvenienzien" an Friedrich Carl August ab, bekommt dagegen das Haus Weißenfeld und eine jährliche Revenue von 2200 Reichsthalern.

§ 2. Nähere Bestimmung der aus den abgetretenen Paragialgütern dem Grafen Friedrich Carl August zustehenden Vermögensrechte.

§ 3. Nähere Bestimmung der mit dem Hause Weißenfeld verbundenen Güter, Gärten, Teiche ꝛc.

§ 4. Zahlungsmodus der 2200 Reichsthaler an Ferdinand Ludwig und Anspruch desselben auf jährlich zwei gesunde Eichbäume und das nötige Brenn-, Brau- und Backholz.

§ 5. Recht des Hauses Weißenfeld auf Mithude von fünfzehn Stück Rindvieh und fünfzehn Schweinen, Schaafe und Ziegen gänzlich ausgeschlossen.

§ 6. Die von Großvater und Vater herrührenden Vermögensansprüche an das gräfliche Haus Lippe-Detmold werden von Ferdinand Ludwig an Friedrich Carl August cedirt und wird ihm überlassen, diese Ansprüche im Wege des Vergleiches oder des Prozesses zu realisieren.

§ 7. Gelingt die Realisierung dieser Ansprüche im Vergleichs- oder Prozeßwege, so erhält Ferdinand Ludwig weitere 2000 Reichsthaler und „jura paria" für „etwa zu erlangende personelle Commoda und Rechte", insbesondere in Bezug auf die „dos" der Töchter.

§ 8. Vermögensansprüche des Grafen Ferdinand Ludwig für den Fall, daß Friedrich Carl August vor erledigtem Prozeß seine Ansprüche an „einen tertium cediert" oder der Prozeß „wider alles Verhoffen verloren gienge."

§ 9. Bedingungen, unter welchen Ferdinand Ludwig seine Cession (§ 6) widerrufen darf.

---

[91] In der Anm. 89 erwähnten Stammtafel des Freiherrn v. Weyhe-Eimke steht irrtümlich 1726. Vgl. die möglichen Konsequenzen oben S. 7.

§ 10. Der Vergleich von 1749 wie der von 1734 ist „nur auf dasjenige, was wir beyde Gebrüdern von unseres Herrn Vaters und Großherrn Vaters überkommen und ererbt haben, lediglich gerichtet, mithin von andern künftigen Successionsfällen gantz und gar nicht zu verstehen, dergestalt, daß diese beyden Vergleiche in Ansehung solcher künftigen Fälle weder dem einen noch andern Teile praejudicirlich fallen, noch zu einiger Consequentz gereichen, vielmehr jeglichem quaevis jura competentia daran vorbehalten seyn sollen."

§ 11. Ferdinand Ludwig hat seinem Bruder die Paragialgüter „hauptsächlich in der Absicht abgetreten und allein überlassen, damit beschwerliche Communion oder Teilung vermieden werde". Daher soll auch nach „seinem Ableben es bei seinen Descendenten aus dem nemlichen Grunde ebenfalls also gehalten und dem Ältesten nach Ordnung einer Primogenitur alles allein unverteilt verbleiben".

§ 12. Im Fall „einiger Säumung und Nichtzahlung" erhält Graf Ferdinand Ludwig das Recht, „aus den Einkünften der Meyerey Schwalenberg ꝛc." „Sich selbst propria autoritate bezahlt zu machen".

§ 13. Graf Friedrich Carl August übernimmt die Verwahrung der „überkommenen Dokumenten, Acten und Briefschaften".

§ 14. Vereinigung der väterlichen Erbschaft zu einem Fideikommiß. Verpflichtung der Brüder bei Aufnahme von Anlehen sich gegenseitig bis zu 4000 Reichsthalern den Consens nicht zu versagen.

§ 15. „Da nun bey Abgang eines Hauses quoad masculos das succedirende Haus solche etwa vorhandene consentirte Schulden übernehmen und dafür haften muß, so sollen demselben dafür auch alle meliorationes anheim fallen ꝛc."

§ 16. „Alle Permutationes derer unter vorgedachtem Fideikommiß begriffenen Stücke, welche zu des Gesamt-Hauses Besten geschehen könnten, werden mit beyderseits Bewilligung abgehandelt und geschlossen ꝛc."

§ 17. Für den Fall des Aussterbens des Mannsstammes des einen oder andern Hauses sollen, wenn Wittwen oder Töchter daraus vorhanden sind, jenen vom „Successor" je 1000 Reichsthaler nebst freier Wohnung, event. noch 100 Rthlr., an Witthum, einer jeden vorhandenen Comtesse aber 200 Rthlr. an Alimenten entrichtet werden. Nähere Festsetzungen bei Konkurrenz mehrerer Wittwen und Töchter. „Sollte eine Tochter von der quoad masculos ausgestorbenen Linie sich Standesmäßig verehelichen, so zahlet ihr der Successor außer der von den Lippischen Landen zu hoffenden Ehesteuer, überhaupt 1500 Rthlr. zu Kleidung und Schmuck ꝛc."

§ 18. „Was nun Wir beyde Brüder in diesem Vergleich vor uns paſciſciret haben, das alles ist auch von unsern successionsfähigen männlichen Descendenten zu verstehen: und damit auch dieserhalben kein Streit

unter unſern Nachkommen erreget werde, ſo haben wir feſtgeſtellet, daß wenn jemand von unſern Descendenten eine Perſon, welche nicht gräflichen und geringeren als freyherrlichen Standes wäre, ehelichen würde, deſſen und deren Söhne der Succeſſion unfähig ſeyn ſollen". (Soviel vom § 18 pflegt L., I S. 26, II S. 15, als Inhalt des Brüdervergleichs anzugeben.) Der Paragraph fährt fort: „und können dergleichen Töchter oder ſolche Wittben, oder eine gräfliche Tochter, die ſich unſtandesmäßig verheiratet, dasjenige keineswegs fordern, was ſonſten denen Wittben und Töchtern in nächſtvorhergehendem §° auf dort beſchriebenen Fall aſſigniret iſt; ſondern ſolche unſtandesmäßige Wittben, Söhne und Töchter müſſen überhaubt mit geringeren Alimentis nach Zeit und Umſtänden Ihres Vaters und Vettern zufrieden ſeyn".

§ 19. Wittum der Mutter, Gräfin zu Kunowitz.

§ 20. Ordnung der übrigen elterlichen Verlaſſenſchaft und bona allodialia, väterlichen Baarſchaften und activa, eingebrachten mütterlichen Dotal und Paraphernal-Gelder, Forderungen, Schulden ꝛc.

§ 21. Verzicht auf alle Einreden. „Zu Urkund deſſen iſt dieſer Erläuterungs- und Abſtandsvergleich von uns Gebrüdern eigenhändig unterſchrieben".

Ich glaube nun, daß dieſe Überſicht über den Inhalt des Brüdervergleiches doch einen anderen Eindruck hinterlaſſen wird, als derjenige iſt, welcher aus den Phantaſien des Anwalts Merk oder aus der alleinigen Mitteilung des oben bemerkbar gemachten Satzes des § 18 durch L. I u. II gewonnen werden muß. Wer nur dieſen Satz aus einem Vertrag der „Stifter der beiden gräflichen Linien" zu leſen bekommt, muß folgerichtig annehmen, daß es ſich dabei um eine Abmachung über die Succeſſion in der Hauptlinie, um die Thronfolge in die Reichsgrafſchaft Lippe gehandelt habe. Es iſt dem Leſer dann auch weiterhin durchaus nicht befremdlich, daß L. I u. II außerhalb jeden ſachlichen Zuſammenhanges mit dem Inhalte des Brüdervergleiches ein förmliches Syſtem des Lippiſchen Hausrechts über Ebenbürtigkeit konſtruiert. Der Vertrag von 1749 beſtimme hausgeſetzlich für die beiden Linien „die Erforderniſſe der Succeſſionsfähigkeit". Für das Geſamthaus Lippe habe er zwar nicht die Bedeutung eines Hausgeſetzes, da ihm weder die anderen Linien beigetreten ſind, noch er die kaiſerliche Konfirmation erlangt hat. „Wenn dagegen Perſonen in Folge des § 18 von der Zugehörigkeit zu dieſen beiden Linien ausgeſchloſſen wurden, ſo wurden ſie dadurch auch von ſelbſt vom Geſamthauſe ausgeſchloſſen" (L. II S. 16 ff.). „Der Bieſterfelder Vertrag kommt daher für das Verhältnis zu den anderen Linien des Geſamthauſes in negativer Richtung in Betracht, indem Perſonen, die nach § 18 des Vertrages in den gräflichen Linien ſelbſt nicht als ſtandesmäßig und ſucceſſionsfähig gelten können, auch den übrigen Linien des Geſamthauſes gegenüber nicht eben-

bürtige Familiengenoſſen ſein können". „Da nun die Modeſte von Unruh nicht freiherrlichen Standes war, ſo mangelt der geſamten Descendenz derſelben, alſo der ganzen Linie Lippe-Bieſterfeld, die Ebenbürtigkeit und Succeſſionsfähigkeit im Fürſtentum Lippe, ſelbſt wenn man dafür die geringen Erforderniſſe des Bieſterfelder Vertrages von 1749 für genügend erachten wollte" (L. I S. 26 f., 33 f.). Wem ſollte dies ohne ſonſtige Kenntnis des Vertrages nicht einleuchtend ſein? In Wahrheit liegt die Sache anders.

Durch die Primogeniturordnungen war nicht ausgeſchloſſen die Ausſtattung der nachgeborenen Söhne mit gewiſſen Gütern, Aemtern und Landesteilen, nicht ſelten mit untergeordneten Hoheitsrechten verbunden. Dieſe Ausſtattungsform des Paragium im Gegenſatz zur Ausſtattung mit Apanagium, d. h. einer im Mannesſtamm vererblichen Geldrente, war auch im Haus Lippe in Gebrauch. Der jüngere Sohn Simons VII., Jodocus Hermann, deſſen Sohn und Enkel waren bis 1762 im Paragialbeſitz der Aemter Schwalenberg, Oldenburg und anderer Güter. In dieſer Periode des Paragialbeſitzes liegt der Bieſterfelder Vertrag von 1749. Die Brüder verſtändigen ſich darin über die Succeſſion in das Paragium. Der Gegenſtand des Vertragsſchluſſes war ein gänzlich anderer, als derjenige iſt, um welchen es in dem Thronfolgeſtreit ſich handelt. An die Succeſſion in die Regierung des Hauptlandes war dabei überhaupt nicht gedacht, konnte nicht gedacht ſein. Denn ein Vertrag in den Nebenlinien konnte niemals die Rechtswirkung einer autonomiſchen Feſtſetzung der Succeſſionsfähigkeit in der Hauptlinie haben, konnte insbeſondere die Succeſſionsfähigkeit weder an leichtere, noch, wie es in dieſem Fall gegenüber der nachgewieſenen Familienobſervanz geweſen wäre, an ſchwerere Bedingungen knüpfen. Ich muß annehmen, daß, wer an den Brüdervergleich von 1749 ſo ſchwerwiegende und für die erbherrliche Linie Bieſterfeld ſo rechtsnachteilige Folgerungen knüpfen will, ihn doch mindeſtens einmal vollſtändig geleſen haben müſſe. Dann kann aber über die begrenzte Zweckbeſtimmung deſſelben in Wahrheit keine Meinungsverſchiedenheit beſtehen. Es geht nicht an, das Wort „Succeſſion" als Schlagwort herauszugreifen und ihm eine von dem Gegenſtande des Vertragsſchluſſes weit abliegende Bedeutung zuzuſchreiben. So oft das Wort gebraucht wird, (§§ 15. 17. 18) iſt von der Succeſſion in Aemter und Güter die Rede. Davon ausſchließlich und allein. Und damit ja kein Zweifel entſtehe, ſagt § 10 ausdrücklich, daß der Vergleich auf die väterliche Erbſchaft „lediglich gerichtet, mithin von anderen künftigen Succeſſionsfällen ganz und gar nicht zu verſtehen ſei". Als ob der Mißbrauch, welcher gegenwärtig mit dem Vergleich getrieben wird, den Brüdern vorgeſchwebt hätte, verwahren ſie ſich dagegen, daß er „in Anſehung künftiger Fälle dem einen oder anderen Teile präjudizierlich falle oder zu einiger Kon-

ſequenz gereiche". Auch über den Beweggrund für die Vertragsbeſtimmung des § 18 ſprechen ſich die Brüder unzweideutig aus. Durch einige Erſchwerung ſtandesgemäßer Eheſchließung ſoll der weiteren Zerſplitterung des Paragialbeſitzes vorgebeugt und ferner der Kreis der alimentationsberechtigten Wittwen und Töchter beſchränkt werden. Ein einziger Blick auf den Zuſammenhang mit dem vorhergehenden § 17 und in die Schlußworte des § 18 ſelbſt läßt keinen Zweifel über dieſe Abſicht der Kontrahenten entſtehen[92].

Welches war das weitere Schickſal des Paragialbeſitzes der beiden Brüder? Sie haben ihn gänzlich verloren. Am 26. Mai 1762 wurde zwiſchen der regierenden Linie auf der einen, und Friedrich Karl Auguſt Bieſterfeld ſowie Ferdinand Ludwig Weißenfeld auf der anderen Seite der ſogenannte Detmolder Hauptvergleich[93] abgeſchloſſen. Es war der Urk. 12
in § 6 ff. des Brüdervertrags von 1749 bereits in Ausſicht genommene Vergleich. Durch ihn wurden alle Paragialbeſitzungen der beiden gräflichen Nebenlinien an Lippe-Detmold abgetreten und durch eine noch heute zu zahlende Apanage[94], die ſogenannte Lippiſche Rente, erſetzt. Der Paragialbeſitz hatte aufgehört. Ein Objekt der „Succeſſion" war nicht mehr vorhanden. Alle auf die Succeſſion in die Paragialgüter ſich

---

[92] Ich verzeichne mit Genugthuung, daß auch v. Weyhe-Eimke auf das allerbeſtimmteſte dieſe ſchon früher von mir vertretene Anſicht verteidigt. Seine verſchiedenen Äußerungen über den § 18 des Brüdervergleichs ſtelle ich nachfolgend zuſammen. S. 259 „Verſteht ſich der Succeſſion in den Gütern". S. 260 „Darum konnte der Vergleich von 1749 nur ein zwiſchen den Brüdern unter ſich geſchloſſener ſein, um damals die Succeſſion in den Gütern nicht ſo leicht zu zerſplittern, wie ſpäter, wo dieſe in eine Geldrente verwandelt waren. Geſchloſſen alſo ſcheint der Vergleich zu ſein aus Furcht, daß ſolche Ehen überhand nehmen könnten, wodurch das Erbteil des einzelnen natürlich geringer werden müßte". S. 269 „Es iſt nach Vorſtehendem ganz klar, daß damals bei dieſem Vertrage nur die Succeſſion in die Güter, woraus ſpäter die in die Geldrente wurde, gemeint iſt, da dieſer Vergleich unter den Brüdern allein geſchloſſen iſt. Die Succeſſion in die Lande konnte man nicht meinen, da ſonſt der Vertrag vom regierenden Hauſe und den Agnaten hätte beſtätigt und vom Kaiſer confirmirt werden müſſen". S. 271 „Alſo wirklich nur für die neuen Linien galt dieſer Vergleich, in Bezug auf ihre Einkünfte ꝛc." S. 280/81 „Ebenſo verhält es ſich mit dem brüderlichen Vergleich von 1749 zwiſchen den Bieſterfelder und Weißenfelder Grafen, der lediglich Privatſache und vom Kaiſer nicht beſtätigt war. Wenn daher in demſelben der Paſſus vorkommt: „und geringeren als freiherrlichen Standes", ſo kann ſich dies entweder nur auf Heiraten ihrer Linien der Güter wegen, um dieſe nicht zu zerſplittern, beziehen, oder ꝛc." Vgl. ferner noch S. 284/85.

[93] Auch abgedruckt bei Schulze, Hausgeſetze, Bd. II S. 173 ff., nebſt der von den Ständen übernommenen Garantie vom 26. Mai 1762, S. 177 f. Den Brüdervergleich von 1749 hat Schulze nicht aufgenommen. Die ſonſt a. a. O. S. 147 ff. mitgeteilten Hausgeſetze kommen für die vorliegende Streitfrage nicht weiter in Betracht.

[94] Über die Apanage vgl. Schulze, Gutachten, II S. 14. III S. 7. L. I S. 38 ff. Kahl S. 9. Bornhak S. 46 ff.

beziehenden Vereinbarungen waren an und für sich gegenstandslos geworden. Insbesondere hatte die Bestimmung des § 18 über die Voraussetzungen der Successionsfähigkeit Inhalt und Zweck verloren. Damit war auch der Rechtsbestand dieser Vertragsbestimmung entfallen. Oder, wie hätte es geschehen können, daß, nachdem das Paragialverhältnis selbst aufgehört hatte, gleichwohl die Verabredungen über die Succession in das Paragium noch Rechtswirkungen äußerten und sich gewissermaßen stillschweigend auf die Succession in die „Thronfolge" übertrugen?! An und für sich hat diese mystische Transsubstantiationstheorie auf dem Boden des Rechts keine Wahrscheinlichkeit und Gründe für sich. Aber es ist dagegen auch ein beachtenswerthes urkundliches Zeugnis der Grafen selbst anzu-
Urk. 13. führen. Am 25. Mai 1762 wurde ein zweiter Brüdervergleich von ihnen geschlossen. Die Urkunde betitelt sich selbst als „ein bei Gelegenheit des mit dem regierenden Hause Detmold geschlossenen Hauptvergleiches abermalen erachteter brüderlicher Contract und bestimmte Auseinandersetzung." Dieser Vertrag setzte fest, was nach Abschluß des Hauptvergleiches unter den Brüdern und ihren Linien Rechtens sein sollte. Er will den älteren Vertrag nicht „entkräften oder umstoßen", sondern „zur Verhütung von Verdruß oder Uneinigkeit zwischen der beiderseitigen Posterität" ihn „in Conformität mit dem Hauptvergleich" bringen. Aus diesem zweiten Brüdervertrag sind drei Dinge bemerkenswert. 1) Er nennt unter Ziff. 1—5 diejenigen Bestimmungen des Brüdervergleichs von 1749, welche aufrecht erhalten bleiben. Von § 18 ist nicht mehr die Rede. Dagegen kommt er 2) unter Ziff. 6 auf die Succession im Hauptlande zu reden und es wird, während „Wir Gebrüder Grafen zur Lippe die alleinige Succession in die gesammten Lippischen Lande, mit Ausschließung derer Nachgebohrenen von der Erbschaft an Land und Leuten gegen das Regierende Detmoldische Haus bis anhero bestritten haben", nunmehr das „Jus Primogenituraе als ein Grundgesetz des Gräflichen Hauses angenommen". Ich denke, daß die unterschiedliche Weise, in der in dem einen und andern Vergleich von „Succession" die Rede ist, den Unterschied des damit verbundenen Objekts deutlich genug hervortreten läßt. Endlich 3) verspricht darin der Weißenfelder Graf Ferdinand Ludwig „für sich und seine Erben", nach „dereinstigem Abgang des Gräflichen Mannsstamms" der Detmolder Hauptlinie „an Succession in Land und Leute keine Prätensionen machen zu wollen", so lange noch eine „ehelich gräfliche Descendenz" des gräflichen Mannsstammes Biesterfeld vorhanden ist.

Schon der Anwalt Merk war aber der Meinung, daß eben, weil der § 18 des Vergleichs von 1749 in dem von 1762 nicht mehr erwähnt ist, er darum „ganz und um so gewisser konkludent wiederholt mitbestätigt worden"[95]. Und darum schreibt auch L. II. S. 23: „Also trotz des Ver-

[95] S. v. Weyhe-Eimke S. 277.

kaufs(!) des Paragiums gegen eine Geldrente hat der § 18 cit. seine Geltung als „ein unverbrüchliches Hausgesetz“ der beiden Linien behalten, was der Anwalt des Grafen ausdrücklich konstatiert.“ Diese ausdrückliche Konstatierung eines Anwalts genügt L. Ich glaube nicht, daß man sich wissenschaftlich bei der „Konstatierung“ einer doch immer nur einseitigen Prozeßschrift beruhigen darf. Ich glaube, daß man tiefer gehen und nach Zeugnissen aus der Familiengeschichte forschen muß, ob thatsächlich auch nur einer der bisher genannten Brüderverträge als ein „unverbrüchliches Hausgesetz“ über die Erfordernisse der Ebenbürtigkeit betrachtet worden ist.

In dieser Beziehung produziere ich zunächst den „Entwurf zu einem Urk. 14.
Familien-Vertrag des Hauses Lippe“ aus der Zeit zwischen 1784 und 1799. Er lag mir bei meiner Veröffentlichung von 1895 nur auszugsweise und abschriftlich vor. Ich bin nunmehr im Besitze eines Druckexemplars. Er ist von 17 Lippischen Grafen unterschrieben. Darunter befinden sich aus der Zahl der regierenden Herren: Leopold von Detmold; Wilhelm Ernst, der spätere Gemahl der Modeste von Unruh, von Biesterfeld; Ferdinand von Weißenfeld; Georg Wilhelm von Schaumburg-Lippe. Die Herren wollen „die Dunkelheiten der Hausverfassung genau und deutlich auf die Seite räumen“. § 1 des Entwurfes handelt besonders von Austrägalgerichten; § 2 vom Familien-Fideikommiß; § 3 von der Primogenitur (nimmt Bezug auf den Hauptvergleich von 1762, stellt dessen Abmachungen „vorsichtig aufs neue fest, dergestalt, daß auch die Lippe-Schaumburger Linie, als die jüngste des ganzen Hauses, hiernach zu beachten“ und wiederholt, ebenso wie später noch einmal § 8 aus dem Brüdervergleich von 1762, daß nach Erlöschen des Mannsstammes der Detmolder Linie die Biesterfelder den Vorzug habe vor der Weißenfelder); § 4 von Schulden auf die Stamm- und Fideikommißgüter; § 5 von der Ebenbürtigkeit. Es wird als ein Mangel beklagt, daß „alle ältere in unserer Familie errichteten Verträge diesen Punkt mit Stillschweigen übergehen“. „Wir haben daher zu mehrerer Aufnahme des Familienansehens nach reiflich genommener Erwägung der unumgänglichen Notwendigkeit zu sein erachtet, diesen Mangel der Familienverträge in unserm Hause zu ergänzen, und machen von nun an für uns und unsere männliche Descendenz Folgendes zum unverbrüchlichen festen Fundamentalgesetz: Wenn sich einer unseres Mannsstammes in infinitum in den Stand der Ehe begeben will, so soll derselbe besonders darauf Rücksicht nehmen, daß diejenige Person, die er zu heirathen gedenkt, von rittermäßigen und ebenbürtigen Familien aus hohem Adel abstamme, wenigstens von bekannten guten gräflichen Familien, oder doch altadeligen Herkommens sey“. ... „Der in eine dergleichen neu-adliche oder bürgerliche Mißheirat sich einlassende Graf“ behalte zwar persönlich seine Rechte. „Seine Frau aber,

noch deſſen mit ſolch bürgerlicher oder neu-adlicher Ehefrau erzielten Kinder" haben keine Anſprüche. Eine „dergleichen aus bürgerlichem oder neu-adlichen Geſchlecht abſtammende „„unebenbürtige"" Ehefrau Eines unſeres Mannsſtammes und, wiewohl ehelich erzeugten Kinder" ſollen auch niemals Namen und Wappen der Lippiſchen Herrn führen. Die übrigen 13 §§ des Entwurfs betreffen die Apanage, Vormundſchaftsführung, Ausſtattung der Töchter, das Lippe-Brackeſche Familienfideikommiß[96], Familientrauer, Teilnahme der Agnaten am Landtag, Annahme der Fürſtenwürde (mit Beziehung auf die dem Grafen Simon Heinrich Adolf ſchon 1720 gewordene Verleihung durch Karl VI.), Beſchwörung des Familienvertrags u. a. mehr. Der Entwurf iſt nicht Hausgeſetz geworden. Aber es geht mit Sicherheit daraus hervor, daß an der Wende des 19. Jahrhunderts weder im Geſamthaus Lippe noch in einer der Nebenlinien eine hausgeſetzliche Anordnung beſtanden haben kann, welche die Vorausſetzungen der Ebenbürtigkeit und der Succeſſionsfähigkeit in die Regierung des Hauptlandes an ein Mehrerfordernis, als „altadeliges Herkommen" der Frau gebunden hätte. Geſchweige denn, daß für die Zeit der Eheſchließung mit Modeſte von Unruh von irgend einer Beziehung des § 18 des älteren Brüdervergleichs auf die Thronfolge geſprochen werden könnte. Lippiſches Hausrecht und gemeines Privatfürſtenrecht ſtimmen in ihren Ergebniſſen vollkommen überein.

Wie wenig jemals eine Beziehung des Brüdervergleichs auf die Thronfolge zur Anerkennung gelangte, dafür auch noch ein wertvolles Zeugnis aus neuerer Zeit. Es wird ſpäter davon die Rede ſein, daß von neuem im Jahre 1853 ein Lippiſches Hausgeſetz in Vorbereitung war. Aus dieſem Anlaß beantragten die Häupter der erbherrlichen Linien Bieſterfeld und Weißenfeld geradezu die Aufnahme der einſt im § 18 des Vergleichs von 1749 für die Paragialſucceſſion aufgeſtellten Erforderniſſe in das beabſichtigte Hausgeſetz. Aber was geſchah? Der regierende Fürſt ſelbſt lehnte
Urk. 15. dieſen Antrag mittels Handſchreibens vom 10. Mai 1853 in folgenden Worten ab: „Den von Ew. Liebden eröffneten Vorſchlag, jede Ehe von vornherein für unſtandesmäßig zu erklären, wenn nicht die Neuvermählte dem gräflichen oder doch wenigſtens dem freiherrlichen Stande angehöre, habe ich aus mehrfachen Gründen für bedenklich erachten müſſen. Ich bemerke in dieſer Hinſicht nur, daß der freiherrliche Titel häufig auf Uſurpation beruht oder ſich doch nicht urkundlich nachweiſen läßt, und daß es viele Adelsgeſchlechter giebt, welche, was Alter und Familienglanz betrifft, den gräflichen und freiherrlichen Familien, wenngleich ſie keine entſprechenden Titel führen, doch keineswegs nachſtehen. Daneben kommt in Betracht, daß unter den dermaligen Verhältniſſen in Deutſchland es nicht ſchwer

[96] S. darüber Schulze, Gutachten, I S. 8 f., und Text zu Urkk. 32 und 33.

fällt, die Erhebung in den Freiherrn- oder Grafenſtand zu erwirken, wovon noch jüngſt in der Weißenfelder Linie ein Beiſpiel vorgekommen iſt. Ich kann daher den gräflichen oder freiherrlichen Titel nicht als das allein entſcheidende Kriterium betrachten, ſondern muß in jedem einzelnen Falle, mit Berückſichtigung aller in Betracht kommenden Verhältniſſe das Urteil über die Standesmäßigkeit einer Ehe meiner Erwägung und freien Entſchließung vorbehalten."

Die Wahrheit iſt alſo, daß, was die erbherrlichen Linien im Brüdervergleich von 1749 für die Succeſſion in den Paragialbeſitz feſtgeſetzt hatten, vom Haupt der regierenden Linie für die Thronfolge im Fürſtentum ſelbſt ausdrücklich abgelehnt wurde. Es leuchtet Jedem ein, daß weder ein Antrag notwendig, noch eine Ablehnung möglich war, wenn ohnehin ſchon kraft irgend einer Rechtsquelle das Erfordernis „mindeſtens freiherrlichen Standes" für ebenbürtige Eheſchließungen beſtanden hatte. Es hat ſich ein „Hausrecht" dafür, eine „Obſervanz", eine „herrſchende Rechtsüberzeugung" niemals im Lippiſchen Hauſe gebildet.

Bei dieſen Thatſachenergebniſſen halte ich mich der Notwendigkeit enthoben, mich noch theoretiſch mit der Lehre L.s von den „negativen" Wirkungen des Brüdervergleichs auseinanderzuſetzen. Vor der Sprache der Geſchichte ſchweigt die Konſtruktion. Ebenſo darf ich es ablehnen, hiernach eingehender die Behauptung zu widerlegen, daß im § 18 des Brüdervergleichs unter „mindeſtens freiherrlichem Stand" der „alte freie Herrenſtand" verſtanden worden ſei. Es iſt erinnerlich, daß L. als „Thatſache" feſtgeſtellt haben will, daß im Lippiſchen Hauſe auch nicht ein einziger Fall vorgekommen iſt, welcher zum Beweiſe einer Familienobſervanz, daß niederer Adel zur Ebenbürtigkeit genüge, dienen könnte" (II. S. 43). Durch dieſe „Thatſache" ſoll nun „aber auch ein neues Licht auf den § 18 des brüderlichen Vergleichs von 1749" dahin gefallen ſein, „daß unter Perſonen freiherrlichen Standes (das Wort „mindeſtens" läßt L. hier aus) wirkliche freie Herren im Sinne des alten Rechts, Perſonen des Herrenſtandes, alſo des hohen Adels zu verſtehen ſind" (II. S. 44 ff.). Ein neues Licht! Auf X-Strahlen verſtehe ich mich nicht. Aber ſoviel erſehe ich, daß derjenige Apparat, durch welchen allein § 18 des Brüdervergleichs in ſeiner richtigen Beleuchtung zu erkennen iſt, nemlich Eheſchließungspraxis und Hausverträge, alſo Rechtsquellen, dasjenige Bild nicht abwerfen, welches L. von ihm gewonnen zu haben glaubt. Ich habe außerdem vorausgeſetzt, L. ſei nicht unbekannt, daß ſchon um die Mitte des 18. Jahrhunderts es nur noch ganz vereinzelte dem alten Herrenſtande angehörige Freiherrnfamilien gegeben hat. Ich habe auch nicht angenommen, daß die Bieſterfelder und Weißenfelder Grafen die Abſicht gehabt haben ſollen, ihr Geſchlecht, deſſen „Luſtre" ſie nach Merk doch eben durch den Brüdervergleich heben wollten, durch eine derartige Beſchränkung auf den

ſicheren Ausſterbeetat zu bringen. Ich vermag jene Behauptung meines Herrn Gegners überhaupt nicht ernſt zu nehmen. Es gehörte ein hohes Maß von wiſſenſchaftlicher Unbefangenheit und Selbſtverläugnung dazu, ſich für dieſe Anſicht auf die Schrift des Freiherrn Roth von Schreckenſtein „Der Freiherrntitel einſt und jetzt“ (1888) zu berufen. Denn eben dieſe Schrift liefert nahezu auf jeder dritten Seite den Beweis, daß die Grafen der Lippiſchen Nebenlinien bei ihren Beſtimmungen über die Paragialſucceſſion im Jahre 1749 an den „alten freien Herrenſtand“ überhaupt nicht mehr gedacht haben konnten. Die Schrift iſt zu haben bei G. Schenck, Kgl. Hofbuchhändler in Berlin, und führt das Motto: „Potius esse, quam videri“.

Bei allen bisherigen Erörterungen über den Brüdervergleich habe ich einen gegen ſeine Anwendbarkeit vielfach erhobenen Einwand unberückſichtigt gelaſſen. Er ſoll nicht gültig ſein, weil ihm die kaiſerliche Konfirmation fehlte[97]. Ich erhebe dieſen Einwand nicht. Als rein privatrechtlicher Auseinanderſetzungs- und Abſtandsvergleich bedurfte er nach meiner Meinung der kaiſerlichen Beſtätigung nicht. Ob ſie erforderlich geweſen wäre, falls es ſich darin um Beſtimmungen über die Thronfolge gehandelt hätte, iſt ſtreitig. Schon im alten Reiche war die Anſicht weitverbreitet, daß ſolche Verträge nicht zu ihrer Rechtsgültigkeit, ſondern nur zur mehreren Sicherheit die kaiſerliche Beſtätigung erforderten. Auch heute ſind die Meinungen geteilt. Das Reichsgericht[98] nimmt an, daß die zur Zeit des alten Reiches erlaſſenen Hausgeſetze und die Familienverträge oder Teſtamente, in die ſie eingekleidet wurden, einer kaiſerlichen Beſtätigung an ſich nicht bedurften. Ich laſſe die Streitfrage offen, da ohnehin mit höchſter Wahrſcheinlichkeit zu ſagen iſt, daß, wäre der Brüdervergleich von 1749 mit dem Anſpruch, durch ein „unverbrüchliches Hausgeſetz“ die Deſcendenz aus Ehen mit Damen von nicht gräflichem oder mindeſtens freiherrlichem Stande von der Thronfolge auszuſchließen, der kaiſerlichen Beſtätigung unterbreitet worden, dieſe Beſtätigung „ganz und um ſo gewiſſer“ verſagt worden wäre[99]. Überhaupt möchte ich nicht einmal den Verſuch machen, aus formal rechtlichen Gründen die Anwendbarkeit des Brüdervergleichs auf den Lippi-

---

[97] Dieſen Einwand hat ſchon Graf Ludwig Heinrich 1786 erhoben, v. Weyhe-Eimke S. 259.

[98] Erk. v. 19. April 1887 (E. S. Bd. XVIII Nr. 42 S. 202). Erk. v. 4. Febr. 1890 (E. S. Bd. XXVI Nr. 26 S. 158). Etwas abweichend Erk. v. 5. Dez. 1893 (E. S. Bd. XXXII Nr. 38 S. 149 f.). Dazu die Bemerkungen von Gierke in Iherings Jahrbüchern, Bd. XXXV (1895) S. 148 ff., der ſeinerſeits die kaiſerliche Beſtätigung nicht für nötig hielt. A. M. Zoepfl, Mißheiraten, S. 72. Vgl. auch Heffter, Sonderrechte, S. 117.

[99] S. oben Anm. 43.

ſchen Thronfolgeſtreit der Gegenwart zu bekämpfen. Dieſer Einwand würde der Bedeutung der Sache, um welche es ſich hier handelt, nicht entſprechend ſein. Nicht wegen eines rechtlichen Mangels in der Form, ſondern aus einer Fülle von zwingenden ſachlichen Gründen, aus ſeiner Geſchichte, aus ſeinem Inhalt, aus ſeiner Zweckbeſtimmung, aus den Rechtswirkungen des Hauptvergleiches von 1762, aus dem unzweifelhaften Zeugniſſe aller Agnaten, aus ſeiner beſtimmten und ausdrücklichen Ablehnung durch einen regierenden Fürſten, den älteſten Bruder des jetzt regierenden Herrn, iſt es ausgeſchloſſen, den Brüdervergleich von 1749 zu mißbrauchen, um mit ſeiner Hülfe Ebenbürtigkeit und Thronfolgerecht der Grafen zur Lippe-Bieſterfeld abzuthun.

Nach Familienobſervanz und Hausverträgen ſchloß daher Graf Wilhelm Ernſt zur Lippe-Bieſterfeld am 26. Juli 1803 eine ebenbürtige Ehe mit Modeſte von Unruh, Tochter des preußiſchen Generallieutenants Karl Philipp von Unruh und der Henriette Eliſabeth Dorothea von Kameke. Dieſer Überzeugung gab die Fürſtin-Regentin von Lippe-Detmold lebhaften Ausdruck, indem ſie dem Grafen unter dem 10. Auguſt 1803 ſchrieb: „Hochgeborener Graf, Freundlich viel geliebter Herr Vetter! Urk. 16. Euer Liebden ſtatte ich zu Dero Vermählung mit dem Fräulein Modeſte von Unruh meinen teilnehmenden Glückwunſch ab. Möge dieſe Verbindung, lieber Herr Vetter, Ihnen und Ihrer Gemahlin eine dauernde Quelle von Zufriedenheit und beſtändigem Glück gewähren. Meine Freude darüber wird der vollkommenſten freundſchaftlichen Hochachtung gleich ſein, womit ich ſtets verbleibe Euer Liebden dienſtwillige Baſe und Dienerin Pauline, F. z. Lippe, geb. Pz. Anhalt.“ Von dieſer Erklärung wird ſich auch nicht mehr behaupten laſſen, daß ſie unter der irrtümlichen Annahme[100] des freiherrlichen Standes der Modeſte von Unruh abgegeben ſei. Die Fürſtin-Regentin hat die Ehe eines Lippiſchen Agnaten mit einem Fräulein von einfachem altem Adel anerkannt.

b) Hausgeſetzgebung und Anerkennung ſeit 1803.

Ein Hausgeſetz über Ebenbürtigkeit iſt auch nach dem Jahre 1803 in Lippe nicht ergangen. Dagegen wurde durch Deklaration vom 10. Mai 1853 das Erfordernis des fürſtlichen Konſenſes zu Eheſchließungen der Mitglieder des Hauſes eingeführt.

Aus der Vorgeſchichte dieſes Hausgeſetzes iſt zur Klarſtellung ſeiner Veranlaſſung folgendes mitzuteilen. Der Fürſt erforderte aus dem Kabinetsminiſterium ein Gutachten über die Rechtsverhältniſſe der beiden gräflichen Nebenlinien. Dieſes wurde unter dem 18. November 1852 er- Urk. 17.

---

[100] Vgl. Bornhak, Thronfolge, S. 59 f.

ſtattet. Es lautete in ſeinem erſten hierhergehörigen Teile „Die Verhältniſſe im Innern des Hauſes betr.“:

1. „Es beſteht in dem hohen Lippiſchen Hauſe keine Beſtimmung darüber, unter welchen Vorausſetzungen und Bedingungen es den Mitgliedern deſſelben geſtattet iſt, ſich zu vermählen. In den beiden gräflichen Nebenlinien des hochfürſtlichen Hauſes iſt ſelbſt die Einholung des Conſenſes des regierenden Stammhauptes nicht einmal für nötig erachtet worden. Dieſem Umſtande iſt es beizumeſſen, daß ſich beide Nebenlinien, namentlich die Weißenfelder, weit ausgebreitet haben und daß mitunter Ehen eingegangen ſind, von denen es zweifelhaft bleibt, ob ſie als ſtandesmäßig betrachtet werden können.

„Läßt ſich auch dieſem Übelſtande für die verfloſſene Zeit nicht mehr abhelfen, ſo erſcheint es doch ſehr wünſchenswerth, daß demſelben wenigſtens für die Zukunft einigermaßen vorgebeugt werden möge. Zu dem Ende dürfte eine hausgeſetzliche Beſtimmung dahin zu erlaſſen ſein, daß hinführo keine Vermählung eines Mitgliedes des Hochfürſtlichen Lippiſchen Hauſes und ſeiner beiden gräflichen Nebenlinien in Beziehung auf Familienrechte als gültig anerkannt werden würde, wenn nicht zuvor der Conſens des regierenden Stammhauptes dazu eingeholt ſey; daß aber, um dieſen Conſens zu erwirken, ſowohl die Standesmäßigkeit der Ehe, als die Mittel zu einem ſtandesmäßigen Unterhalt glaubhaft nachzuweiſen ſeyen. Den beteiligten Agnaten ſelbſt kann eine ſolche hausgeſetzliche Beſtimmung nur erwünſcht ſein, weil dadurch leichtſinnigen und übereilten Heiraten vorgebeugt wird, welche nur zu geeignet ſind, die Würde und das Anſehen des Geſammthauſes zu compromittiren. Deshalb läßt ſich auch nicht bezweifeln, daß Se. Erlaucht der Herr Graf Julius zur Lippe-Bieſterfeld eine ſolche Maßregel beifällig annehmen wird.

„Es erſcheint nicht nothwendig, den Begriff einer ſtandesmäßigen Ehe von vorneherein ein für allemal feſtzuſetzen, ſondern es kann zum höchſten Ermeſſen des jedesmaligen Familienhauptes und regierenden Landesherrn verſtellt bleiben, ob mit Berückſichtigung aller obwaltenden Verhältniſſe eine beabſichtigte Ehe als eine ſtandesmäßige zu betrachten ſey oder nicht. In den beiden gräflichen Nebenlinien wird ſich zunächſt der Cef der Linie gutachtlich darüber zu äußern haben.

„Zur Erlaſſung einer ſolchen hausgeſetzlichen Beſtimmung ſind Ew. Hochfürſtlichſte Durchlaucht als regierendes Familienhaupt ohne Zweifel befugt. Die Form betreffend, ſo dürfte diejenige einer landesherrlichen Declaration zu wählen ſein, welche durch die Chefs der beiden Nebenlinien Lippe-Bieſterfeld und Weißenfeld den ſämmtlichen Mitgliedern derſelben zur Nachachtung mitzuteilen ſeyn würde. Ein Entwurf dazu wird in der Anlage unterthänigſt vorgelegt, wobei zum höchſtgnaedigen

Ermeſſen verſtellt bleibt, ob derſelbe zuvor Sr. Erlaucht dem Herrn Grafen Julius zur Lippe-Bieſterfeld zur gutachtlichen Äußerung darüber mitgeteilt werden ſoll."

Die Art und Weiſe, in welcher hier Graf Julius, der Sohn des Grafen Wilhelm Ernſt und der Modeſte von Unruh, mehrfach in auszeichnender Weiſe hervorgehoben iſt, läßt mit Beſtimmtheit erkennen, daß jedenfalls in ſeiner Abſtammung das Fürſtliche Kabinetsminiſterium einen Defekt nicht erblickte. Welche Ehen, ſpeziell in der Weißenfelder Linie, der Miniſter im Auge gehabt habe, läßt ſich nicht mehr feſtſtellen. Die Ebenbürtigkeit der Ehe des Grafen Wilhelm Ernſt iſt von keinem zeitgenöſſiſchen Agnaten angezweifelt und nicht nachweislich vor Anfang der 70er Jahre beſtritten worden. Die dem Gutachten entſprechende Deklaration ſelbſt lautet[101]: Urk. 18.

„In den beiden gräflichen Nebenlinien Unſeres Hauſes, nämlich der Lippe-Bieſterfelder und der Lippe-Weißenfelder ſind, nachdem ſich dieſelben weithin verbreitet haben, bei Eingehung von Ehebündniſſen nicht immer die durch Standes- und Familienverhältniſſe gebotenen Rückſichten beachtet worden, weshalb wir uns dringend veranlaßt finden, zur Aufrechterhaltung des Anſehens und der Würde des Hauſes hierin eine Beſchränkung eintreten zu laſſen.

„Wir erklären demnach vermöge des Uns als regierenden Familien- und Stammhaupte zuſtehenden Autonomierechts, daß hinführo jeder Ehe, welche ein Mitglied Unſeres Hauſes eingehen möchte, in Beziehung auf Familienrechte die Anerkennung verſagt werden wird, wenn nicht bei Uns oder Unſern Nachfolgern in der Regierung der Conſens zur Vermählung zuvor nachgeſucht und ausgewirkt worden iſt.

„Das Geſuch iſt zunächſt bei dem Chef der betreffenden Speziallinie anzubringen, welcher daſſelbe mit Gutachten begleiten und zur höchſten Entſchließung an Uns befördern wird.

„Der Conſens wird nur dann erteilt werden, wenn ſowohl die Standesmäßigkeit der Ehe, als die Mittel zu einem ſtandesmäßigen Unterhalt glaubhaft nachgewieſen worden.

„Dieſe in Kraft eines Hausgeſetzes von Uns erlaſſene Deklaration ſoll unter Unſerer eigenhändigen Unterſchrift und beigedrücktem Regierungsſiegel den Chefs der beiden Nebenlinien, nämlich dem Herrn Grafen Julius zur Lippe-Bieſterfeld und dem Herrn Grafen Guſtav zur Lippe-Weißenfeld mit dem Erſuchen zugefertigt werden, die übrigen Mitglieder ihrer Spezialinien davon zur Nachachtung in Kenntnis zu ſetzen."

Dieſem Erforderniſſe der Erteilung des Ehekonſenſes durch das regierende Familienhaupt iſt, ſoweit die gräfliche Linie Bieſterfeld in Betracht kommt, in vollkommener Weiſe genügt.

[101] Auch abgedruckt bei L. I S. 15.

Der Sohn des Grafen Wilhelm Ernſt und der Modeſte von Unruh, Graf Julius (geb. 1812, geſt. 1884) war bereits ſeit 1839 in unbezweifelt ebenbürtiger Ehe mit Gräfin Adelheid von Caſtell-Caſtell vermählt. Eines fürſtlichen Konſenſes zur Eheſchließung hatte er damals noch nicht bedurft. Denn das Erfordernis der Einwilligung des Familienhauptes iſt nicht gemeinrechtlich und verſteht ſich nicht von ſelbſt[102]. Die Einwilligung iſt nur da notwendig, wo Hausgeſetze oder Obſervanz ſie ausdrücklich fordern[103].

Dagegen erbat und erhielt Graf Julius im Jahre 1868 den fürſtlichen Konſens zur Eheſchließung ſeines Sohnes, des Grafen Ernſt (geb. 1842), des gegenwärtigen Chefs der Bieſterfelder Linie, mit Caroline, geborene Reichsgräfin von Wartensleben.

Urk. 19. Im Anfange eines Privatbriefes vom 4. September 1868 ſchrieb der Fürſt zunächſt:

„Lieber Julius! Ich danke Dir ſehr für Deinen lieben Brief und beeile mich, Dir zu antworten, daß ich keinen Grund ſehe, meinen Conſens zu dieſer Heirat Deines Sohnes nicht zu geben ꝛc.“ In alter Freundſchaft Dein treuer Vetter, gez. Leopold Fürſt zur Lippe.

Urk. 20. Die amtliche Conſenserteilung erfolgte hierauf mittels Urkunde, Detmold den 23. September 1868. Sie lautet:

„Hochgeborner Graf, Freundlich geliebter Vetter! Ew. Liebden haben in dem gefälligen Schreiben vom 11. d. Mts. Mir die Anzeige gemacht, daß Ihr älteſter Sohn, der Graf Ernst Casimir Friedrich Carl Eberhard zur Lippe-Biesterfeld mit der Gräfin Caroline von Wartensleben ſich ehelich zu verbinden beabſichtige.

„Um dem ausgeſprochenen Wunſche zu genügen und in Berückſichtigung, daß Ew. Liebden Ihre Einwilligung zu dieſer Verbindung bereits gegeben haben, nehme Ich nicht Anſtand, Meinen Conſens dazu hierdurch gleichfalls zu ertheilen“. gez. L. F. z. L.

Durch dieſen von dem regierenden Fürſten kraft ſeiner Familiengewalt[104] als Oberhaupt des Lippiſchen Geſamthauſes erteilten Konſens

---

[102] Dies muß L. I nicht gegenwärtig geweſen ſein, als er S. 33 ſchrieb: „Den agnatiſchen Conſens zur Eheſchließung hat Graf Wilhelm Ernſt nicht eingeholt; ob er denſelben nicht für erforderlich hielt oder ob er eine Prüfung der Standesmäßigkeit der Ehe vermeiden wollte, muß dahin geſtellt bleiben.“

[103] Vgl. Schulze, Deutſch. Staatsr., Bd. I S. 216. G. Meyer, Staatsrecht, S. 232 Anm. 7 u. 8 u. die dort Angef.

[104] Da die Erteilung des Konſenſes zur Eheſchließung keine Regierungshandlung iſt, ſo bedarf ſie auch nicht der Gegenzeichnung durch einen verantwortlichen Miniſter. Die Erteilung des Konſenſes wurzelt im fürſtlichen Familienrecht, welches nichts von miniſterieller Gegenzeichnung weiß. Sie iſt ein Ausfluß der Familiengewalt. Allerdings äußert die Erteilung oder Verweigerung des Konſenſes auch einen Einfluß auf die Thronfolge und berührt inſoferne die beſtehende Verfaſſung. Aber

iſt die Ebenbürtigkeit der Ehe des Grafen Ernſt jeder weiteren Anfechtung entzogen[105]. Hat Fürſt Leopold in Anwendung des Hausgeſetzes vom 10. Mai 1853 die Ehe des Grafen Ernſt konſentiert, ſo hat er damit zugleich deſſen und ſeiner Descendenz Succeſſionsfähigkeit in aller Form Rechtens anerkannt.

Über den juriſtiſchen Wert der „Anerkenntniſſe" der Ebenbürtigkeit und Succeſſionsfähigkeit der gräflichen Linie Bieſterfeld hatte ich mich ſchon in meinen Aufſätzen von 1892[106] dahin ausgeſprochen:

„Es beſteht auf dieſem Gebiete eine Anerkennung im Sinne von Heilung der Unebenbürtigkeit, wozu Conſens aller ſucceſſionsberechtigten Agnaten erforderlich iſt. Dieſe Anerkennung iſt ein „Rechtsact" und muß „in der bewußten Abſicht vorgenommen werden, die ihr eigenthümlichen Rechtswirkungen hervorzubringen" (L. I S. 64). Eine Anerkennung in dieſem Sinne iſt allerdings niemals erfolgt und konnte nie erfolgen. Denn zu einer ſolchen lag ein Anlaß niemals vor, da 50 Jahre lang nicht eine Anzweiflung der Ebenbürtigkeit der Ehe und der Succeſſionsfähigkeit ihrer Deſcendenz geſchehen war. Was allein nach Lage der Sache möglich war und gefordert werden kann, iſt Anerkennung im Sinne von Zeugniſſen des in der Familie ſelbſt vorhandenen Rechtsbewußtſeins über die Ebenbürtigkeit dieſer Ehe. Solche Zeugniſſe liegen in Fülle vor. Sie würden bei der vorhandenen Rechtslage nicht nothwendig ſein, erſt das Succeſſionsrecht der Bieſterfelder Linie zu erweiſen, wie ſie andrerſeits für ſich allein auch nicht im Stande wären, den mangelnden Beweis deſſelben zu erſetzen. Aber für den erbrachten Beweis ſind ſie beachtenswerthe Unterſtützungspunkte".

Veranlaßt durch die Ausführungen Bornhaks[107] habe ich im gleichen Sinne im Jahre 1895[108] mich dahin geäußert:

„Ein Anerkenntniß im Sinne von Heilung, ein dispoſitives oder verfügendes Anerkenntniß, welches allein rechtliche Bedeutung haben könnte,

---

dieſe kraft objektiven Rechts an die Bethätigung der Familiengewalt des Staatsoberhaupts geknüpfte Wirkung verändert nicht die rechtliche Natur der Konſenserteilung ſelbſt. Die Lippiſche Verfaſſung von 1836 (ſ. u. S. 79) enthält über das Familienrecht des landesherrlichen Hauſes keine andere Beſtimmung, als daß „die in den Hausverträgen begründeten Rechte der Erbherrlichen Linien unverändert bewahrt bleiben" (I § 5, 3). Weder aus der allgemein konſtitutionellen Theorie, noch aus der Lippiſchen Verfaſſung ließe ſich alſo eine Beſchränkung des Landesherrn, wonach er bei Erteilung des Eheſchließungskonſenſes an Mitglieder des Hauſes miniſterieller Mitwirkung bedürfte, ableiten.

[105] Hiernach berichtigen ſich die Ausführungen von v. Weyhe-Eimke S. 290. Vgl. hiezu auch Zoepfl, Gutachten, S. 78 f.

[106] Sonderausgabe S. 32.

[107] Thronfolge S. 58 ff.

[108] Nationalzeitung vom 5. Mai, Nr. 289.

iſt niemals erfolgt. Es konnte nicht erfolgen, weil niemals ein Zweifel über die Ebenbürtigkeit der in Frage ſtehenden Ehe vorhanden war. Alle ſogenannten Anerkenntniſſe, welche überhaupt erfolgt ſind, waren lediglich Beweisanerkenntniſſe einer vorhandenen Rechtsanſchauung des Anerkennenden über die Ebenbürtigkeit derjenigen Ehen, auf welche ſie ſich beziehen. Die mangelnde Thatſache der Ebenbürtigkeit ſelbſt konnten ſie nie erſetzen. Daher iſt auch die feine Unterſcheidung Bornhaks, ob die „Anerkenntniſſe" im „thatſächlichen Irrthum" über den freiherrlichen Stand der Modeſte von Unruh abgegeben wurden, oder nicht, für die rechtliche Würdigung der Sache gänzlich ohne Belang. Rechtliche Wirkungen konnten ſie als bloße Beweisanerkenntniſſe weder mit noch ohne Irrthum, konnten ſie überhaupt nicht hervorbringen. Damit iſt der juriſtiſche Werth dieſer ſo breit behandelten Frage auf ſeinen wahren Stand, nämlich auf den Nullpunkt, reduzirt. Daß alle dieſe Zeugniſſe „immerhin werthvoll" ſind, bleibt beſtehen. Sie haben ſymptomatiſchen Werth".

Darauf hat L. II S. 29 f. repliziert:

„Dieſe Erleuchtung iſt Kahl ſpät gekommen, aber es iſt erfreulich, daß ſie ihm überhaupt gekommen iſt, und damit ſie ihm nicht etwa wieder verloren geht oder in Ermangelung anderer Gründe dieſe ſogen. Anerkennungen doch wieder hervorgeholt werden, iſt es nützlich, ſie hier feſtzunageln".

Einem ſolchen Verfahren gegenüber habe ich mich ſchlüſſig gemacht, gleichwohl noch einmal auf die Anerkennungen zurückzugreifen. Und zwar in der Art, daß ich mich darauf beſchränke, einige Thatſachen von Erheblichkeit zu regiſtrieren und urkundlich zu belegen. Ihren Wert oder Unwert für die Beurteilung des Thronfolgeſtreits zu beſtimmen, ſtelle ich dem Richter anheim. Den Leſer aber wird es freuen, inmitten ernſter Dinge auch dem heitern Spiel des Zufalls zu begegnen.

Urk. 21. 1) Nachdem im Jahre 1833 von dem Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten in Berlin die Erklärung abgegeben war, „daß die Mitglieder des Gräflich Lippe-Bieſterfeldiſchen Hauſes der Militärpflichtigkeit nicht unterworfen ſeien", und hiernach weitere Schritte zur Erlangung eines ſtandesmäßigen Rechtszuſtandes in Preußen beabſichtigt wurden, war es der regierende Fürſt von Lippe, Paul Alexander Leopold, welcher den Grafen Wilhelm Ernſt, den Gemahl der Modeſte von Unruh,

Urk. 22. mittels Schreibens vom 9. Juli aufforderte, ſich unmittelbar an Se. Majeſtät den König Friedrich Wilhelm III. zu wenden. Er bot ihm ſeine, auch wirklich gewährte Verwendung auf diplomatiſchem Wege an und bezeichnete ſelbſt ausdrücklich das rechtliche Fundament der gräflichen Anſprüche mit den Worten:

„Sie werden ſich darin, hochgeehrteſter Herr Vetter, auf den Grundſatz ſtützen müſſen, daß Ihnen und Ihrem Herrn Bruder, als Mit-

gliedern eines ſouveränen Fürſtenhauſes und nahen Agnaten des regierenden Stamm- und Landesherrn, eine vorzügliche Berückſichtigung gebühre, und daß Sie, was Standes- und Rangverhältniſſe anbelangt, mit den mediatiſirten vormaligen Reichsſtänden wenigſtens auf gleiche Linie zu ſtellen ſeien".

In der hierauf an den König gerichteten Eingabe iſt nach voraus- Urk. 23.
gegangener Prüfung und mit ausdrücklicher Zuſtimmung des regierenden Fürſten geſagt:

„Die Grafen und Edlen Herren zur Lippe-Bieſterfeld ſind die nächſten Glieder des ſouveränen Hauſes zur Lippe und Agnaten des regierenden Stammes- und Landesherrn. Sie nehmen als ſolche an den Fürſtlich Lippeſchen Familiengeſetzen, an dem Range und Stande des regierenden Lippeſchen Hauſes, ſowie an Namen, Stamm- und Thronfolge deſſelben vollen Anteil".

Hierauf ergieng die Königliche Kabinetsordre vom 11. März 1835: Urk. 24.

„Hochgeborene, beſonders liebe Herren Grafen! Ich habe Ihr Geſuch, die Vorrechte der in Meinen Staaten wohnenden Mitglieder Ihres Hauſes betreffend, einer eingehenden Prüfung unterworfen, und erwiedere Ihnen in Folge derſelben, daß die geſetzlichen Beſtimmungen über die Verhältniſſe der in meinen Staaten angeſeſſenen vormals reichsſtändiſchen Familien auf Sie keine Anwendung finden, da dieſe Beſtimmungen von dem Beſitz eines vormals reichsunmittelbaren, jetzt ſtandesherrlichen Landesgebiets abhängig ſind, Sie aber ein ſolches im Umfang Meiner Monarchie nicht beſitzen.

„Dagegen werden Ihnen, als Mitgliedern eines regierenden zum Deutſchen Bunde gehörigen Hauſes diejenigen perſönlichen Vorrechte und Exemtionen nicht verſagt werden, welche denjenigen Mitgliedern der übrigen deutſchen Regentenhäuſer, die einen beſtändigen Wohnſitz in Meinen Staaten genommen haben, eingeräumt ſind, weßhalb keine perſönlichen Leiſtungen von Ihnen und den Mitgliedern Ihrer Familie gefordert werden, wie Sie denn von der Militärpflicht, mithin auch vom Landſturm bereits entbunden ſind, und der Juſtizminiſter von mir angewieſen worden iſt, wegen Ihrer Entbindung von der Teilnahme an den Geſchworenengerichten das Erforderliche zu verfügen ꝛc. Ich bin der Herren Grafen Wohlgeneigter Friedrich Wilhelm."

2) Die Lippiſche Verfaſſungsurkunde vom 6. Juli 1836 109 enthält in Tit. I § 5 Abſ. 3 die Beſtimmung:

„Das pactum unionis, das pactum tutorium und die Hofgerichtsordnung werden ausdrücklich von Uns beſtätigt, ſowie auch die in den Hausverträgen begründeten Rechte der Erbherrlichen Linien unverändert bewahrt bleiben".

L. I S. 64 ff. ſagt, „Dieſe Worte haben, wie ſich aus ihrem Zuſammenhang und Urſprung in völlig zweifelloſer Weiſe ergiebt, nicht die mindeſte Beziehung auf die Thronfolge im Fürſtentum". Die von ihm a. a. O. S. 67 über den „Urſprung" dieſer Beſtimmung gemachten Mitteilungen ſind aber unvollſtändig. Er weiß nur mitzuteilen, daß zwei Anträge des Grafen Wilhelm Ernſt zu § 5 des Verfaſſungsentwurfes betr. die Comteſſenſteuer und eine Virilſtimme im erſten Stande des Landtags abgelehnt wurden. Er teilt aber nicht mit, oder weiß nicht mitzuteilen, daß die entſcheidenden Schlußworte „ſowie auch die in den Hausverträgen begründeten Rechte der Erbherrlichen Linien unverändert bewahrt bleiben" eben auf einem Antrag des Grafen Wilhelm Ernſt beruhen und erſt auf Grund dieſes Antrages in die Verfaſſung
Urk. 25. eingefügt worden ſind. Die zur Sache gehörigen Urkunden lauten:

a) An getreue Stände von der Ritterſchaft und den Städten.

„Des Herrn Grafen Ernſt zur Lippe-Biesterfeld Liebden haben bei Uns in Antrag gebracht, daß am Schluſſe des § 5 der landſtändiſchen Verfaſſungsurkunde nach den Worten „werden ausdrücklich von Uns beſtätigt" folgender Zuſatz inſeriert werde:

„ſowie auch die in den Hausverträgen begründeten Rechte der Erbherrlichen Linien unverändert bewahrt bleiben."

„Da die Aufnahme dieſes Zuſatzes in die Urkunde unbedenklich erſcheint, ſo wollen Wir darüber dem wohlerwogenen Gutachten getreuer Stände von Ritterſchaft und Städten entgegenſehen."

Detmold, den 30. Juni 1836.

gez. Leopold, F. z. L.

b) An Serenissimi Regentis hochfürſtliche Durchlaucht.

Nach dem Eingang ähnlich wie oben:

„Das hierüber erforderte wohlerwogene Gutachten wird, nach deshalb gepflogener Deliberation von den Ständen dahin unterthänigſt abgegeben:

„daß ſie die Aufnahme dieſes Zuſatzes in die Verfaſſungsurkunde für ganz unbedenklich halten."

Detmold, den 2. Juli 1836.

gez. Treugehorſamſte Stände v. R. u. St.

Wenn der Chef der nächſtberechtigten erbherrlichen Linie die Aufnahme dieſes Paſſus in die Verfaſſungsurkunde ſelbſt und ſeinerſeits beantragt hat, ſo darf als ſicher und beſtimmt angenommen werden, daß dies nur in der Abſicht einer feierlichen Verwahrung der in den Hausverträgen, ſpeziell im Hauptvergleich von 1762 begründeten Succeſſionsrechte geſchehen iſt. Dann läßt ſich ein logiſcher „Zuſammenhang" mit den vorhergehenden Beſtimmungen des § 5 überhaupt nicht konſtruieren,

---

[109] Stoerk, Handb. d. deutſch. Verf., S. 564.

ſondern der Zuſatz hat ſeine Bedeutung für ſich. Und wenn nun übereinſtimmend Landesherr und Landtag die Aufnahme des Zuſatzes in dieſem Sinn für „unbedenklich", für „ganz unbedenklich" erklären, ſo iſt dies ein Beweis, daß man jedenfalls damals die Descendenz des Grafen Wilhelm Ernſt als ſucceſſionsfähig anerkannt hat[110]. Hätte auch nur der geringſte Zweifel an der Ebenbürtigkeit der Ehe gerade dieſes Grafen beſtanden, ſo war die Aufnahme des Vorbehalts in ſolcher Form und ohne jede Bemängelung ausgeſchloſſen.

Auf dieſem Vorbehalt beruhte auch die Fortdauer des erbherrlichen Rechts auf Beſchickung der Landtage. Beſchickung der Landtage und Succeſſionsberechtigung waren in § 5 des Hausvertrags von 1762 mit einander verbunden: „Wie es übrigens bei .. der Succeſſionsordnung juxta leges fundamentales des gräflich Lippiſchen Hauſes ſchlechterdings ſein Verbleiben hat und dem ... Herrn Graf zur Lippe-Bieſterfeld oder deſſen ehelichen männlichen Descendenten .. die Beſchickung des Landtags als Erbherrn billiger und anbegehrtermaßen zugeſtanden wird." Das auf der Vorausſetzung des Succeſſionsrechts beruhende Recht zur Beſchickung der Landtage wurde nach der Verfaſſung 40 Jahre lang ununterbrochen, und zuletzt noch durch Schreiben des Fürſten Woldemar an den Grafen Julius vom 20. April 1876 „Indem Ew. Liebden Ich zur verfaſſungsmäßigen Teilnahme an dieſem Landtage hiermit einzuladen nicht verfehle", im vollen Umfange anerkannt. Erſt als Folgeerſcheinung des ausgebrochenen Familienkonflikts wurde ſeit dieſer Zeit durch Eigenmacht des Fürſten das Recht mehr und mehr abgeſchwächt und zuletzt auf eine Zuſendung der Landtags-Propoſitionen und Verhandlungen reduziert[111]. Daraus kann aber den Grafen kein nachteiliges Präjudiz erwachſen. Denn Graf Ernſt zur Lippe-Bieſterfeld hat am 30. November 1884 eine „Rechtsverwahrung gegen die neuerdings unterlaſſene Einladung zur Beſchickung des Landtags des Fürſtenthums Lippe" eingelegt und darin den Zuſammenhang dieſes Rechts mit den unbeſtreitbaren Succeſſionsrechten nachgewieſen.

Urk. 26.

Urk. 27.

3) Im Jahre 1844 wurde dem Grafen Julius und demnächſt dem „jedesmaligen Senior der Lippe-Bieſterfelder Speziallinie" das Prädikat „Erlaucht" und damit diejenige Titulatur verliehen, welche von der Deutſchen Bundesverſammlung den Häuptern der gräflichen ſtandesherrlichen Familien notoriſch und ausdrücklich beigelegt worden war, „um denſelben einen ihrer Ebenbürtigkeit mit den ſouveränen Häuſern angemeſſenen Rang und Titel zu gewähren"[112]. Die auf die Prädikatsverleihung bezüglichen drei Urkunden lauten:

Urk. 28.

[110] Vgl. auch Bornhak, Thronfolge, S. 44 f.

[111] Näher ausgeführt in meiner Schrift von 1892, S. 10—14.

[112] Bundesbeſchluß vom 13. Februar 1829 vgl. mit Bundesbeſchluß vom 18. Au-

a) Hochgeborener Graf, Freundlich geliebter Herr Vetter!

„Nachdem ich für angemeſſen erachtet habe, Ew. Liebden über das Ihnen beigelegte Prädikat „Erlaucht" eine förmliche Urkunde zugehen zu laſſen, ſo gereicht es mir zum Vergnügen, Ihnen ſolche hierneben überreichen zu können, indem ich wünſche, daß Sie hierin einen Beweis der Ihnen gewidmeten freundvetterlichen Geſinnungen erblicken mögen. Nachrichtlich bemerke ich, daß dieſe Praedikatsverleihung, damit ihr die Anerkennung ſeitens der Königlich Preußiſchen Behörden nicht entſtehe, dem Königlichen Miniſterio der Auswärtigen Angelegenheiten zu Berlin notifiziert worden iſt. Mit Vergnügen ꝛc.

Detmold, 27. Auguſt 1844.

gez. Leopold, F. z. L.

b) Von Gottes Gnaden Wir Paul Alexander Leopold ꝛc.

„Urkunden hiermit, daß Wir Unſerm freundlich geliebten Vetter, dem Herrn Grafen Julius zur Lippe-Bieſterfeld, Senior der Lippe-Bieſterfelder Speciallinie, das Prädikat „Erlaucht" verliehen, auch die Bekanntmachung dieſer Prädikats-Verleihung durch das Regierungsblatt verfügt haben. Urkundlich Unſerer eigenhändigen Unterſchrift und des beigedruckten Regierungsſiegels.

Detmold, 27. Auguſt 1844.

gez. Leopold, F. z. L.

c) Hochgeborener Graf, Freundlich geliebter Herr Vetter!

„In Beantwortung des gefälligen Schreibens vom 16. v. M. beehre Ich mich, ergebenſt zu eröffnen, wie der von Ew. Liebden vorgetragene Wunſch mit Meinen Abſichten in vollkommenem Einklange ſteht. Es iſt nämlich meine Willensmeinung, daß der jedesmalige Senior der Lippe-Bieſterfelder Speciallinie das Prädikat „Erlaucht" führen ſolle, und gereicht es mir zum Vergnügen, die von Ew. Liebden in dieſer Hinſicht geäußerten Zweifel durch gegenwärtige Erklärung beſeitigen zu können. Ich erneuere ꝛc.

Detmold, 1. Oktober 1844.

gez. Leopold, F. z. L.

In Beziehung auf dieſes Prädikat bemerkt L. I. S. 49: „Eine ausdrückliche Anerkennung deſſelben durch die Preußiſche Regierung iſt aber trotz vielfacher Bemühungen niemals zu erlangen geweſen." Es wäre billig und gerecht geweſen, auch den Grund der nicht erreichten ausdrücklichen Anerkennung dem Leſer zu offenbaren. Denn anderenfalls mußte in ihm aus dem Zuſammenhange des Ganzen die Vorſtellung und der Verdacht entſtehen, daß der Zurückhaltung der preußiſchen Staatsregierung die man-

---

guſt 1825; in G. v. Meyer, Corp. Iur. Confoederationis Germ. (3. Aufl. 1859), Bd. II S. 211 vgl. m. S. 177.

gelnde Anerkennung der Ebenbürtigkeit zu Grunde gelegen habe. Dagegen wurde dem Grafen Julius in der Entschließung des Königlich Preußischen Staats-Ministeriums vom 30. März 1847 im Allerhöchsten Urk. 29.
Auftrage eröffnet:

„Daß Se. Königliche Majestät mit Rücksicht auf die freundschaftlichen Verhältnisse zu dem Fürstlich Lippeschen Hause jener, Ew. Hochgeboren sowie dem jedesmaligen Senior der Lippe-Biesterfelder Speziallinie zu Theil gewordenen Prädikats „Erlaucht" Verleihung die gewünschte Anerkennung für Allerhöchst Deren Staaten zu gewähren nicht Anstand nehmen würden, wenn diese Anerkennung nicht darin noch ein Hindernis fände, daß auch die Frage wegen einer weiteren Ausdehnung des Praedikats „Erlaucht" zu Gunsten der ehemaligen reichsgräflichen Häuser noch der Regulierung bedarf und Allerhöchstdieselben diese letztere von der Anerkennung für den vorliegenden Fall nicht zu trennen vermögen".

Der Gedanke einer solchen Ausdehnung auf die Mitglieder mediatisierter gräflicher Familien, damals angeregt durch die zahlreichen Prädikatsverleihungen in mehreren souveränen Häusern, wurde nicht realisiert. In diesem seltsamen Zusammenhange blieb die Frage auch für die Grafen zur Lippe-Biesterfeld unerledigt, wiewohl sie nicht Mitglieder eines mediatisierten, sondern nach dem eigenen Anerkenntnisse Fr. Wilhelms III. „Mitglieder eines souveränen deutschen Fürstenhauses" sind. Durch Immediateingabe des Grafen Julius vom 24. Mai 1876 wurde das Gesuch Urk. 30.
unter ausführlicher Begründung erneuert. Se. Majestät der Kaiser und König antwortete hierauf unterm 17. Oktober 1877, daß er es sich „ver- Urk. 31.
sagen müsse, demselben zu willfahren, da die Anerkennung dieses Ehrenrechtes von der bisher noch nicht entschiedenen Frage abhängig ist, ob und in welchem Umfange das Prädikat „Erlaucht" den vormals reichsgräflichen Häusern zuzugestehen sei".

4) Im Jahre 1848 wurde vom Fürsten Georg Wilhelm zu Schaumburg-Lippe der Gräfin Pauline Louise Modeste zur Lippe-Biesterfeld die von ihm in specie an den Nachweis der Ebenbürtigkeit geknüpfte Präbende aus dem Lippe-Brakeschen Familienfideikommiß verliehen. Die hierauf bezüglichen Urkunden lauten: Urk. 32.

a) „Hochgeborene Gräfin! Bevor ich auf Ew. Hochgeboren Bewerbung um die durch den Tod meiner Frau Schwester, der Prinzessin Caroline Louise zu Schaumburg-Lippe Liebden vakant gewordene Präbende der Gräflich Augustinischen Fideikommiß-Stiftung zu beschließen vermag, sehe ich mich im Hinblick auf die Bestimmungen in den §§ 3 und 4 des vom Fideikommißstifter am 23. Mai 1696 errichteten Testamentes und im § 10 des zwischen sämmtlichen Linien des Lippischen Hauses am 11/17. April 1794 errichteteten Hauptvergleichs genötigt, Ew. Hochgeboren um

gefällige Darlegung Ihres Succeſſionsrechts in die Fideikommiß-Präbende durch Nachweiſung Ihrer Ebenbürtigkeit zu erſuchen. Der gefälligen Vorlage der desfallſigen Urkunden und ſonſtigen Beweismittel entgegenſehend, behalte ich mir die Beſchlußnahme auf Ihr Geſuch vor und beharre ꝛc.

Bückeburg, 17. Auguſt 1847. gez. Georg Wilhelm,
F. z. Sch.-L.

Urk. 33. b) „Hochgeborene Frau Gräfin! Ew. Hochgeboren erwiedere ich auf Ihr gefälliges Schreiben vom 8. d. Mts., daß ich keinen Anſtand finde, Ihnen die vakante Präbende des Gräflich Auguſtiniſchen Fideicommiſſes unter Vorbehalt der noch zu beſchaffenden Nachweiſung Ihrer mütterlichen Abſtammung aus dem alten Märkiſchen Adelsgeſchlechte von Sobbe nunmehr auch Meinerſeits zu conferiren und demzufolge die Direktorial-Anweiſung an den Fideikommiß-Rendanten wegen Ausfertigung der Collations-Urkunde heute vollzogen habe. Gleichzeitig habe ich an des regierenden Fürſten zu Lippe-Detmold Liebden als Condirektor des Inſtituts die Propoſition gelangen laſſen, daß Ew. Hochgeboren ſchon vom 1. Januar des verfloſſenen Jahres 1847 an in den Genuß der Präbende geſetzt werden. Ich beharre ꝛc.

Bückeburg, 30. März 1848. gez. Georg Wilhelm,
F. z. Sch.-L.

Der Vorbehalt des noch zu beſchaffenden Nachweiſes der mütterlichen Abſtammung war eine Formalität. Denn die Bittſtellerin war die Tochter der mit dem Grafen Johann Carl von Lippe-Bieſterfeld vermählten Bernhardine Freiin von Sobbe. Johann Carl aber war der jüngere Bruder des Grafen Wilhelm Ernſt, beide Söhne des Grafen Carl Ernſt Caſimir. Gräfin Pauline Louiſe Modeſte zur Lippe-Bieſterfeld hat die auf Grund des Nachweiſes ihrer Ebenbürtigkeit ihr verliehene Präbende bis zu ihrem im Jahre 1888 erfolgten Tod genoſſen.

Außerdem war auch die Gräfin Mathilde, Tochter der Modeſte von Unruh und Schweſter des Grafen Julius, in ihren letzten Lebensjahren († 1878) im Genuß dieſer, das ausdrückliche Anerkenntnis der ebenbürtigen Abſtammung vorausſetzenden Präbende.

5) Durch Vertrag vom 17. Mai 1850 wurde der Detmoldſche Anteil der Stadt Lippſtadt an die Krone Preußen veräußert. Die fürſtlich Schaumburgiſche Regierung proteſtirte am 23. Januar 1851 gegen die Verſchleuderung von Stammgut und forderte auch den Grafen Julius zur Lippe-Bieſterfeld als „Lippiſchen Agnaten" am 29. Mai 1851 zur Rechtsverwahrung auf. Der Graf bedankte ſich und erhob ebenfalls Proteſt.

Urk. 34. Inzwiſchen erhielt aber ſchon unterm 4. März 1851 die Fürſtlich Schaumburgiſche Regierung von der fürſtlich Lippiſchen Regierung in Detmold den Beſcheid: . . „und werden daher Se. Durchlaucht der regierende

Fürſt zu Schaumburg-Lippe um ſo mehr geneigt ſein, ſich dabei zu beruhigen, weil Ihnen ohnehin einige 30 Lippiſche Agnaten in der Succeſſion des hieſigen Landes vorgehen, welche, wenn dazu überall Grund vorhanden wäre, ſich weit eher zur Einlegung eines Proteſtes veranlaßt finden könnten."

6) Im Jahre 1855 wurden die Verhandlungen über eine umfaſſende Hausgeſetzgebung, deren Anfang ſchon in der Deklaration vom 10. Mai 1853 gelegen war, wieder aufgenommen. Über die dabei zu Tage getretenen Anſichten und Abſichten giebt den zuverläſſigſten Aufſchluß das Protokoll, welches in Gegenwart des Fürſten Leopold und der Grafen Julius, Leopold und Conſtantin zur Feſtſtellung der Präliminarpunkte am 25. Juni 1855 in Detmold aufgenommen worden iſt. Zur Befeſti- Urk. 35.
gung der ſtaatsrechtlichen Stellung des Geſamthauſes ſoll die Anerkennung nicht nur des regierenden Fürſten als Familienhaupts, ſondern auch der Mitglieder der gräflichen Linien in ihrer Eigenſchaft als Zugehöriger eines ſouveränen deutſchen Fürſtenhauſes ausdrücklich feſtgeſtellt werden. Das Erfordernis des fürſtlichen Konſenſes zu Eheſchließungen wird wiederholt. Es werden Beſtimmungen über das Prädikat „Erlaucht", über die Stellung der Stammesälteſten, die Bildung eines Familienrats, das Hausfideikommißvermögen und Verwandtes getroffen. Die Reviſion der beſtehenden Hausverträge der Haupt- und Nebenlinie wird in Ausſicht genommen und der Fürſt verpflichtet ſich, die erforderliche Einleitung zu treffen, daß die hausgeſetzlichen Prärogativen auch in den übrigen Bundesſtaaten die erforderliche Anerkennung erhalten und den Familiengliedern mindeſtens die in A. 14 der Bundesakte den Mediatiſierten zugeſicherten Vorzüge zugeſtanden werden. Das nach Maßgabe der Präliminarverabredungen entworfene Hausgeſetz ſoll den Chefs der Nebenlinien zur Prüfung und Monierung vorgelegt werden.

Der Miniſter Hannibal Fiſcher wurde beauftragt, auf dieſen Grundlagen einen Hausgeſetzentwurf auszuarbeiten. Aber ſchon im Juli 1855 trat ein Miniſterwechſel ein. Von dem Hausgeſetz iſt zunächſt nicht weiter amtlich die Rede. Nur in einem Privatbrief des Fürſten Leopold an den Grafen Julius vom 22. Januar 1856 findet ſich noch die Stelle: „Was Urk. 36.
unſere Hausgeſetz-Angelegenheit anbetrifft, ſo ſoll ſie, ſobald es die dringendſten Geſchäfte erlauben, vorgenommen werden." Endlich beabſichtigten die Grafen im Mai 1858, einen Familienkongreß zuſammenzube- Urk. 37.
rufen, um die Ausführung des Protokolls vom 25. Juni 1855 zu betreiben. Ob es dazu gekommen iſt, laſſen die Akten nicht erkennen.

Da Mitglieder ſucceſſionsunfähig gewordener Linien eines regierenden Hauſes niemals zur Mitwirkung bei Akten der Familienautonomie zugezogen werden können, ſo wird die Zuziehung des Grafen Julius zu den Konferenzen über die Errichtung eines Hausgeſetzes als ein hervor-

ragendes Beweisanerkenntnis seiner Ebenbürtigkeit und Succeſſionsfähigkeit immerhin gelten dürfen.

Zugleich werden wohl alle bisher mitgeteilten Thatsachen den Beweis erbracht haben, daß gerade Graf Julius keinerlei Veranlaſſung hatte, an seinem Rechte zu zweifeln. Gleichwohl will ihm L. den guten Glauben abſprechen. Der Vorwurf dieſer mangelnden bona fides überträgt ſich dann weiter auf den Sohn, auf den gegenwärtigen Chef des Bieſterfelder Hauſes, den Grafen Ernſt. Schon in dem Gutachten von 1891 hatte L. eine Behauptung aufgeſtellt, welche den Vorwurf in ſich ſchloß, daß die Grafen ihre Succeſſionsanſprüche mit dem Bewußtſein mangelnder Succeſſionsfähigkeit erhoben haben und weiter betreiben. In der Replik kehren ſolche Vorwürfe verſtärkt wieder. Die Sache darf nicht auf ſich beruhen. Nicht um der Ehrenrettung der Grafen willen, welche es ablehnen würden, gegen derartige Verdächtigungen verteidigt zu werden. Vielmehr muß ich hier zum Schluß auf dieſe Sache eingehen, um an einem hervorragenden Beiſpiel die Methode des Mißbrauchs der Quellen zu Ungunſten der Bieſterfelder Anſprüche noch einmal zu illuſtrieren.

Auf S. 34 des Gutachtens von 1891 hatte L. ausgeſprochen:

„Daß Graf Julius zur Lippe-Bieſterfeld hinſichtlich der Ebenbürtigkeit der Ehe ſeines Vaters ſelbſt Zweifel hegte, ergibt ſich aus zahlreichen brieflichen Äußerungen desſelben, welche ſich in den Acten des Detmolder Archivs befinden, aber wegen ihres vertraulichen Charakters nicht zur Veröffentlichung geeignet ſind.“

Lagen dem Verfaſſer des Gutachtens wirklich zahlreiche derartige Äußerungen vor, ſo war er zu ſeiner Behauptung zweifellos berechtigt, wiewohl ſie nichts zur Sache dienliches enthielt. Denn er ſagt ja ſelbſt II S. 28, daß es nicht darauf ankommt, „was die Grafen geglaubt haben oder vielleicht noch glauben, ſondern nur darauf, ob die Vorausſetzungen der Ebenbürtigkeit bei ihnen objectiv vorhanden waren.“ Immerhin war ich verpflichtet, der Wahrheit der Behauptung, welche ſich leicht kontrolieren ließ, nachzugehen. Nach Durchſicht der mir zur Verfügung geſtellten Korreſpondenz war ich in der Lage, auf S. 15 f. meiner Schrift von 1892 zu erwiedern:

„Es wird, wenn auch die Thatſache an und für ſich für die Entſcheidung des objectiven Rechtsverhältniſſes ganz gleichgültig ſein würde, doch hiemit auf das beſtimmteſte widerſprochen, daß Graf Julius Zweifel an der Ebenbürtigkeit der Ehe ſeines Vaters geäußert habe, und die Edition dieſer Briefe höflich erbeten. Es entſpricht ihre Veröffentlichung ſchon aus dem Grunde nur der Billigkeit, weil Labands Anführung den Vorwurf einer mangelnden bona fides der Grafen in ſich ſchließt. Sie gerathen in den Schein, trotz des Bewußtſeins von der Unebenbürtig-

keit ihrer Abſtammung, frivolerweiſe ihre Succeſſionsanſprüche weiter zu betreiben. In Wirklichkeit verhält ſich die Sache ſo, daß Graf Julius in ſeinen Briefen allerdings gelegentlich auf die gegen die Ebenbürtigkeit der Ehe ſeines Vaters erhobenen Zweifel zu reden kommt. Sein eigener Zweifel aber iſt nur, ob, wenn die Ehe mit Modeſte v. Unruh eine unebenbürtige genannt werde, dann manche Ehen anderer Familienglieder, und inſonderheit eine, auf welche näher zurückzukommen ſein wird (Frieſenhauſen), nicht ebenfalls unebenbürtige Ehen geweſen ſeien. Der vertrauliche Charakter der Briefe ſteht ihrer Veröffentlichung nicht entgegen. Soweit die Veröffentlichung ihres ganzen Inhaltes nicht beliebt wird, genügen Excerpte der „zahlreichen Äußerungen", in welchen Graf Julius poſitiv zu der Vermuthung ſich bekannt haben ſoll, daß die Ehe ſeines Vaters eine unebenbürtige geweſen ſei."

Darauf habe ich nun in der Replik von 1896 auf S. 26—28 von L. folgende Anwort erhalten:

„Meine Angabe, daß Graf Julius zur Lippe-Bieſterfeld, wie ſich aus [113] Äußerungen in Privatbriefen ergebe, hinſichtlich der Ebenbürtigkeit der Ehe ſeines Vaters ſelbſt Zweifel hegte, iſt von Kahl in brüskem Tone beſtritten und die Edition ſolcher Äußerungen verlangt worden. Dieſem Wunſche kann entſprochen werden. In einem Briefe des Grafen Julius an den Fürſten Leopold zur Lippe vom 23. November 1873 (abgedruckt im Lippiſchen Volksblatt, Jahrg. 1895 Nr. 253) heißt es wörtlich:

„Daß ich geſchäftlich nicht beſſer bei Dir reüſſiert habe, bedaure ich ſchmerzlich. Deine Gründe kann ich wohl begreifen; dennoch aber wäre für die Zukunft meiner Familie mir immerhin von großem Werte geweſen, wenn Du wenigſtens inſoweit unſere dermal einſtige Erbberechtigung hätteſt ausſprechen und anerkennen wollen, daß die Heirat meines ſel. Vaters dieſelbe nicht etwa beeinträchtigt habe. Dies zu entſcheiden, wäre dann eintretenden Falls Sache der Gerichte oder des Kaiſers geweſen. Ein Präjudiz hätteſt Du damit nicht gegeben; denn abgeſehen von der Heirat meines Vaters kann mir und meinen Kindern die Erbberechtigung nicht aberkannt und beſtritten werden."

Zur Erklärung des Briefes fügt L. bei:

„Man kann über die merkwürdige Logik in dieſem Schreiben verwundert ſein, namentlich über die naive Nebeneinanderſtellung der beiden Sätze, daß der Fürſt zur Lippe die Heirath mit der Modeſte von Unruh anerkennen und die aus dieſer Ehe entſproſſene Deſcendenz für

[113] Warum fehlt ſchon hier das Wort „zahlreichen"?, wie im Gutachten von 1891 behauptet.

ſucceſſionsfähig erklären ſolle, und daß trotzdem dadurch „kein Präjudiz“ gegeben worden wäre. Wenn aber der Graf ſagt, daß „abgeſehen von der Heirat ſeines Vaters“ ſeine Erbberechtigung nicht aberkannt und beſtritten werden könne, ſo räumt er doch damit ein, daß wegen dieſer Heirat ſie aberkannt und beſtritten werden könne. Er weiſt hierdurch doch ſelbſt auf den Punkt hin, an welchem ſeine Ebenbürtigkeit einen Defekt hat. Wenn er die Ehe ſeines Vaters für eine zweifellos ebenbürtige gehalten hätte, warum ſollte von ihr „abgeſehen“ oder ſie von Seiten des Oberhauptes der Familie ausdrücklich anerkannt werden?“

Parturiunt montes, nascetur ridiculus mus.

Ich glaube, daß man weniger Grund hat, über die „merkwürdige Logik“ jenes Schreibens, als vielmehr über etwas ganz anderes „verwundert“ zu ſein. „Zahlreiche briefliche Äußerungen“ werden als Quelle angeführt. Nach vier Jahren wird eine briefliche Äußerung mitgeteilt. Und in dieſer ſteht nicht dasjenige, was behauptet wird. L. muß durch eine beſondere Interpretation denjenigen Sinn in ſie hineinlegen, den ſie haben ſoll. Jeder unbefangene Leſer ſieht auch ohne Kommentar, daß Graf Julius ſich gegen die ihm entgegengehaltenen Zweifel an der Ebenbürtigkeit der Ehe ſeines Vaters wendet. Und dazu hat er allen Grund.

Denn die Sachlage iſt ſeit 1855 weſentlich verändert. Das Erlöſchen des Mannsſtammes der Detmolder Linie iſt bereits in menſchliche Nähe gerückt. Die Succeſſionsſtreitigkeiten hinter den Kouliſſen haben begonnen. Das Ziel derſelben hat eine greifbare Geſtalt in den archivaliſchen Forſchungen nach dem Stammbaum der älteſten erbherrlichen Linie gewonnen. Der Detmolder Hof hat der gräflichen Linie gegenüber eine abwehrende Stellung eingenommen. Die Familienzugehörigkeit der letzteren iſt unbequem geworden. Jede oft geſuchte Annäherung wird in jeder Form zurückgewieſen. Vorhalte von Unebenbürtigkeit werden gemacht. Sie verdichten ſich auf die Ehe der Vaters des Grafen Julius. Dieſer ſucht den erhobenen Zweifeln gegenüber den Fürſten zu einer ausdrücklichen Anerkennung ſeiner Succeſſionsrechte zu bewegen. Er „reüſſiert“ nicht. Er läßt ſich Gutachten machen von Zachariae und Zoepfl und veröffentlicht ſie. Darüber neue große Mißſtimmung in der fürſtlichen Familie, die ſich mit aller Schärfe auf den latenten Thronfolgeſtreit überträgt. Das iſt der allgemeine Hintergrund für die Korreſpondenz im Anfang der 70er Jahre. In dieſem Rahmen liegt auch der Brief vom 23. November 1873. Wie wenig der Graf ſelbſt an ſeinem Rechte zweifelt, mag daraus erſichtlich ſein, daß er ſchon damals eine gerichtliche Entſcheidung anbietet. Kein Brief, keine Äußerung findet ſich in den Akten des Bieſterfelder Archivs, woraus ſich ergeben könnte, daß Graf Julius ſelbſt nicht an ſein gutes Recht felſenfeſt geglaubt habe.

Ich bin alſo berechtigt und genötigt, ein zweitesmal um Mitteilung der „zahlreichen Äußerungen“ aus dem Detmolder Archiv höflich zu bitten. Bis dieſe Publikation erfolgt ſein wird, darf es mir nicht verwehrt ſein, die Wahrheit jener Angabe zu bezweifeln. Um indeſſen die Publikation zu erleichtern, will ich meinerſeits nunmehr die Mitteilung brieflicher Äußerungen eröffnen. Entweder mußte L. ſeine Beweismittel produzieren oder er mußte von der Sache überhaupt ſchweigen. Es geht aber nicht an, einen ſchweren Verdacht auszuſprechen, um dann ſeiner Begründung durch die Berufung auf den angeblich „vertraulichen Charakter“ der urkundlichen Grundlagen auszuweichen. Die Wahrheit geht über Alles, ſelbſt über die Vertraulichkeit.

1) Auszug aus einem Brief des Grafen Julius an Fürſt Leopold vom 18. November 1869. Es iſt das Dankesſchreiben des Grafen auf die Zuſendung der Landtags-Propoſitionen. Der Graf fragt ob „es nicht zweckmäßig erſcheine, daß in den betreffenden Geſetzen (über Gebäude- und Erbſchaftsſteuer) ausdrücklich aufgenommen werde, daß auch die erbherrlichen Linien von den in denſelben feſtgeſetzten Steuern befreit und ausgenommen ſeyen? Ich bitte herzlich, dieſe Bemerkung in freundvetterliche Erwägung zu nehmen, und meiner Bitte um geneigte Berückſichtigung, inſofern ſie nicht unbillig erſcheint, in wohlwollender Weiſe zu entſprechen. Die Intereſſen Deines Landes können dadurch nicht geſchädigt werden, uns aber würde dadurch hauptſächlich die Anerkennung eines Rechts zu Theil.“ „Es iſt für uns jedenfalls von prinzipieller Wichtigkeit, daß es klar ausgeſprochen erſcheint, daß wir in Deinem Lande eine bevorzugte, die Angehörigkeit zu Deinem Hauſe bezeichnende Stellung einnehmen, und dieß iſt das eigentliche Motiv zu meiner in den Verhältniſſen liegenden Bitte.“ Urk. 38.

2) Auszug aus einem Brief des Grafen Julius an den Kabinetsminiſter v. Flottwel in Detmold vom 18. November 1872. Der Graf wundert ſich, daß man in Detmold Anſtand nehme, Verwandtſchaftsverhältnis und Erbberechtigung unumwunden anzuerkennen, obwohl „ein Blick in den Stammbaum beides evident nachweiſt. Erſteres ſelbſtändig zur Geltung zu bringen, iſt uns noch nicht gelungen, weil ſtets die Erklärung des Fürſten als Familienchefs ausbleibt“. Die Erbberechtigung unumwunden in Anſpruch zu nehmen, nehmen die Grafen Anſtand, „da noch ſucceſſionsberechtigte Brüder des Fürſten am Leben ſind“. „Anſcheinend, ja wohl gar poſitiv gehen die uns entgegenwirkenden Schritte von .... aus; man will dort die Erbberechtigung meiner Linie nicht gelten laſſen, weil meine Mutter eine Freiin von Unruh geweſen, und doch iſt die direkte Urgroßmutter des jetzigen Fürſten von Schaumburg-Lippe eine Frl. von Frieſenhauſen geweſen. Da nun eine andere unebenbürtige Heirath, wenn man die Ehe meines Vaters mit meiner Urk. 39.

Mutter als ſolche betrachten will, in meiner Linie nicht vorliegt, ſo liegt das Verhältnis gleich, und muß die Nähe des Grades entſcheiden, d. h. für uns. Liegt aber ſomit die Erbberechtigung klar und kann das Verwandtſchaftsverhältnis nicht geläugnet werden, dann erſcheint es auch nicht unbillig, wenn wir wünſchen, daß der Fürſt ſich unſrer als Verwandte nicht ſchämt, und uns auch die Stellung verſchafft und zur Anerkennung bringt, die uns zukommt". Der Graf fragt den Miniſter, ob er auf ſeine Unterſtützung beim Fürſten rechnen dürfe. „Wir wünſchen ja nichts, was dem Fürſten irgend etwas vergeben könnte und ebenſowenig pekuniäre Opfer. Wir begehren nur offene Anerkennung deſſen, was wir ſind." „Die jetzige Generation der Nachgeborenen hat wohl im großen Ganzen dem Hauſe keine Schande gemacht; um ſo mehr ſchmerzt die Verſagung der Anerkennung." Zuletzt macht der Graf den Miniſter darauf aufmerkſam, daß zur Verfaſſungsreviſion die „Zuziehung der Agnaten weſentlich und unbedingt notwendig ſei".

Urk. 40. In dem Antwortſchreiben des Miniſters vom 11. Dezember 1872 iſt verſichert, daß die Bedenken, „die Erbberechtigung und Succeſſionsfähigkeit der Bieſterfelder Linie in beſtimmter und ausdrücklicher Form anzuerkennen", nicht in der Abſicht beruhen, „dem verwandtſchaftlichen Verhältnis zu nahe treten zu wollen". „Dagegen kann ſich Se. Durchlaucht der Thatſache nicht verſchließen, daß zur Zeit gewiſſe Umſtände (!) vorliegen, welche eine ununwundene (!) Erklärung aus dem Grunde ausſchließen, weil hierin eine Praejudiz für eine demnächſt zu treffende Entſcheidung enthalten ſein würde."

Urk. 40. 3) Auf dieſen Brief antwortet Graf Julius am 19. Februar 1873 und bittet um eine mündliche Conferenz in Berlin. Annäherungsverſuche und Verhandlungen verlaufen aber reſultatlos. Darauf bezieht ſich das von L. mitgeteilte Schreiben vom 23. November 1873, in welchem der Graf das Scheitern der Verhandlungen bedauert und behauptet, daß „abgeſehen" von der von Schaumburg-Lippe beſtrittenen Ebenbürtigkeit der Ehe ſeines Vaters ſeine „Erbberechtigung ihm nicht aberkannt und beſtritten werden kann". Im Laufe der Verhandlungen des Jahres 1873 gab Graf Julius dem Fürſten Leopold die Erklärung ab, daß er „über die in Zweifel gezogene Ebenbürtigkeitsfrage ſich ein rechtliches Gutachten erwirken und ihm vorlegen, auch demnächſt im Druck erſcheinen
Urk. 45. laſſen werde". (Brief vom 18. Januar 1876). Dieſe Gutachten von Zachariae und Zoepfl ſind 1875 erſchienen.

4) Im Anfang des Jahres 1876 nahm Graf Julius den Plan wieder auf, die amtliche Anerkennung des Prädikates „Erlaucht" in Preußen
Urk. 41. zu betreiben. Mittels Schreibens vom 31. Januar d. Js. bat er den Fürſten Woldemar um die empfehlende Unterſtützung ſeiner beabſichtigten Immediateingabe bei Sr. Majeſtät dem Kaiſer und König. Dem Konzept

dieſes Schreibens liegt das eigenhändige Konzept eines Begleitſchreibens Urk. 42.
für die Immediateingabe, ohne Datum, bei. Der Graf weiſt auf die Wahrſcheinlichkeit des Erlöſchens des Detmolder Hauſes und auf das Succeſſionsrecht der Bieſterfelder Linie nach Maßgabe des Vertrages von 1762 hin. Er fährt dann fort: „Um dieſes zu ſichern, iſt die Stellung nicht zu unterſchätzen, die mir von Ew. Majeſtät Gnade eingeräumt wird, um ſo mehr, als es ſcheinen will, daß von der jüngeren Linie (Schaumburg) uns die Succeſſion in Frage gezogen werde, und zwar kann dafür kein anderer Grund aufgeſtellt werden, als der angebliche Mangel der Ebenbürtigkeit, weil meine Mutter eine von Unruh geweſen. Nach Z.(oepfl) und Z.(achariae) iſt ein ſolcher aber nicht vorhanden, läge dann aber ebenſowohl auf Seite Schaumburgs vor. Iſt dieſer Mangel aber nicht vorhanden, dann kann unſer Recht auf Grund klarer Verträge nicht beſtritten werden, und dieſes feſtzuſtellen, bitte ich Ew. Majeſtät eine Eingabe unterbreiten zu dürfen.“ Ob dieſes Schreiben in vorliegender Form abgeſandt worden iſt, kann ich aus den Akten nicht feſtſtellen. Dies iſt aber im vorliegenden Zuſammenhange ohne Belang. Es handelt ſich hier nur um den guten Glauben des Grafen an ſein Recht. In der Immediateingabe ſelbſt Urk. 30.
(v. 24. Mai 1876), S. 36, iſt geſagt: „Meine gerechte Sache wird auch die ſtrengſte ſachkundige Prüfung nicht zu ſcheuen haben.“

5) Inzwiſchen war nun am 5. Februar 1876 die Antwort des Fürſten Urk. 43.
Woldemar auf das Schreiben des Grafen Julius vom 31. Januar d. J. eingetroffen. Die ſehr ungnädige Antwort lautet in ihrem zweiten Teil:

„Ich ſehe mich deßhalb um ſo mehr veranlaßt, mich einer Mitwirkung in der fraglichen Angelegenheit zu enthalten, als der Mangel eines Hausgeſetzes im Laufe der Zeit den Zuſammenhang der erbherrlichen Speciallinien mit dem regierenden Hauſe immer mehr gelockert hat, und ich darnach nicht in der Lage bin, die den erſteren nach ihrer Anſicht zuſtehenden Prärogativen auch außerhalb meines Landes in der Weiſe zu vertreten und zu unterſtützen, wie dies unter anderen Umſtänden der Fall ſein würde. Außerdem wird es Ihnen wohl nicht unbekannt geblieben ſein, daß die kürzlich veröffentlichte Broſchüre wegen der Lippiſchen Erbfolge gerade in dieſer Zeit, in welcher man ſich nicht ſcheuet, nach allen Thronen mit Schmutz zu werfen, bei allen Höfen unangenehm berührt hat. Sie werden deshalb wohl nicht verkennen, daß der von Ihnen zu dem beabſichtigten Schritte gewählte Moment ein wenig opportuner iſt, und würde es eigentümlich erſcheinen, wenn derſelbe jetzt von mir unterſtützt würde.“

Darauf antwortete Graf Julius am 13. März 1876, nach vorher- Urk. 44.
gehender Erledigung der Prädikatsfrage, dem Fürſten:

„Wenn ich daher in der Annahme, daß Hochdieſelben in der endlichen Durchführung eines, von Ew. Liebden hochſel. Herrn Vaters bethätigten

Aktes mir gerne Ihre Unterstützung angedeihen lassen würden, mich geirrt und eine abweichende Antwort habe entgegennehmen müssen und diese schon an und für sich wehe gethan hat, so hat doch noch mehr die Form und der Inhalt derselben mich tief verletzen müssen und muß ich daher auf das allerentschiedenste Verwahrung einlegen gegen alle mir gemachten Unterstellungen.

„Zur Sache selbst habe ich auf die einzelnen Punkte Folgendes zu erwiedern. Daß ein Hausgesetz ermangelt, beklage ich gewiß am meisten; schon aus dem Grunde, weil bei Vorhandensein eines solchen subjektiv individuellen Rechtsanschauungen beziehungsweise Rechtsmißverständnissen das Feld entzogen ist und eine objektive Basis zur Entscheidung der bezüglichen Differenzen gegeben wäre. Jedoch darf dieser Mangel eines Hausgesetzes den erbherrlichen Speziallinien wohl nicht zum Vorwurf gemacht werden, um so weniger, als letztere meines Wissens immer zur Mitwirkung bei Erlaß eines solchen bereit gewesen und noch bereit sind. Wenn die Zusammengehörigkeit der erbherrlichen Linien mit dem regierenden Hause sich mehr und mehr gelockert haben soll, so darf ich die Versicherung geben, daß erstere die Schuld daran nicht tragen, wenigstens muß ich dies für meine Speziallinie entschieden von der Hand weisen. Ich glaube nicht, daß Ew. Durchlaucht ein dahin zielendes Verschulden mir nachzuweisen vermögen. Dagegen habe ich und meine Linie es um so schmerzlicher empfunden, daß Seitens des regierenden Hauses unsere Zusammengehörigkeit immer weniger zur Anerkennung gekommen ist.

„Wenn Seitens des fürstlichen Hauses in den Ehen meines sel. Vaters und meines Sohnes der Stein des Anstoßes erblickt wurde, — der einzige mir bekannte Differenzpunkt —, so griff bei dem Mangel eines Hausgesetzes das gemeine Recht Platz und dürfte, auf Grund subjektiver Auffassung darin nicht ohne weiteres ein Anlaß gefunden werden, sich von den Agnatischen Linien indirekt los zu sagen. Gerechter Weise hätte durch offenen Angriff den Speziallinien Gelegenheit zur Verteidigung und Rechtfertigung gegeben werden müssen, statt denselben indirekt entgegenzutreten und ihre Stellung zu gefährden!

„Es blieb mir daher nichts übrig, als zur Selbstverteidigung überzugehen, und hiermit hängt das Erscheinen der Broschüre, die Ebenbürtigkeitsfrage betr., eng zusammen und komme ich zur Beantwortung des 3. Punktes. Auf Grund einer mündlich abgegebenen Erklärung gegen
Urk. 45. den hochsel. Fürsten im Jahre 1873, ließ ich die Gutachten, unter sorgsamer Vermeidung jedes Anstoß erregenden Punktes anfertigen, ohne zunächst deren Veröffentlichung zu beabsichtigen, zu welcher ich später allerdings auf Wunsch des Verfassers, meine Einwilligung gab. Ich glaubte um so weniger dieselbe versagen zu dürfen, ein Mal, weil nach allgemeinem Brauch dergleichen wissenschaftliche Gutachten veröffentlicht zu werden pfle-

gen; ſodann weil durch von Dort in Berlin gemachte Eröffnungen und den ſchwebenden Dotationsprozeß der Gräfin Agnes zur Lippe-Weißenfeld die Zweifel über die Ebenbürtigkeit der erbherrlichen Spezial-linien bereits in die Öffentlichkeit gedrungen waren, unſere Vertheidigung daher auch eine öffentliche ſein durfte und geboten erſchien. Ferner, weil die Broſchüre nur objektive Wahrheit und deshalb für jeden Unbe-fangenen nichts Anſtößiges enthielt. Endlich, weil die Rechtsgutachten ſpeziell nur auf Unterſuchung der Ebenbürtigkeit zweier in meiner Linie vorgekommenen Ehen gerichtet waren, ſomit das Geſammthaus nur indirekt berührten. Bezüglich der Veröffentlichung machte ich überdies die Bedin-gung, daß ſolche erſt nach Übergabe der Schrift an den Hochſel. Herrn Fürſten erfolgen dürfe, und wäre auf rechtzeitig geäußerten Wunſch deſſelben die Verbreitung unterblieben. Wie nun aber Ew. Liebden aus dieſem Vorgehen überhaupt oder aus irgend einer in der Broſchüre an-geführten Thatſache Veranlaſſung nehmen konnten, den Ausdruck „die Throne mit Schmutz bewerfen", ſei es den Verfaſſern der Arbeit oder dem Auftraggeber gegenüber einfließen zu laſſen, dies, geſtehe ich, bleibt mir unerklärlich und proteſtiere ich auf das Allerentſchiedenſte gegen dieſe Unterſtellung! Ich vermag es lediglich nur mir feindlichen Einflüſſen zuzu-ſchreiben, wenn eine Schrift, deren Entſtehung in den Verhältniſſen be-gründet und welche rein defenſiver Natur iſt, mir und meiner bisher unangegriffenen Ehrenhaftigkeit zum Vorwurf gedeutet werden kann.

„Daß mir in dem geehrten Schreiben vom 5. v. M. das von Ew. Durchlaucht hochſel. Herrn Vater mir verliehene Prädikat nicht gegeben worden iſt, darf ich wohl nur als eine Zufälligkeit betrachten? wäre dem nicht ſo, dann müßte ich mir ergebenſt erlauben, dagegen Verwahrung einzulegen, da ich auf eine von Hochderen Herrn Vater in dankbar an-erkannter Würdigung meiner eigentümlichen Stellung mir verliehenes Prädikat ein wohlerworbenes Recht zu haben glaube.

„Schließlich beehre ich mich, Ew. Durchlaucht eben ſo dringend wie ergebenſt zu bitten, daß es hochdemſelben gefallen möge, zur Wieder-befeſtigung des zwiſchen der regierenden und den erbherrlichen Linien nach Ew. Liebden Meinung gelockerten Banden die Hand zu bieten und einem auf die Dauer unerträglichen und dem Anſehen des Geſamthauſes nicht förderlichen Zuſtande ein Ende machen zu wollen. Jeder dahin zielende Vorſchlag Ew. Liebden wird unſererſeits mit Freuden begrüßt werden. Einſtweilen wünſche ich nichts dringender, als die Aufrechterhaltung der zwiſchen unſren Vorfahren bei gräflicher Ehre und Treue geſchloſſenen Verträge"!

6) Noch einmal Ende des Jahres 1876 wandte ſich aus einer ſpeziellen Veranlaſſung Graf Julius an den Fürſten Woldemar. Der Sohn des erſteren war 1876 beim Kgl. Stadtgericht Berlin auf Anerkennung der

Freiheit von Telegraphengebühren gegen den Fiskus klagbar geworden. Das Gericht beſchloß, eine amtliche Auskunft bei der Lippiſchen Regierung einzuholen, ob der Graf ein ſucceſſionsberechtigter Agnat des Lippiſchen Hauſes ſei. Um dieſe Beſtätigung bittet Graf Julius den Fürſten im
Urk. 46. Brief vom 9. Dezember 1876. „Daß wir zu Ew. Durchlaucht Hauſe in direkter Abſtammung und in verwandtſchaftlicher Beziehung ſtehen, ſteht notoriſch feſt, und ebenſowenig dürfte nach Art. 5 des Familienvertrages vom 22./24. Mai 1762 die Succeſſionsberechtigung uns aberkannt werden. Ob dieſe letztere vor der Hand beanſtandet wird, iſt eine Frage, die meiner Anſicht nach nur die Familie in ſich betrifft, und die, wenn auch noch in ferner Zukunft, einmal in höherer Inſtanz zum Austrag kommen muß. Einſtweilen aber, und ſo lange noch nicht feſtſteht, ob durch die Heirat meines ſeligen Vaters dieſe Succeſſionsberechtigung rechtlich verloren gegangen iſt, muß ſie Dritten gegenüber bejaht werden; und wenn ich daher um eine dahin gehende Erklärung ergebenſt bitte, ſo kann eine ſolche Ew. Durchlaucht Haus nicht praejudizieren". „Ein entſchiedener Feind aller unberechtigten Prätenſionen wünſche ich nichts, wie die Wahrung meines guten Rechtes und die Aufrechterhaltung ehrlich geſchloſſener Verträge." Das An-
Urk. 47. ſuchen des Grafen lehnt der Fürſt im Schreiben vom 21. Dezember 1876 ab. Er findet ſich veranlaßt, ſich „perſönlich einer Einmiſchung in den obſchwebenden Rechtsſtreit zu enthalten."

An dieſen Mitteilungen „zahlreicher brieflicher Äußerungen" mag es vorläufig genügen. Einige diskrete Notizen habe ich der Kenntnisnahme des Richters vorbehalten. Im übrigen enthalten die Briefe keine Geheimniſſe. Die Spannung zwiſchen dem Detmolder Hof und dem Bieſterfelder Grafen, namentlich ſeit dem Regierungsantritt des Fürſten Woldemar, war dergeſtalt notoriſch, daß der Entwurf eines Regentſchaftsgeſetzes von 1890 an dem Mißtrauen der Volksvertretung ſcheiterte[114], es könne bei der Regentſchaftsbeſtellung etwas der Thronfolge der gräflichen Nebenlinien präjudizierliches geſchehen. Der Einwand der Vertraulichkeit war ein Vorwand. Daß L. mit der Veröffentlichung dieſer brieflichen Äußerungen zögerlich war, begreife ich ſehr wohl. Denn ſie beweiſen genau das Gegenteil von dem, was er behauptet hat.

L. I S. 61 hat behauptet, „daß im Laufe der Zeit das Verhältnis der gräflichen Nebenlinien zum regierenden fürſtlichen Hauſe ſich thatſächlich ſo ſehr gelockert habe, daß die Rechtswirkungen der Familienzugehörigkeit zu jenem in Fortfall gekommen" ſeien. Die Thatſache der Lockerung ſeit etwa 1870 iſt richtig und ihre tieferen Gründe können vorläufig unerörtert bleiben. Denn ſie haben mit der Rechtsfrage nichts zu thun.

---

[114] Kahl, 1892, S. 34 ff., mit Nachweiſungen im einzelnen.

Aber die Schlußfolgerung ist falsch. An und für sich hätte es juristisch niemals geschehen können, daß durch den Mangel persönlicher Beziehungen oder durch noch so mißlich gestaltete persönliche Verhältnisse zum Fürsten den Grafen ein Familienrecht entzogen worden wäre. Aber davon abgesehen. Wer hat das Verhältnis „thatsächlich gelockert"? Etwa Graf Julius? Ich habe in dieser Beziehung schon früher bestimmte Beweisanerbietungen gemacht. Die Biesterfelder Grafen haben jederzeit sich den Bestimmungen der Hausverfassung unterworfen[115]. Sie haben sich bei jeder Gelegenheit der Familiengewalt des Fürsten unterstellt. Sie haben bis an die Grenze des Möglichen die Familienzusammengehörigkeit gesucht und aufrecht erhalten. Kann es ihnen zum Nachteil gereichen, wenn von Seiten des Chefs des Hauses die Ausübung der Familiengewalt ihnen gegenüber verweigert, wenn die Familienzusammengehörigkeit abgelehnt worden ist? Man kann nicht Jemandem die Thüre verschließen und ihm dann Rechtsnachtheile daraus ableiten wollen, daß er nicht eingetreten sei. Zeugnisse der Anerkennung haben freilich seit etwa 1870 (doch s. o. S. 81) aufgehört. Aber dieser Mangel ist eine Folgeerscheinung des Konfliktes selbst. Das Recht der Grafen berührt er nicht.

Vor allem aber beweisen jene „brieflichen Äußerungen", daß Graf Julius niemals Zweifel an der Ebenbürtigkeit der Ehe seines Vaters und an seinem Successionsrechte gehabt hat. Er hat mit der ganzen Kraft ehrlicher Überzeugung einen schweren Kampf gegen einen überlegenen Gegner aufgenommen.

Graf Ernst ist der Erbe dieser Überzeugungen und dieses Kampfes.

Im Bewußtsein seines guten Rechts hat er schon am 23. Mai 1885 Urk. 48.
eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet mit der Bitte „eingehender Prüfung" seiner Angelegenheit und dem Ausdruck der Hoffnung, „daß durch Anerkennung seines guten Rechts jeder Eventualität bei Thronstreitigkeiten bei dem Erlöschen der regierenden Linie vorgebeugt" werde. Im Bewußtsein seines guten Rechts hat er am 28. März 1895 und wiederholt am 15. Februar 1896[116] öffentlich erklärt, sich dem Urteile eines jeden unparteiischen Gerichtshofes unterwerfen zu wollen. In diesem Bewußtsein ist er gestärkt worden durch die ehrliche Treue des Lippischen Volkes und seiner Vertretung, welche, einmütig von seinem besseren Rechte überzeugt[117], einen endlichen Richterspruch dringend fordert! Und in diesem Bewußtsein wird er allen Schwierigkeiten gegenüber ausharren, bis ihm sein Recht zu Teil geworden ist. Recht muß doch Recht bleiben.

---

[115] Vgl. auch Bornhak, Thronfolge, S. 50.

[116] S. Lippische Landeszeitung v. 17. Febr. 1896, Nr. 40.

[117] Lippische Landtagsverhandlungen vom April 1895 und 1896.

Beilage.

Verzeichnis der aus dem gräflich Biesterfeldschen Archiv[118] benutzten Urkunden.

1. Stammbaum aus dem von Hohenthalschen Archiv vom 16. November 1829. Zeugen: Detlev Graf von Einsiedel, Kabinetsminister und Staatssekretär auf Ehrenberg; Gotthelf Friedrich Christian Freiherr von Rochow, Landesregierungs-Departementsdirektor auf Strauch und Hirschfeld; Ferdinand von Reiboldt, Geheimer Finanzrat auf Polenz auch Ober- und Nieder-Spremberg; Heinrich Ludwig von Erdmannsdorf, Oberforstmeister a. D. auf Schönfeld und Tschorna. Übereinstimmung amtlich beglaubigt vom Kgl. Oberhofmarschallamt, gez. F. v. Vitzthum, Dresden den 22. April 1896.
2. a) Stammbaum aus dem Archive des Herrn von Haza-Radlic auf Lewitz in der Provinz Posen.
   b) Stammbaum aus dem Archive des Herrn von Unruh auf Conradswalden bei Guhrau, Schlesien.
3. Genealog. Tabellen Derer jenigen Kayserlich Königl. Churfürstl. und Herzogl. Häuser, mit welchen Der Königl. Pol. und Churf. Sächs. Kriegs-Raths-Vice-Präsident und Generalmajor von der Infanterie, Herr Christoph von Unruh, Erbherr auf Birnbaum ꝛc., von Mütterlicher Seite in naher Verwandschaft stehet.
4. a) Urteil des Fürstlich Lippischen Hofgerichts in Detmold vom 11. November 1867 in Sachen der Gräfin Agnes von Haßlingen, geb. Gräfin zur Lippe-Weißenfeld in Reichenwalde, Klägerin, wider den Anwalt der Fürstlichen Regierung und die Landstände des Fürstentums Lippe, Beklagte, wegen Dotalgelder.
   b) Urteil der Juristenfakultät der Kgl. Preußischen Georg-Augusts-Universität zu Göttingen v. 18. Mai 1869 in Sachen der ꝛc., wie oben.
   c. Urteil der Juristenfakultät an der Kgl. Bayerischen Friedrich-Alexander Universität zu Erlangen v. 2. März 1872 in Sachen der ꝛc., wie oben. Beglaubigte Abschriften vom 30. November 1888.
5. Diploma über den Reichsgrafenstand für Christina Elisabetha Gräfin von Falkenflucht. Beglaubigte Abschrift vom 13. August 1793.
6. Königliche Garantie über den zwischen dem Gräflich Lippischen Gesammthause und weyl: Grafen Christoph Ludewig zur Lippe Descen-

---

[118] Nur die Urkk. 6—8 verdanke ich der Güte des Herrn Grafen A. z. L. W.

denten, dem Lieutenant Grafen Carl Wilhelm zur Lippe und deſſen Geſchwiſter getroffenen Vergleich. Berlin den 5. Juny 1752. Beglaubigte Abſchrift vom 16 8bris 1786.

7. Ratifikation des Regierenden Grafen Wilhelm zu Schaumburg zum Vergleich von Herford. Bückeburg den 11. April 1752. Beglaubigte Abſchrift vom 16 8bris 1786.
8. Verwahrung des Gräflich Lippiſchen Rats Beker gegen die extension in der Ratifikation des Grafen Wilhelm zu Schaumburg v. 11. April 1752. Bieſterfeld, den 16. April 1752. Beglaubigte Abſchrift vom 16. 8bris 1786.
9. Brief des Fürſten Leopold vom 4. Juni 1833 (in Sachen der Standesrechte der Lippiſchen Grafen in Preußen).
10. Alleruntertänigſte und bemüſſigte Vorſtellung und Bitte ꝛc. (des Anwalts Merk) in Sachen Zur Lippe-Bieſterfeld und Bieſterfeld-Weißenfeld ꝛc. cã den Herrn Grafen Ludwig Heinrich zur Lippe-Bieſterfeld, 1786.
11. Brüdervergleich, d. d. Bieſterfeld, d. 14. Auguſt 1749. Beglaubigte Abſchrift vom 24. Mai 1782.
12. Detmolder Hauptvergleich vom 24/26. Mai 1762. Copie einer beglaubigten Abſchrift vom 24. Februar 1769.
13. Ein bei Gelegenheit des mit dem regierenden Hauſe Detmold geſchloſſenen Hauptvergleichs abermalen erachteter Brüderlicher Contract und beſtimmte Auseinanderſetzung zwiſchen den beiden Herrn Brüdern Grafen Friedrich Carl Auguſt und Grafen Ludwig Ferdinand zur Lippe ꝛc., sub dato Bieſterfeld den 25. Mai 1762.
14. Gedruckter Entwurf zu einem Familienvertrag des Hauſes Lippe (zw. 1784 und 1799).
15. Handſchreiben des Fürſten Leopold zur Lippe, Detmold den 10. Mai 1853.
16. Glückwunſchſchreiben der Fürſtin-Regentin Pauline, Detmold den 10. Auguſt 1803.
17. Unterthäniges Memorial, die Rechtsverhältniſſe der beiden gräflichen Nebenlinien Lippe-Bieſterfeld und Lippe-Weißenfeld betr. Detmold, den 18. November 1852.
18. Deklaration des Fürſten Leopold, betr. Konſenserteilung zu Eheſchließungen, Detmold den 10. Mai 1853. Beglaubigte Abſchrift vom 22. Februar 1889.
19. Brief des Fürſten Leopold an den Grafen Julius, Detmold den 4. September 1868. Beglaubigte Abſchrift vom 22. Februar 1889.
20. Konſenserteilung des Fürſten Leopold zur Eheſchließung des Grafen Ernſt, Detmold den 23. September 1868. Beglaubigte Abſchrift vom 22. Februar 1889.

21. Erlaß der Kgl. Regierung zu Cöln vom 10. Juli 1833 an den Herrn Landrat Scheven zu Hennef.
22. Schreiben des Fürſten Leopold an den Grafen Wilhelm Ernſt, Detmold den 9. Juli 1833.
23. Immediateingabe der Grafen zur Lippe-Bieſterfeld an S. M. den König Friedrich Wilhelm III. von 1833.
24. Kgl. Kabinetsordre Friedrich Wilhelms III. vom 11. März 1835.
25. a) Schreiben des Fürſten Leopold zur Lippe an getreue Stände von der Ritterſchaft und den Städten, Detmold den 30. Juni 1836.
    b) Erfordertes unterthänigſtes Gutachten der Stände an Serenissimum, Detmold den 2. Juli 1836.
26. Schreiben des Fürſten Woldemar zur Lippe an den Grafen Julius, betr. verfaſſungsmäßige Teilnahme am Landtag, Detmold den 20. April 1876.
27. Rechtsverwahrung des Grafen Ernſt zur Lippe-Bieſterfeld gegen die neuerdings unterlaſſene Einladung zur Beſchickung des Landtags des Fürſtentums Lippe, Schloß Neudorf, den 30. November 1884.
28. a) Privatſchreiben des Fürſten Leopold an den Grafen Julius, Detmold den 27. Auguſt 1844.
    b) Urkunde über die Verleihung des Prädikats Erlaucht an den Grafen Julius, Detmold den 27. Auguſt 1844.
    c) Schreiben des Fürſten Leopold an den Grafen Julius, betr. Ausdehnung des Prädikats Erlaucht auf den jedesmaligen Senior der Linie, Detmold den 1. Oktober 1844.
29. Schreiben des Kgl. Preußiſchen Staatsminiſteriums an den Grafen Julius, Berlin den 30. März 1847.
30. Immediateingabe des Grafen Julius an S. M. den Kaiſer und König Wilhelm vom 24. Mai 1876. Nebſt Anlagen.
31. Allerhöchſte Anwort auf dieſe Eingabe, d. d. Baden-Baden den 17. Oktober 1877, gez. Wilhelm.
32. Schreiben des Fürſten Georg Wilhelm zu Schaumburg-Lippe an die Frau Gräfin Pauline Louiſe Modeſte zur Lippe-Bieſterfeld, d. d. Bückeburg den 17. Auguſt 1847.
33. Schreiben deſſelben an dieſelbe, d. d. Bückeburg den 30. März 1848.
34. Schreiben der Fürſtlich Lippiſchen Regierung in Detmold, gez. von Meien, an Fürſtlich-Schaumburg Lippiſche Regierung zu Bückeburg, Detmold den 4. März 1851. Nebſt Anlagen, den Staatsvertrag über Lippſtadt betr.
35. Protokoll, Hausgeſetzgebung betr., Detmold den 25. Juni 1855, gez. Leopold, Fürſt zur Lippe; Graf Julius zur Lippe; Conſtantin, Gr. z. L.; Leopold, Gr. z. L. Als Protokollführer Dr. L. H. Fiſcher.

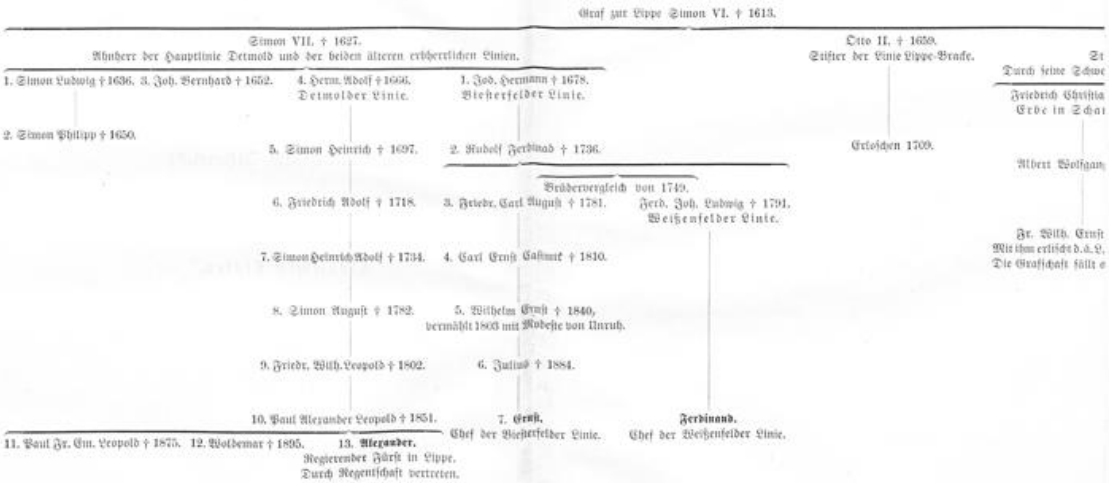
36. Brief des Fürſten Leopold an den Grafen Julius, Detmold den 22. Januar 1856.
37. Brief der Grafen Conſtantin und Leopold an den Grafen Julius, d. d. Düſſeldorf den 22. Mai 1858, betr. Verweigerung eines Heiratskonſenſes und Veranſtaltung eines Familiencongreſſes.
38. a) Schreiben des Fürſten Leopold, Detmold den 3. November 1869.
    b) Erwiederung des Grafen Julius, Neudorf den 18. November 1869.
39. Brief des Grafen Julius an Miniſter von Flottwel, Neudorf den 18. November 1872.
40. Antwort des Letzteren, Detmold den 11. Dezember 1872.
41. Schreiben des Grafen Julius an den Fürſten Woldemar, Neudorf den 31. Januar 1876.
42. Entwurf eines Schreibens des Grafen Julius an K. u. K. Wilhelm, 1876.
43. Antwortſchreiben des Fürſten Woldemar auf den Brief vom 31. I., Detmold den 5. Februar 1876.
44. Erwiederung des Grafen Julius, Bentſchen den 13. März 1876.
45. Brief des Grafen Julius an den Grafen Ernſt, Neudorf den 18. Januar 1876.
46. Schreiben des Grafen Julius an den Fürſten Woldemar, Neudorf den 9. Dezember 1876.
47. Antwortſchreiben des Fürſten Woldemar, Detmold den 21. Dezember 1876.
48. a) Eingabe des Grafen Ernſt an den Bundesrat, Neudorf den 23. Mai 1885.
    b) Ablehnender Beſchluß des Bundesrats vom 2. Juli 1886. Dem Grafen Ernſt eröffnet am 18. Juli 1886, gez. Eck.

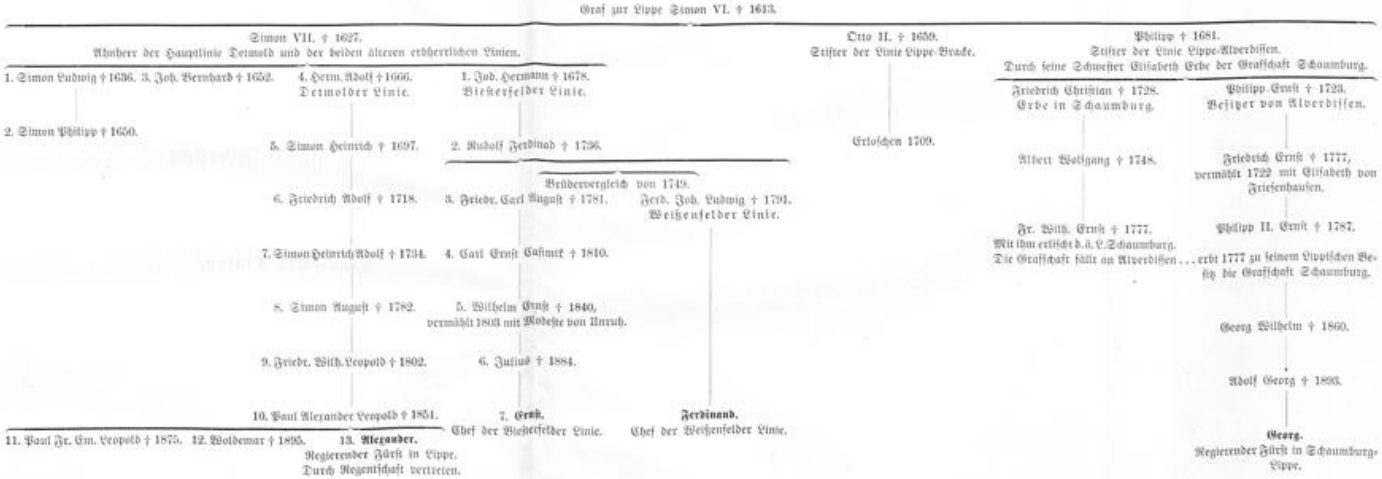
Tab. I.

Genealogiſche Überſicht

der

Lippiſchen Linien.


Graf zur Lippe Simon VI. † 1613.
Simon VII. † 1627.
Ahnherr der Hauptlinie Detmold und der beiden älteren erbherrlichen Linien.
Otto II. † 1659.
Stifter der Linie Lippe-Brake.
1. Simon Ludwig † 1636.
3. Joh. Bernhard † 1652.
4. Herm. Adolf † 1656.
Detmolder Linie.
1. Jod. Hermann † 1678.
Bieberfelder Linie.
2. Simon Philipp † 1650.
5. Simon Heinrich † 1697.
2. Rudolf Ferdinad † 1736.
Erloschen 1709.
Brüdervergleich von 1749.
6. Friedrich Adolf † 1718.
3. Friedr. Carl August † 1781.
Ferd. Joh. Ludwig † 1791.
Weißenfelder Linie.
7. Simon Heinrich Adolf † 1734.
4. Carl Ernst Castmir † 1810.
8. Simon August † 1782.
5. Wilhelm Ernst † 1840,
vermählt 1803 mit Modeste von Unruh.
9. Friedr. Wilh. Leopold † 1802.
6. Julius † 1884.
10. Paul Alexander Leopold † 1851.
7. Ernst.
Chef der Bieberfelder Linie.
Ferdinand.
Chef der Weißenfelder Linie.
11. Paul Fr. Em. Leopold † 1875.
12. Woldemar † 1895.
13. Alexander.
Regierender Fürst in Lippe.
Durch Regentschaft vertreten.


Graf zur Lippe Simon VI. † 1613.
Simon VII. † 1627.
Ahnherr der Hauptlinie Detmold und der beiden älteren erbherrlichen Linien.
1. Simon Ludwig † 1636. 3. Joh. Bernhard † 1652.
2. Simon Philipp † 1650.
4. Herm. Adolf † 1666.
Detmolder Linie.
5. Simon Heinrich † 1697.
6. Friedrich Adolf † 1718.
7. Simon Heinrich Adolf † 1734.
8. Simon August † 1782.
9. Friedr. Wilh. Leopold † 1802.
10. Paul Alexander Leopold † 1851.
11. Paul Fr. Em. Leopold † 1875.
12. Woldemar † 1895.
13. Alexander.
Regierender Fürst in Lippe.
Durch Regentschaft vertreten.
1. Jod. Hermann † 1678.
Biesterfelder Linie.
2. Rudolf Ferdinad † 1756.
Brüdervergleich von 1749.
3. Friedr. Carl August † 1781.
4. Carl Ernst Casimir † 1810.
5. Wilhelm Ernst † 1840,
vermählt 1803 mit Modeste von Unruh.
6. Julius † 1884.
7. Ernst.
Chef der Biesterfelder Linie.
Ferd. Joh. Ludwig † 1791.
Weißenfelder Linie.
Ferdinand.
Chef der Weißenfelder Linie.
Otto II. † 1659.
Stifter der Linie Lippe-Brake.
Erloschen 1709.
Philipp † 1681.
Stifter der Linie Lippe-Alverdissen.
Durch seine Schwester Elisabeth Erbe der Grafschaft Schaumburg.
Friedrich Christian † 1728.
Erbe in Schaumburg.
Albert Wolfgang † 1748.
Fr. Wilh. Ernst † 1777.
Mit ihm erlischt d. ä. L. Schaumburg.
Die Grafschaft fällt an Alverdissen . . .
Philipp Ernst † 1723.
Besitzer von Alverdissen.
Friedrich Ernst † 1777,
vermählt 1722 mit Elisabeth von Friesenhausen.
Philipp II. Ernst † 1787.
. . . erbt 1777 zu seinem Lippischen Besitz die Grafschaft Schaumburg.
Georg Wilhelm † 1860.
Adolf Georg † 1893.
Georg.
Regierender Fürst in Schaumburg-Lippe.

Philipp † 1681.
ifter der Linie Lippe-Alverdiſſen.
ſter Eliſabeth Erbe der Grafſchaft Schaumburg.

n † 1728. Philipp Ernſt † 1723.
umburg. Beſitzer von Alverdiſſen.

3 † 1748. Friedrich Ernſt † 1777,
vermählt 1722 mit Eliſabeth von Frieſenhauſen.

† 1777. Philipp II. Ernſt † 1787.
Schaumburg.
n Alverdiſſen . . . erbt 1777 zu ſeinem Lippiſchen Beſitz die Grafſchaft Schaumburg.

Georg Wilhelm † 1860.

Adolf Georg † 1893.

Georg.
Regierender Fürſt in Schaumburg-Lippe.

Ahnentafel

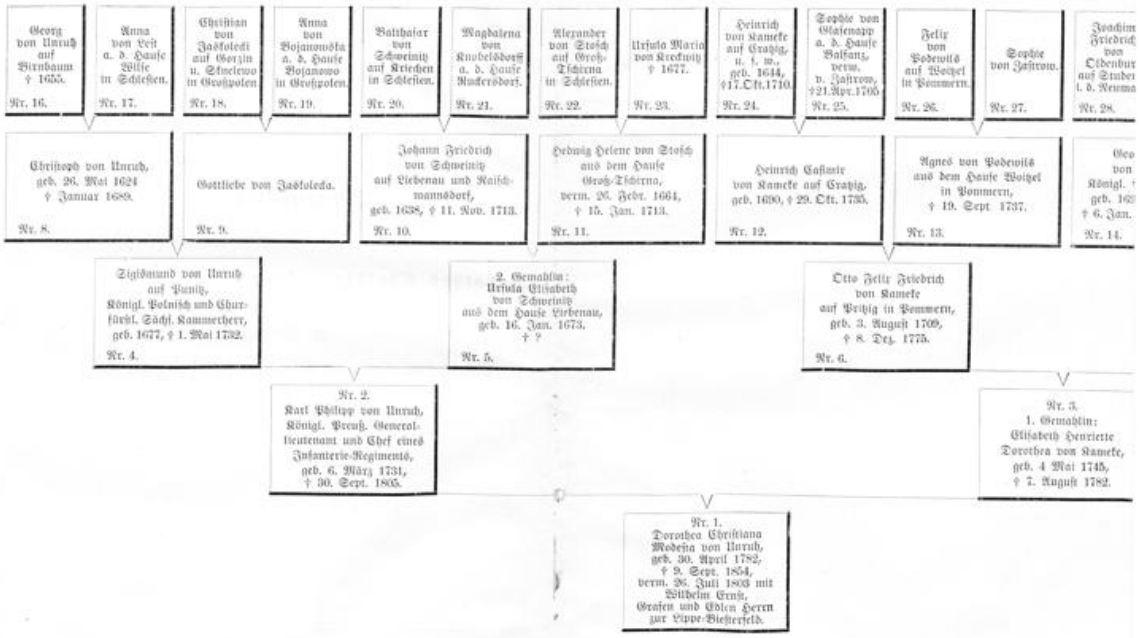
der

Dorothea Christiana Modesta von Unruh,

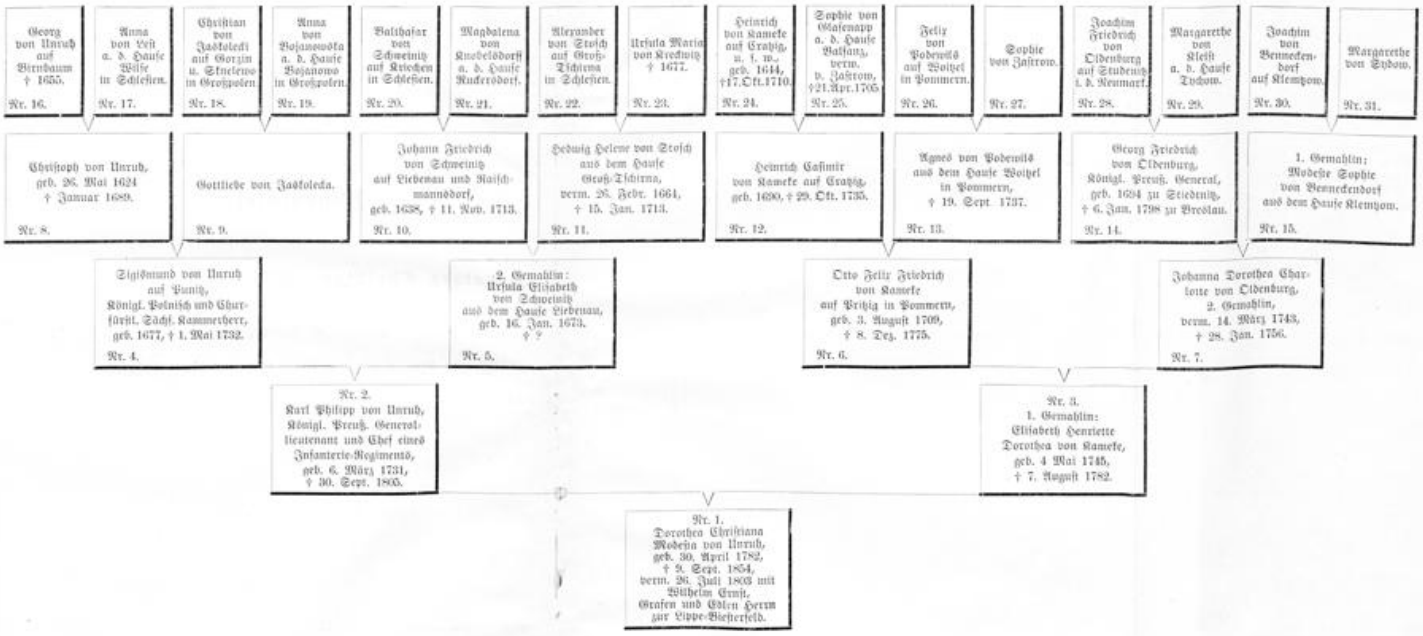
geb. 30. April 1782, † 9. Sept. 1854,

vermählt 26. Juli 1803 mit

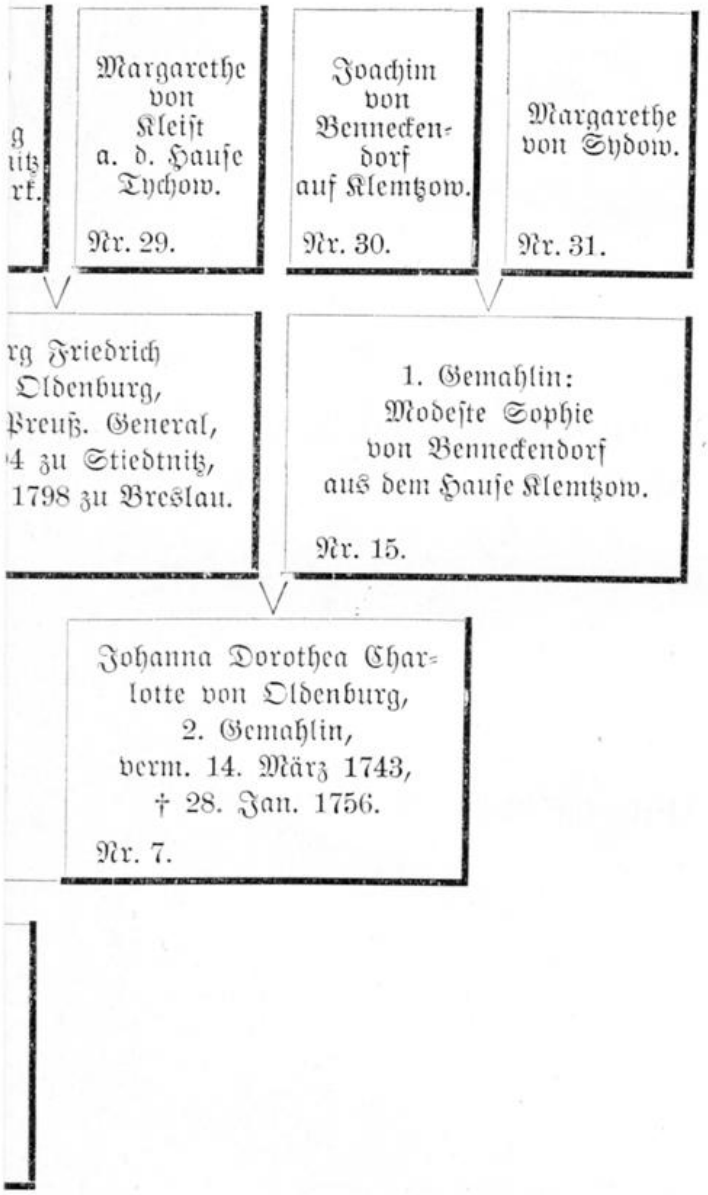
Wilhelm Ernst, Grafen und Edlen Herrn zur Lippe-Biesterfeld.



Nr. 1 den Voigtelschen Stammtafeln entnommen. Nr. 2, 4, 5, 8, 9, 10, 11 einem beglaubigten Stammbaum aus dem Königl. Oberhofmarschallamte zu Dresden entnommen. No. 3, 6, 7, 12
Beiträge zur Geschichte der Familie v. Kameke. Nr. 16—23 aus dem Archiv zu Posen, und aus Nr. 180 des Monatsblattes der K. K. heraldischen Gesellschaft „Adler“ in Wien.



Nr. 1 den Voigtelschen Stammtafeln entnommen. Nr. 2, 4, 5, 8, 9, 10, 11 einem beglaubigten Stammbaum aus dem Königl. Oberhofmarschallamte zu Dresden entnommen. No. 3, 6, 7, 12, 13, 14, 15, 24—31 aus v. Kameke-Crayhg, 1892, Beiträge zur Geschichte der Familie v. Kameke. Nr. 16—23 aus dem Archiv zu Posen, und aus Nr. 180 des Monatsblattes der K. K. heraldischen Gesellschaft „Adler" in Wien.



, 13, 14, 15, 24—31 aus v. Kameke-Cratzig, 1892,

5123815

Lippische Landesbibliothek
04417221

FR. SCHUMACHER
BUCHBINDEREI
DETMOLD

Von demselben Verfasser sind erschienen:

Die Selbständigkeitsstellung der protestantischen Kirche in Bayern gegenüber dem Staate. Gr. 8. Erlangen 1874. Deichert. M. 1.40.

Ueber die Temporaliensperre, besonders nach bayerischem Kirchenstaatsrecht. Gr. 8. Ebend. 1876. M. 4.—.

Die deutschen Amortisationsgesetze. Gr. 8. Tübingen 1879. Laupp. M. 6.—.

Das obere Kirchengericht für die Grossherzogthümer Mecklenburg. Gr. 8. Ebend. 1880. M. 2.—.

Über Gewissensfreiheit. Gr. 8. Erlangen 1886. Deichert. M. —.80.

Die Verschiedenheit katholischer und evangelischer Anschauung über das Verhältniß von Staat und Kirche. Lex. 8. Leipzig 1886. B. Tauchnitz. M. —.75.

Richter-Dove's Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechts. 8. Aufl. Herausgeg. von W. Kahl. Gr. 8. Leipzig 1886. B. Tauchnitz. M. 16.20.

Bluhme-Hälschner's Kirchenordnung für die evangelischen Gemeinden der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz vom 5. März 1835. 5. Aufl. Neu bearbeitet von W. Kahl. 8. Bonn 1891. Marcus. M. 1.—.

Lehrsystem des Kirchenrechts und der Kirchenpolitik. I. 8. Freiburg i. B. und Leipzig. 1890. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). M. 8.—, geb. M. 10.50.

Die Konfession der Kinder aus gemischter Ehe. Zu den Vorschlägen über die Kodifikation des deutschen bürgerlichen Rechtes. 8. Freiburg i. B. u. Leipzig 1895. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). M. 1.20.

Ueber Parität. Akademische Festrede. Gehalten zur Feier des 27. Januar 1895 an der Universität Bonn. 8. Freiburg i. B. und Leipzig. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). M. —.80.

Unser Bismarck. Festrede gehalten in Bonn am 1. April 1890. gr. 8. Bonn 1890. Emil Strauß. M. 1.—.

Universitäts-Buchdruckerei von Carl Georgi in Bonn.